

**Sonderthema:
Nach der Wahl**
Ergebnisse, Hintergründe, Analysen

735 KÖPFE
Alle Abgeordneten des neuen
Bundestags im Überblick

SEITE 10-16

299 WAHLKREISE
Alle regionalen Einzelergebnisse
und die gewählten Listenbewerber **SEITE 17-21**

Das Parlament

Berlin, 04. Oktober 2021

www.das-parlament.de

71. Jahrgang | Nr. 40-41 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

König der Stimmen

Johann Saathoff Im Wahlkreis Aurich-Emden konnte der Sozialdemokrat 52,8 Prozent der Erststimmen und damit mehr als alle anderen Direktkandidaten in den insgesamt 299 Wahlkreisen für sich verbuchen. Der Niedersachsen, zuletzt Mitglied im Auswärtigen und im Wirtschaftsausschuss, ist seit 2020 Russland-Koordinator der Bundesregierung.



Seine Heimatverbundenheit stellte er 2018 unter Beweis, als er einen Antrag der AfD-Fraktion zur Verankerung von Deutsch als Landessprache im Grundgesetz in einer Rede auf Plattdeutsch kontierte. Platz zwei bei den Erststimmen geht übrigens ebenfalls nach Niedersachsen: Die CDU-Abgeordnete Silvia Breher aus dem Wahlkreis Cloppenburg-Vechta kam auf 49 Prozent der Erststimmen. Bei der Wahl vor vier Jahren stand sie mit 57,7 Prozent noch selbst oben auf dem Treppchen. *aha*

ZAHL DER WOCHE

46.838.765

Bürgerinnen und Bürger haben bei der Bundestagswahl am 26. September ihre Stimme abgegeben. Das sind 76,6 Prozent aller Wahlberechtigten – 0,4 Prozent mehr als bei der Wahl vor vier Jahren. 2009 hatten 70,8 Prozent der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht, 2013 waren es 71,5 Prozent.

ZITAT DER WOCHE

»Ich hab's mir anders gewünscht.«

Petra Michaelis, Landeswahlleiterin in Berlin, zu Verzögerungen und Pannen bei der Bundestags- und Abgeordnetenhauswahl. Mancherorts warteten Wähler weit nach 18 Uhr noch darauf, ihre Kreuze in Wahllokalen zu machen. Michaelis hat ihren Rücktritt angekündigt.

IN DIESER WOCHE

- THEMA**
Interview Einer der jüngsten Abgeordneten, Jakob Blankenburg, im Gespräch **Seite 2**
- Koalition** Poker um das künftige Regierungsbündnis **Seite 4**
- Rückblick** Wie bisherige Regierungsbildungen verliefen **Seite 5**
- Länder** Die Wahlergebnisse aus Berlin und Mecklenburg-Vorpommern **Seite 6**
- Ausland** Reaktionen in Frankreich, Polen, der USA und Russland **Seite 7**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Kampf um das Kanzleramt

MACHTFRAGE Die SPD ist Sieger der Bundestagswahl. Doch die Regierungsbildung ist offen

Ein Hauch der Hybris des früheren Bundeskanzlers Gerhard Schröder (SPD) umgab Achim Laschet am Wahlabend des 26. Septembers. Der CDU-Parteivorsitzende und Kanzlerkandidat musste zwar die für die Union katastrophalen Verluste von rund neun Prozentpunkten einräumen – dies entspricht einem Rückgang von gut 27 Prozent ihrer Wähler gegenüber 2017 –, kündigte aber kämpferisch an, er wolle trotzdem als Bundeskanzler eine „Zukunftskoalition“ mit Bündnis 90/Die Grünen und FDP bilden. Die versammelte Führungsriege der CDU im Konrad-Adenauer-Haus klatschte Beifall und selbst CSU-Chef Markus Söder schien Gefallen an Laschets Ansage zu finden. Die Ansage des bayerischen Ministerpräsidenten vor der Wahl, die Union könne nur als Wahlsieger ihren Anspruch auf das Kanzleramt anmelden, schien für den Moment vergessen. Doch im Verlauf der Woche nach der Wahl änderte sich der Tenor: Söder holte die bis dahin von Laschet vermiedene Gratulation an die SPD als Wahlsieger nach und räumte ein, dass deren Kanzlerkandidat Olaf Scholz derzeit die „besten Chance“ habe, Kanzler zu werden. Ob Söder damit einer tieferen Einsicht folgte oder eine neue Runde im Gerangel zwischen den beiden Schwesterparteien einläuten wollte, sei dahingestellt.



Bei der anstehenden Regierungsbildung kommt Grünen und Liberalen eine Schlüsselrolle zu.

© picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld

Ampel oder Jamaika Laschets Auftritt vor der eigenen Partei und in der sogenannten „Elefantenrunde“ von ARD und ZDF fiel im Vergleich zu Schröders legendärem Auftritt am Abend der Bundestagswahl von 2005 zwar deutlich gemäßigter aus, aber die Absicht schien die gleiche – dem Wahlsieger das Heft des Handelns zu entreißen. Schröder hätte damals die FDP als dritte Kraft in die abgewählte rot-grüne Koalition locken müssen, um weiterhin regieren zu können. Doch die Liberalen erteilten seinen Plänen für eine Ampel-Koalition eine Abfuhr. Die Sondierungen zwischen Union, FDP und Grünen für eine Jamaika-Koalition wiederum scheiterten ebenfalls. Am Ende kam es zur großen Koalition aus Union und Sozialdemokraten unter Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Für Schröder bedeutete dies zugleich das politische Aus. Dieses Schicksal könnte nun auch Laschet drohen. Vor allem aus den ostdeutschen CDU-Landesverbänden in Sachsen und Thüringen, die erhebliche Stimmenverluste zugunsten der AfD hinnehmen mussten, wurde der Ruf nach einer sowohl programmatischen wie auch personellen Erneuerung der Partei laut. Die aktuelle Situation erinnert einerseits stark an jene von 2005 – wenn auch mit

vertauschten Vorzeichen zwischen SPD und Union. Sowohl Wahlsieger Scholz wie auch Laschet müssen ein Dreierbündnis mit Grünen und Liberalen schmieden, um ins Kanzleramt einzuziehen zu können. Andererseits gestaltet sich die aktuelle Ausgangslage im Kampf um das Kanzleramt doch deutlich anders als vor 16 Jahren. Den Ton in den Sondierungsgesprächen für mögliche Koalitionen geben weder die SPD, noch die Union an. Es sind Grüne und Liberale, die den Reigen im Koalitionspoker eröffnet haben. Noch am Wahlabend beilebten sich die Parteivorsitzenden von Grünen und FDP, Robert Habeck und Christian Lindner, zu erklären, diesmal würden sie als erstes unter sich ausloten, ob und wie ein Regierungsbündnis zustande kommen kann. Nach ihrem zweiten Sondierungstreffen am vergangenen Freitag zeigten sich Habeck und die grüne Co-Vorsitzende Annalena Baerbock sowie Lindner demonstrativ gut gelaunt: Man habe „die Schraube sehr gerade eingesetzt“, meinte Habeck.

SPD und Union sondieren in diesen Tagen zwar ebenfalls mit Grünen und Liberalen, aber Koalitionsverhandlungen sollen erst beginnen, wenn Grüne und FDP sich prinzipiell über eine realistische Koalitionsoption einig geworden sind. Gelingt dies den beiden „Königsmachern“, die bislang wenig mehr als das Bekenntnis für eine Koalition des „Aufbruchs“ und der „Erneuerung“ eint, nicht, sind alle weiteren Spekulationen über ein Ampel- oder Jamaika-Bündnis hinfallig. Dann wäre auch wieder eine große Koalition im Spiel, die aber niemand will und schon vor vier Jahren erst mühsam zustande gekommen war. Die Wähler wiederum präferieren laut aktuellen Umfragen mit einer deutlichen Mehrheit eine Ampel-Koalition unter der Führung eines Bundeskanzlers Olaf Scholz und legen Laschet einen Rücktritt als Parteichef nahe. Zu den Verlierern der Bundestagswahl gehören neben der Union die AfD und die Linke. Vor allem letztere hat es schwer geübelt: Warb sie bei SPD und Grünen in

den Wochen vor der Wahl noch eindringlich für ein rot-grün-rotes Bündnis, so wurde sie am Wahlabend von den Wählern in ihrer Stärke halbiert. In den Bundestag zieht die Partei nur deswegen wieder ein, weil es ihr gelingt, in Berlin und Leipzig drei Direktmandate zu erringen und somit die Fünf-Prozent-Hürde zu umgehen. Im katastrophalen Abschneiden spiegeln sich unter anderem die jahrelangen, selbstzerstörerischen Flügelkämpfe in der Partei, wie die Vorsitzende Susanne Hennig-Wellsow noch am Wahlabend auch einräumte. Von Flügelkämpfen zerrissen präsentierte sich nach der Wahl auch die AfD. Schon bei der Beurteilung des Ergebnisses zeigten sich Parteichef Jörg Meuthen und die beiden Spitzenkandidaten Tino Chrupalla und Alice Weidel höchst uneinig. Während Chrupalla und Weidel sich zufrieden und gar „stolz“ zeigten, sprach Meuthen davon, seine Partei habe „kein gutes Ergebnis“ eingefahren. *Alexander Weinlein*

»Die besten Chancen Kanzler zu werden, hat derzeit Olaf Scholz.«

Markus Söder (CSU)

EDITORIAL

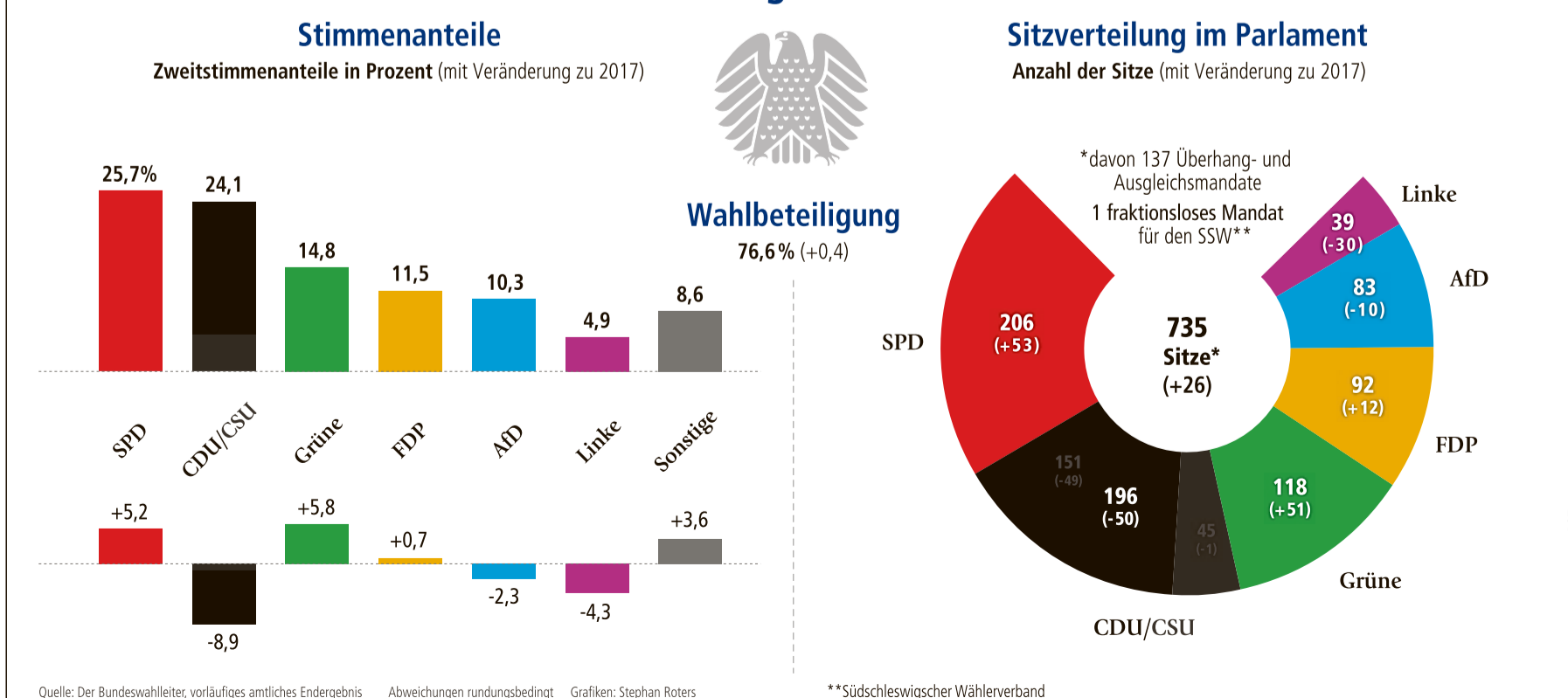
Jünger und weiblicher

VON ALEXANDER HEINRICH

Endpunkt eines wechselhaften Wahlkampf-Jahres mit vielen Wendepunkten: Die Union musste bei der Bundestagswahl am 26. September ohne den gewohnten Kanzlerinnen-Bonus starke Verluste hinnehmen. Die Sozialdemokraten können sich über Zugewinne freuen, mit denen noch vor wenigen Monaten kaum zu rechnen war. Zusammen kommen Union und SPD auf nur rund 50 Prozent der Wählerstimmen – so viel wie bereits vor vier Jahren und zu wenig für den Anspruch von Volksparteien. Auf der anderen Seite stehen Zugewinne insbesondere bei den Grünen und bei der FDP, die beide auffallend deutlich bei Jung- und Erstwählern punkten konnten. Die AfD scheidet schlechter im Vergleich zur Wahl 2017 ab, gewann andererseits in Sachsen und Thüringen Direktmandate hinzu. Denkbar knapp das Abschneiden der Linken, die an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern nur dank dreier gewonnener Direktmandate den Einzug in den Bundestag schafft.

Jünger und weiblicher: Auch dafür steht das neu gewählte Parlament. Der Frauenanteil unter den Gewählten ist mit knapp 35 Prozent nach nur 31 Prozent in der letzten Legislaturperiode wieder gewachsen. Der Altersdurchschnitt ist um fast zwei Jahre auf 47,5 Jahre gesunken, der Bundestag ist so jung wie lange nicht. Jeder fünfte Abgeordnete ist unter 40, bei den Neugewählten ist es sogar jeder vierte. Mit Spannung erwartet wird nun, in welcher Konstellation sich eine neue Koalition bildet: Als wahrscheinlich gilt ein Dreierbündnis aus SPD, Grünen und FDP, auch die Union steht für ein Bündnis mit Grünen und Liberalen bereit. Rechnerisch möglich, aber politisch kaum noch gewollt ist die große Koalition. Unabhängig von der Frage der Regierungsbildung zeichnet sich eine Herausforderung für die kommenden vier Jahre ab: Die von vielen Seiten befürchtete sehr starke Vergrößerung des Parlaments durch Überhang- und Ausgleichsmandate ist nicht eingetreten. Dennoch ist dieser Bundestag mit 735 Abgeordneten der größte aller Wahlperioden und weit entfernt von den eigentlich 598 vorgesehenen Mandaten. Aufgabe für die 20. Wahlperiode bleibt, wozu Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) in der 19. und Vorgänger Norbert Lammert (CDU) in der 18. aufgerufen haben: Eine Verständigung auf eine Wahlrechtsreform, die ein weiteres Anwachsen des Parlaments wirksam und zuverlässig begrenzt.

Bundestagswahl 2021



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

ENDE DER VOLKSPARTEIEN?

System ohne Anker

PRO



Albert Funk, »Der Tagesspiegel«

Das Ende der Volksparteien ist schon häufiger festgestellt worden. Aber nun ist es wohl gekommen. Die Union, zuletzt immerhin noch so etwas wie die Ankerpartei im bundesweiten Parteiensystem, hat am 26. September 24,1 Prozent der Stimmen bekommen. Die Sozialdemokraten konnte sich zwar wieder auf 25,7 Prozent hocharbeiten, doch ist das ungefähr das Level, das bei guter Mobilisierung maximal zu schaffen ist – Potenzial ausgezogen. Grüne, FDP, AfD verharren im Status von kleineren Mittelparteien, die Linken sind zur Kleinstpartei geschrumpft. Was aber sind Volksparteien? Größe spielt da schon eine Rolle, nicht allein die Fähigkeit, über Kernmilieus hinaus Wähler und Wählerinnen anzusprechen. Keine Partei ist bundesweit mehr so stark, dass sie ohne weiteres die Regierungsbildung in die Hand nehmen könnte. Keine kann von sich sagen, dass die anderen nicht an ihr vorbeikommen. Das Mehrparteiensystem ohne Anker ist da. Regional mag es so sein, dass CDU, CSU oder SPD noch Volkspartei-Status reklamieren können. Die Sozialdemokraten haben es gerade in Mecklenburg-Vorpommern gezeigt. Aber auf nationaler Ebene ist die Zeit der Volksparteien – verstanden als mächtige, national breit aufgestellte Großparteien – vorerst beendet. Die SPD hat sich früher an die neuen Verhältnisse gewöhnen dürfen. Die Union muss das jetzt schmerzhaft lernen. Grüne und FDP können auftrumpfen – und so vielleicht zur nächsten Wahl hin weiter nach oben kommen, zu Lasten der Christ- und Sozialdemokraten. Dass die „Groko“ mittlerweile fast schon als Saurier-Phänomen gilt, ist vielleicht das beste Indiz dafür, dass der Volkspartei-Status von Union und SPD endgültig futsch ist.

Kleiner, aber stabil

CONTRA



Daniel Goffart, Chefredakteur bei der »WirtschaftsWoche«

Das Ende der Volksparteien ist schon oft beschworen worden. Nach dem Spendenskandal und Helmut Kohls Rückzug wurde der CDU lange die Totenglocke geläutet. Und auch die SPD galt noch vor wenigen Wochen mit Umfragewerten von 15 Prozent als Fall für den politischen Friedhof. Wie wir wissen, kam es anders – die Union hat in den letzten 16 Jahren ununterbrochen regiert und die Sozialdemokraten sind bei der Bundestagswahl wie Phoenix aus der Asche gestiegen. Natürlich sind die Volksparteien kleiner geworden – in einem System mit sieben, acht oder mehr Parteien in den Parlamenten kann es gar nicht anders sein. Aber Deutschland ist ein Land mit einer starken und stabilen politischen Mitte – daran ändert auch die AfD und ihr sektoraler Erfolg in einigen östlichen Landesteilen nichts. Mitte bleibt Mitte – auch wenn die Parteienpräferenz dieser politischen Mehrheit schwankt. Bislang hat sie sich in unterschiedlich langen Pendelschlägen mal zur SPD und dann wieder zur Union hinbewegt. Aber sie pendelt immer im Spektrum der Mitte – und damit innerhalb der beiden Volksparteien. Es mag sein, dass sich die Grünen angesichts des Klimawandels zur dritten Volkspartei entwickeln, aber dieser Weg ist noch lang. Verlieren SPD und Union ihren Status, wenn die Grünen zulegen und in die Liga der „Großen“ aufsteigen? Eher nicht, denn es werden andere Parteien verschwinden – die Linken sind ihrem parlamentarischen Aus nur um Haaresbreite entkommen. Ja, die Volksparteien werden kleiner. So lange sie aber die Mehrheit der politischen Mitte binden und repräsentieren, ist ihr viel beschworenes Ende nicht in Sicht.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 22. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Blankenburg, Sie haben Politikwissenschaften studiert. Was hat Sie ge reizt, gewissermaßen die Seiten zu wechseln und sich selber in den Politikbetrieb zu stürzen?

Vor allen Dingen der Anreiz, selber gestalten zu können. Ich bin politisch aktiv geworden in einer Bürgerinitiative, die sich gegen Erdgas-Fracking in unserer Region engagiert hat. Da habe ich aber relativ schnell gemerkt: Die Entscheidungen werden in der Politik getroffen und da möchte ich gerne mitreden. Mit dieser Motivation bin ich schließlich ins Kommunalparlament eingezogen. Wenn ich etwas verändern möchte, dann hilft es mir nicht, von der Seitenlinie schlaue Kommentare abzugeben, sondern dann versuche ich lieber, aktiv neue Perspektiven in die Diskussion einzubringen. Das war auch mein Motiv für die Bundestagskandidatur.

Kommunalpolitik ist aber zweifellos näher dran an den Bürgern und ihren Problemen. Haben Sie Sorge, dass Sie als Bundestagsabgeordneter zu weit weg davon sind?

Nein. Bei den letzten Kommunalwahlen bin ich in den Kreistag und den Stadtrat in Lüneburg gewählt worden. Ich plane auch, dort weiter aktiv zu bleiben, weil es gut ist, eine kommunalpolitische Verankerung vor Ort zu haben und dadurch Themen ganz anders mitzubekommen. Also, ich glaube, das ergänzt sich beides sehr gut.

Für viele Menschen wirkt der Berliner Politikbetrieb auch abschreckend: immer unter Beobachtung, immer Termin druck und dabei gleichzeitig in der Lage sein, profunde Urteile abzuliefern.

Ich finde es momentan einfach total spannend und freue mich darauf, was ich in den nächsten Tagen noch lernen und auch in den nächsten Jahren an Erfahrungen mitnehmen darf. Es ist definitiv ein Lernprozess, der mich aber nicht abschreckt.

Dem neuen Bundestag gehören nur sechs Abgeordnete bis 24 Jahre an. Und auch die Altersgruppe bis 30 Jahre ist nicht gerade überrepräsentiert. Finden Sie das schade?

Im Vergleich zu den Jahren davor gibt es jedenfalls eine deutliche Steigerung. Es gibt nun deutlich mehr Menschen, die auch die Perspektive junger Menschen in den neuen Bundestag einbringen können. Letztlich kommt es nicht nur auf das Alter an. Es ist sicher wichtig, dass wir mehr junge Leute im Parlament haben. Aber ich glaube, dass es generell wichtig ist, eine gute Mischung zu repräsentieren. Als Direktkandidat ver trete ich meinen Wahlkreis und der besteht nicht nur aus Menschen in meinem Alter. Deshalb ver trete ich als Abgeordneter die Interessen aller Altersgruppen.

Gerade in der Diskussion um den Klimawandel war oft von generationsspezifisch unterschiedlichen Interessenlagen die Rede. Welche Unterschiede haben Sie im Wahlkampf beobachtet?

Klimapolitik hat ganz klar bei jüngeren Menschen eine große Rolle gespielt. Aber auch die Fragen: Wie geht es mit Corona weiter, wie können wir im neuen Schuljahr weiter lernen? Haben wir auch Orte, an denen wir uns endlich wieder treffen können? Wie können wir in Zukunft junge Menschen besser an der Debatte beteiligen? Corona war also ein Thema, das viele junge Menschen bewegt hat, aber auch die ältere Generation, die sich Sorgen um die Zukunft ihrer Enkel macht. Natürlich waren auch andere Themen wichtig: bezahlbarer Wohnraum und Mobilität zum Beispiel. Das betrifft tatsächlich alle Menschen im ländlichen Raum, egal wie alt sie sind.

Was bedeutet es für Sie, »mutig für die Zukunft« zu sein, wie Sie schreiben?

»Ich fange nicht bei null an«

JAKOB BLANKENBURG Der 24-jährige SPD-Abgeordnete über seine Jahre in der Kommunalpolitik und die Freude über eine jüngere und buntere Fraktion



© tonwert21.de

Für mich bedeutet das vor allen Dingen, gewillt zu sein, große Zukunftsfragen anzugehen. Sich Gedanken darüber zu machen, wo sich unser Land in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten hinbewegen soll. Wie können wir auch große Lösungen schaffen und uns nicht nur bis zum nächsten Kompromiss hangeln.

Welche Fragen wären das zum Beispiel?

Die Frage ist doch, wie wir in Zukunft respektvoll als Gesellschaft zusammen in un-

serem Land leben können und wollen. Das betrifft das Thema soziale Gerechtigkeit genauso wie den Einsatz für eine lebenswerte Umwelt oder eine nachhaltige Wirtschaft. Da brauchen wir neue Ideen, Mut und Innovationslust.

Wissen Sie schon, auf welche Themenbereiche Sie sich in Berlin konzentrieren werden?

Als Juso-Landesvorsitzender habe ich in den vergangenen Jahren leidenschaftlich gerne über innenpolitische Fragen gestrit-

ten. Als Kommunalpolitiker war ich sehr oft mit Digitalisierung und Umweltpolitik befasst. Von daher bin ich thematisch breit aufgestellt. Wir müssen ja erstmal abwarten, in welcher Form sich die Ausschüsse des Bundestages neu konstituieren.

Wie haben Sie die erste Sitzung der neuen SPD-Fraktion erlebt? War das ein emotionales Ereignis?

Ich fand es sehr überwältigend, im Plenarsaal zu tagen, auf diesen bekannten blauen Stühlen zu sitzen, die man sonst nur aus dem Fernsehen kennt. Außerdem fand ich es beeindruckend, wie divers und unterschiedlich die neue SPD-Fraktion zusammengesetzt ist. Mehr als die Hälfte der Abgeordneten sind neu im Bundestag. Zu sehen, was für unterschiedliche Lebensrealitäten und -geschichten von ihnen repräsentiert werden, von Migrationsgeschichten, beruflichen Stationen, unterschiedlichen Altersgruppen. Das ist spannend und das gab es in den letzten Jahren ja nicht immer. Zu sehen, dass Menschen, die vor zehn Jahren eingebürgert wurden, nun im Parlament sitzen, das ist großartig.

Die Hälfte der Fraktion besteht aus Neulingen. Haben die erfahrenen Abgeordneten Sie denn schon in einige Geheimnisse der Organisation eingeweiht?

Wir bekommen dankenswerter Weise ständig Informationen über Dinge, auf die wir achten sollten, woran wir auf jeden Fall denken sollten. Die Fraktion aber auch Abgeordnete, die schon länger dabei sind, sind da sehr zuvorkommend. Heute und morgen findet noch einmal eine zweitägige Einführungsveranstaltung statt, wo es dann auch um so profane Dinge geht: Wo beantrage ich was? Wie ist das mit meiner Mitarbeitenden-Pauschale organisiert? Wie bekomme ich eine E-Mail-Adresse? Es ist eine tolle Aufbruchstimmung und auch schon ein Wir-Gefühl. Ich bin gespannt, wie es wird, wenn wir hier alle so richtig angekommen sind.

Eine andere, angesichts der Größe mittlerweile immer schwierigere Frage im Bundestag: Wo habe ich mein Büro?

Das ist natürlich alles noch nicht geklärt so kurz nach der Wahl. Bei der SPD ist es üblich, dass die Landesgruppen zusammen untergebracht werden sollen. Aber wie; wo und wann, das ist alles noch offen. Ich bin erstmal total froh, im Büro meiner Vorgängerin aus meinem Wahlkreis Unterschlupf gefunden zu haben und halbwegs mit dem W-Lan arbeitsfähig zu sein.

Und wie ist es mit Mitarbeitern? Haben Sie im Vorfeld schon sondiert und können auf ein Team zurückgreifen?

Tatsächlich war ich überrascht, wie viele Bewerbungen ich in den vergangenen Tagen bekommen habe. Aber ich bin sehr dankbar, dass meine Vorgängerin mir hier ein gutes Büro mit einem erfahrenen Team, das sich im Wahlkreis auskennt, hinterlassen hat. Ich fange also nicht bei null an.

Das Gespräch führte Claudia Heine.

Jakob Blankenburg (SPD) ist 24 Jahre alt und damit der jüngste in den Bundestag eingezogene Direktkandidat. In seiner Altersgruppe gehören insgesamt sechs Abgeordnete dem Bundestag an – zwei für die SPD und vier für die Grünen. Blankenburg vertritt den Wahlkreis Lüchow-Dannenberg – Lüneburg.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Dienstälteste: Wolfgang Schäuble

Ich will Spaß, ich brauch Spaß“, lautete ein deutsches One-Hit-Wonder aus den Hoch-Zeiten der neuen deutschen Welle von 1982. Gemeint war das damals als lustige Provokation: „Mein Maserati fährt 210. Schwups, die Polizei hat’s nicht gesehen. Das macht Spaß.“ Die Spaßkultur ist mittlerweile erwachsen und zu einer Smiley-Kultur geworden. Ob einer Person etwas Spaß macht, so die verbreitete Meinung, erkennt man am besten am Lachen dieser Person. Aber die „verbreitete“ Meinung war noch nie eine, der sich Wolfgang Schäuble nur deshalb verpflichtet fühlte, weil sie verbreitet war. Weder 1982 noch heute. Deshalb sollte man aus seinem meist ernst-nachdenklichen Gesichtsausdruck auch keinesfalls schließen, Politik mache ihm keinen Spaß. Das Gegenteil muss der Fall sein, anders lässt sich nicht erklären, warum der 79-jährige CDU-Politiker auch nach 49 Jahren im Bundestag noch nicht genug hat. Seit 1972 ist Schäuble Direktkandidat seiner Partei im Wahlkreis Offenburg. Seitdem lässt er die Konkurrenz dort um Längen hinter sich. Diesmal jedoch musste er mit 34 Prozent (2017: 48 Prozent) einen Dämpfer wegstecken – wie fast alle CDU-Direktkandidaten in Baden-Württemberg. „Politik ist eine Leidenschaft“, sagte Schäuble einmal. Und die erkennt man bei ihm eben nicht an großen Gesten, sondern schlicht, wenn man sich seine Karriere anschaut, in der nicht alles rund lief, es aber dann doch immer wieder bergauf ging. Wolfgang Schäuble hat in seinem politischen Leben so ziemlich alle wichtigen Ämter innegehabt. Er war Kanzleramtschef, Par-

lamentarischer Geschäftsführer und Fraktions- und Parteivorsitzender seiner Partei, zwei Mal Bundesinnenminister, Finanzminister und schließlich, gewissermaßen als logische Konsequenz seines langen Parlamentarierdaseins, Präsident des 19. Deutschen Bundestages. Bundeskanzler konnte er nicht mehr werden, nachdem die CDU-Führung sich vor mehr als 20 Jahren in eine unruhliche Spendenaffäre und auch Schäuble sich in Widersprüche verstrickt hatten. Und dann kam Angela Merkel.

»Dieses Parlament kann ein Ort der Konzentration auf die wichtigen Zukunftsfragen sein.« Wolfgang Schäuble 2017 im Bundestag



© DBT/achim Meide

In all seinen Rollen war Schäuble nie bequem aber stets loyal, so wie er es Bundeskanzlerin Merkel (CDU) auch ankündigte zu sein, wenn sie ihn zum Bundesfinanzminister machen würde. Sie tat es 2009 trotzdem und bewies ihrerseits Loyalität zu ihrem Minister, als dieser mitten in der Euro-Finanzkrise und den schwierigen Verhandlungen über einen Rettungsschirm für Griechenland wochenlang im Krankenhaus lag. Nicht zum ers-

ten Mal spekulierte die Öffentlichkeit da über Schäubles Abschied aus der Politik, aber Merkel stand zu ihm. Und bot ihm so die Chance, sich als „der“ Vertreter einer rigorosen Sparpolitik zu profilieren. Als Politik mit ruinenösen Folgen für die strachehenden Krisenländer bezeichneten Kritiker Schäubles harte Gangart. Aber er ließ sich nicht beirren, die Politik der „schwarzen Null“ für den deutschen Haushalt wurde schließlich zu seinem Markenzeichen als Finanzminister. In die Geschichtsbücher ist er dabei schon längst wegen eines anderen Ereignisses eingegangen: der Deutschen Einheit. Schäuble verhandelte 1990 als Innenminister unter Helmut Kohl (CDU) mit dem Staatssekretär der DDR, Günther Krause, den Einigungsvertrag, der den Grundstein für die Struktur der Wiedervereinigung beider Länder legte. Ein politischer Triumph, dem die persönliche Tragödie folgte. Denn nur wenige Tage nach der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 schoss ihm ein psychisch kranker Mann in Kiefer und Rücken. Seitdem ist Schäuble auf den Rollstuhl angewiesen, seitdem beweist er allen: Politik kann eine Leidenschaft bleiben. Seit einer Woche ist die CDU und mit ihr Schäuble als eine wichtige Instanz der Partei wieder mal in einer Phase, in der vieles nicht rund läuft. Wegen des schlechten Wahlergebnisses rumort es in der Union. Auch Schäuble selbst muss sich für die kommenden vier Jahre neu orientieren, denn das Amt des Bundestagspräsidenten fällt stets der größten Fraktion zu. Und die stellt in der neuen Wahlperiode die SPD. Claudia Heine

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale
für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
N. N.

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heimrich (ah) V.i.S.d.P.

Verantwortliche Redakteure
Lisa Brübler (lbr)
Claudia Heine (che)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Johanna Metz (joh)
Sören Christian Reimer (scr) CVD
Sandra Schmid (sas)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
1. Oktober 2021

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei
GmbH & Co. KG
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
fazit-com-anzeigen@cover-services.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für
Schüler, Studenten und Auszubildende
(Nachweis erforderlich) 13,80 €
(im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor
Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement
für vier Ausgaben kann bei unserer
Vertriebsabteilung angefordert
werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel
stellen nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangte
Einsendungen wird keine Haftung
übernommen. Nachdruck nur mit
Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtswecke können Kopien
in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“
ist Mitglied der
Informationsgesellschaft
zur Feststellung
der Verbreitung von
Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung
„Das Parlament“ wird ausschließlich
Recycling-Papier verwendet.

Verlorenes Vertrauen

ANALYSE Die Union musste bei dieser Wahl große Verluste hinnehmen. Doch die Kräfte an den politischen Rändern, AfD und Linke, konnten von der Schwäche der Volkspartei nicht profitieren



Anders als es diese Schlange vor einem Berliner Wahllokal vermuten lässt, ist die Wahlbeteiligung gegenüber 2017 kaum gestiegen.

© picture-alliance/AA/Abdulhamid Hosbas

Bei der Bundestagswahl gab es drei Sieger: Bündnis 90/Die Grünen (+5,9 Punkte), SPD (+5,2 Punkte) und FDP (+0,8 Punkte) sowie drei Verlierer: CDU/CSU (-8,8 Punkte), Die Linke (-4,3 Punkte) und AfD (-2,3 Punkte). Die Gründe hierfür sind jeweils unterschiedlich – und das Wahlverhalten ist volatil, denn je. Die Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap haben in der Woche vor der Wahl und am Wahltag die Motive der Bürger für ihr Votum in repräsentativen Umfragen zu ermitteln versucht. Die Analyse basiert wesentlich auf Daten dieser Institute. Die Frage nach dem Spitzenkandidaten zählt wohl zu einem der wichtigsten Bestimmungsfaktoren für das Votum. Da die bisherige Amtsinhaberin zum ersten Mal in der bundesdeutschen Geschichte nicht mehr antrat, fehlte ein Kanzlerbonus. Am ehesten fiel dieser Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz (SPD) zu. Ihm bescheinigten 66 Prozent Kanzlerqualitäten, Armin Laschet (CDU) 29 Prozent und Annalena Baerbock (Grüne) 23 Prozent. 48 Prozent wünschten sich Scholz als Kanzler, 24 Prozent Laschet und 14 Prozent Baerbock. Diese Rangfolge spiegelte sich auch bei den abgefragten Eigenschaften wie Glaubwürdigkeit, Sympathie, Sachverstand und Problemlösungskompetenz wider, jedenfalls mit Blick auf Scholz. Er nutzte der SPD, Laschet schadete der Union. Die Union fiel bei den Kompetenzwerten gegenüber 2017 von +1,7 auf +0,7, die SPD konnte den Wert von +1,3 behalten. Die Skala reichte dabei von +5 bis -5.

Anders als früher dominierte bei den meisten Kompetenzwerten der Parteien nicht mehr die CDU/CSU. Sie lag zwar bei der Corona-, der Flüchtlings- und der Wirtschaftspolitik vorne, musste jedoch der SPD den ersten Platz bei der Renten-, der Bildungs- und der Steuerpolitik überlassen, außerdem bei der Sozialpolitik, einer sozialdemokratischen Domäne. Dagegen schrieben die Wähler bei dem Thema, das als am wichtigsten galt, der Klimapolitik, den Grünen die größte Kompetenz zu (39 Prozent). Immerhin etwa 25 bis 30 Prozent der Bürger trauten keiner Partei Lösungskompetenz zu. Nach diesen Daten ist das Erstaunliche weniger die Niederlage der Union, sondern der nur knappe Vorsprung der SPD. Als plausible Erklärung dient das vergleichsweise dürftige Erscheinungsbild der SPD. Dies signalisieren die Antworten auf die Frage nach dem Grund für das Wahlvotum: Kandidat, Programm oder Parteibindung? Der Unterschied könnte kaum deutlicher sein: Beim Kandidaten lag die SPD klar vorne, beim Programm Bündnis 90/Grüne, bei der Parteibindung die Union. 30 Prozent der Unionswähler nannten diese als ausschlaggebenden Faktor, lediglich 15 Prozent bei der SPD und nur neun Prozent bei den Grünen. Es dürfte daher keineswegs bloß pure Spekulation sein, dass andere Spitzenkandidaten bei

der Union (Markus Söder) und bei den Grünen (Robert Habeck) zu einem besseren Ergebnis für sie geführt hätten. Wie aus einer Nachwahlbefragung des Forsa-Instituts hervorgeht, wären mehr als 30 Prozent der Wähler bereit gewesen, mit Markus Söder an der Spitze für die Union zu stimmen. Die massive Dynamik im Vorfeld der Wahlen überraschte: Zunächst führte die Union klar vor den Grünen und der SPD. Viele deutete auf eine schwarz-grüne Koalition hin. Im April, nach Bekanntgabe von Baerbocks Kanzlerkandidatur, schoben sich kurzfristig die Grünen auf den ersten Platz. Später, im Juni, gelangte wieder die Union ganz nach vorne, und die SPD rückte Anfang August auf den zweiten Rang wegen verschiedener Pannen bei Baerbock (Unstimmigkeiten im Lebenslauf, Plagiate im Buch). Von Ende August an überholte die SPD selbst die Union – Laschet Lacher bei einer Rede des Bundespräsidenten für die Flutopfer gehörte zu den Patzern mit großem Effekt. Wie die (notgedrungen ungenaue) Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap erhellt, ist die Wechselwählerbereitschaft hoch. So votierten fast zwei Millionen früherer Wähler der Union für die SPD, während 460.000 von der SPD zur Union wechselten. Die Union verlor im Saldo zu gleichen Teilen an Grüne und FDP. Das ist

ein Zeichen für einen fehlenden Markenkern. Und der Wähler austausch verlief angesichts ohnehin fließender Grenzen keineswegs nur innerhalb eines Lagers. Die SPD gewann von der Partei Die Linke 640.000 Wähler, aber auch von der AfD (260.000) und der FDP (180.000). Bündnis 90/Die Grünen, die einzige Partei mit einem durchweg positiven Wählerstromkonto, profitierte am stärksten von ehemaligen Unionswählern, die FDP ebenso, ferner von der AfD und der Partei Die Linke. Freilich mussten die Liberalen Stimmen an die Grünen und die SPD abgeben. Weist das Wählerstromkonto der Partei Die Linke für jede Partei eine durchweg negative Bilanz auf, konnte die AfD eine einzige positive verbuchen – und zwar gegenüber dieser Partei. Was verwundert mag: Die AfD verlor mehr Stimmen an die Union (490.000) als umgekehrt (410.000). Die verbreitete Annahme, das Zubehören der Union auf die Grünen und die SPD erkläre wesentlich die Stimmengewinne für die AfD, scheint damit nicht zuzutreffen.

Domäne in der Wählerschaft ab 60 (33 Prozent) und demzufolge bei den Rentnern (35 Prozent). Von dieser freilich höchst unterschiedlich verteilten Schwäche vermochten die Kräfte am Rand, AfD und Die Linke, keineswegs zu profitieren, anders als nach den Regeln in politikwissenschaftlichen Lehrbüchern. Dafür waren sie zu zerstritten – und ihre Kompetenzwerte fielen mäßig aus. Immerhin 14 Prozent der Bürger schrieben der AfD die größte Kompetenz bei der Flüchtlingspolitik zu, elf Prozent der Partei Die Linke beim Thema soziale Gerechtigkeit. Das Ansehen beider Kräfte, in den neuen Bundesländern fast dreimal so stark wie in den alten, hat sich gegenüber der letzten Wahl weiter verschlechtert. Die AfD steht bei -3,2 (2017: -2,8), Die Linke bei -1,2 (2017: -0,4). Im Bildungsniveau war das Elektorat der beiden mittelgroßen Parteien – Grüne und FDP – das ganze Gegenteil zu AfD und Die Linke: je höher der Bildungsgrad, um so mehr Stimmen für beide. Die Grünen wiesen bei den Beamten (24 Prozent) eine starke Überrepräsentation auf, die Liberalen bei den Selbstständigen (19 Prozent). Der leichte Rückgang im Ansehen gegenüber 2017, bei den Grünen von +0,5 auf +0,4, bei der FDP von +0,7 auf +0,3, mag mit der größeren Polarisierung als 2017 zusammenhängen.

Obwohl von einem Kopf-an-Kopf-Rennen und einer „Richtungswahl“ vielfach die Rede war, stieg die Wahlbeteiligung mit 76,6 Prozent nur um 0,4 Punkte. Dies dürfte ebenso ein Zeichen gewisser Unzufriedenheit sein wie die hohe Quote der Stimmen für Parteien unter fünf Prozent: Sie lag bei 13,6 Prozent. Allerdings blieben aufgrund zweier Sonderbestimmungen des Wahlgesetzes bloß 8,6 Prozent dieser Stimmen unverwertet. Zum einen setzt der Gewinn von drei Direktmandaten die Fünfprozentklausel außer Kraft. Die Linke zog wegen des Gewinns von drei Direktmandaten mit 4,9 Prozent in den Bundestag ein. Zum anderen sind Parteien nationaler Minderheiten von der Fünfprozentklausel gänzlich ausgenommen. So reichten dem Südschleswigischen Wählerverband, der Vertretung der dänischen Minderheit, 0,1 Prozent der Stimmen für ein Mandat.

Das Ansehen von AfD und Linken hat sich gegenüber der letzten Wahl weiter verschlechtert.

Von den „Sonstigen“ schnitten die besonders in Bayern starken Freien Wähler mit 2,4 Prozent am besten ab. Es folgten die Tierschutzpartei (1,5 Prozent) und die Basisdemokratische Partei Deutschland (1,4 Prozent), die 2020 als Protestpartei gegen die Schutzmaßnahmen wegen Covid-19 entstand.

Der Autor ist Parteien- und Wahlforscher.

Nach den Daten ist das Erstaunliche der nur knappe Vorsprung der SPD.

»Der Bundestag ist das mit Abstand größte demokratische Parlament der Welt«

WAHLRECHT Die Rechtswissenschaftlerin Sophie Schönberger über die Vergrößerung des Bundestages und die Normenkontrollklage gegen die Reform von 2020

Frau Schönberger, der Bundestag ist mit 735 Mitgliedern wieder größer geworden. Haben Sie den Zuwachs um nochmals 24 angesichts des derzeitigen Wahlrechts erwartet?

Na ja, bei diesem Wahlrecht muss man sich im Grunde am Wahlabend von der Größe des Bundestages überraschen lassen. Es gab Modellrechnungen, die eine deutlich schlimmere Vergrößerung befürchteten ließen. Jetzt ist man fast schon erleichtert über die Zahl von 735, was natürlich absurd ist: Der Bundestag ist nochmal gewachsen und jetzt mit Abstand das größte demokratische Parlament der Welt.



Sophie Schönberger, Professorin für öffentliches Recht an der Uni Düsseldorf.

Der Zuwachs scheint vor allem durch die CSU gekommen zu sein. Deren bundesweites Zweitstimmenergebnis entspricht bei der eigentlichen Sollstärke des Parlaments von 598 Abgeordneten 34 Sitzen. Nun wurden aber 45 CSU-Leute in den Wahlkreisen direkt gewählt. Das sind klassische Überhangmandate, sofern man die in dem etwas kompliziert gewordenen Wahlrecht noch identifizieren kann. Es gab für diese Wahl die Faustregel, dass jedes CSU-Überhangmandat etwa 18 bis 20 Ausgleichsmandate nach sich zieht. Bei der CSU ist das deshalb so extrem, weil

der Mandate begrenzen. Verzerrt das das Zweitstimmenergebnis?

Ja, das verzerrt es. Die CSU ist deutlich stärker im Bundestag repräsentiert, als es ihrem Zweitstimmenergebnis entspricht. Ob das verfassungskonform ist, muss das Bundesverfassungsgericht in dem laufenden Normenkontrollverfahren entscheiden, bei dem ich Prozessvertreterin bin...

...von FDP-, Linken- und Grünen-Abgeordneten, die dagegen klagen...

Ja. Ich persönlich halte diese Regelung für verfassungswidrig.

2012 urteilte Karlsruhe aber, dass etwa 15 nicht ausgeglichene Überhangmandate – die Hälfte der Mindeststärke einer Fraktion – hingenommen werden können. Da sind drei Überhänge ohne Ausgleich nicht ok? Sie können hingenommen werden, wenn sie sich als Folge der Personalisierung im Wahlrecht darstellen. Das heißt nicht, dass man sie bewusst einsetzen kann als Gestaltungsinstrument, wie es 2020 passiert ist.

Dann wären früher zwar bis zu 15 ausgleichslose Überhangmandate als ei-

ne Folgeerscheinung unseres personalisierten Verhältniswahlrechts hinzunehmen gewesen, aber der Gesetzgeber hätte jetzt nicht von vornherein ins Wahlrecht schreiben dürfen, dass drei Überhangmandate ohne Ausgleich bleiben?

Genau, das hat das Bundesverfassungsgericht so nicht absegnet.

Wie ist denn im Bundeswahlgesetz geregelt, an wen die drei Überhangmandate ohne Ausgleich gehen?

Auch das ist ein Punkt, der in dem Normenkontrollverfahren angegriffen wird: dass nämlich die gesetzliche Regelung unvollständig ist, weil sie wesentliche Rechenschritte nicht genau vorzeichnet. Wer genau diese drei unausgeglichenen Überhangmandate bekommt, ist eine Rechenoperation, die nicht besonders klar definiert ist, sondern einer Auslegung des Gesetzes folgt. Dabei war es nach den letzten Prognosen immer sehr wahrscheinlich, dass die CSU sie bekommt. Das war es auch: Wer die meisten Überhangmandate bekommt, erhält tendenziell auch diese unausgeglichenen Überhangmandate.

Was kann passieren, wenn Karlsruhe über die Normenkontrollklage urteilt?

Aber die Wahl vom vorletzten Sonntag bliebe trotzdem gültig? In der Tat. Wenn das Wahlrecht zu unbestimmt ist, kann dieser Fehler nicht durch eine Neuwahl behoben werden, sondern nur, indem der Bundestag ein neues Wahlrecht beschließt, auf dessen Grundlage beim nächsten Mal gewählt wird.

Der Mangel der fehlenden Vollständigkeit und Klarheit der Norm ist nur durch eine neue Gesetzesregelung zu beheben. Wenn das Bundesverfassungsgericht entscheidet, dass das verfassungswidrig ist, muss der Gesetzgeber das Wahlrecht neu fassen.

Und die unausgeglichenen Überhangmandate? Da wäre es theoretisch möglich, dass das Gericht anordnet, die auszugleichen. Dann würde der Bundestag noch größer, aber dafür proportional richtig zusammengesetzt. Der Vorteil für die CSU würde dann entfallen. Das könnte man theoretisch noch im Nachhinein anordnen.

Aber die Wahl vom vorletzten Sonntag bliebe trotzdem gültig? In der Tat. Wenn das Wahlrecht zu unbestimmt ist, kann dieser Fehler nicht durch eine Neuwahl behoben werden, sondern nur, indem der Bundestag ein neues Wahlrecht beschließt, auf dessen Grundlage beim nächsten Mal gewählt wird.

Sie gehören auch der vom Bundestag eingesetzten Kommission zur Wahlrechtsreform an. Wenn das Gericht das geltende Wahlrecht absegnet – brauchen wir dann

eigentlich noch eine neue Wahlrechtsreform? Die Reform brauchen wir in jedem Fall. Jetzt sind es schon 735 Abgeordnete; bei einem nur leicht anderen Wahlergebnis könnten es auch 900 sein. Das ist zu groß und bringt den Bundestag an seine Grenzen. Das Plenum wird größer, die Ausschüsse werden größer, und der einzelne Abgeordnete hat bei einer derart großen Versammlung viel weniger Möglichkeiten, sich wirklich einzubringen. Das Thema Wahlrechtsreform bleibt also so oder so auf der politischen Agenda, und zwar dringend.

Das Gespräch führte Helmut Stoltenberg.

Sophie Schönberger, Professorin für Öffentliches Recht an der Universität Düsseldorf, ist Co-Direktorin des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung.



STATIONEN NACH DER WAHL

Verkündung des endgültigen amtlichen Wahlergebnisses

Am 15. Oktober wird Bundeswahlleiter Georg Thiel das endgültige amtliche Ergebnis der Bundestagswahl vom 26. September verkünden. Dazu tagt der Bundeswahlausschuss im Bundestag. Die Sitzung wird auf der Homepage des Bundestages live übertragen. Am 26. November endet die Einspruchsmöglichkeit gegen die Gültigkeit der Wahl.

Vorältestenrat bereitet konstituierende Sitzung vor

Nach der Bundestagswahl befasst sich der sogenannte Vorältestenrat mit organisatorischen Fragen. Das informelle Gremium besteht aus dem amtierenden Bundestagspräsidenten und Vertretern der neu gebildeten Fraktionen. Der Vorältestenrat beschließt den Termin für die konstituierende Sitzung des Parlaments und bereitet die Sitzung vor. Zu klären sind auch praktische Fragen des Parlamentsbetriebs, etwa die Sitzordnung. Nach der Konstituierung des Parlaments übernimmt der reguläre Ältestenrat die organisatorischen Aufgaben.

Ablauf der konstituierenden Sitzung des 20. Bundestags

Der Bundestag muss sich laut Grundgesetz (Artikel 39 Absatz 2) spätestens 30 Tage nach der Bundestagswahl konstituieren. Geplant ist die konstituierende Sitzung des 20. Bundestags am 26. Oktober. Eröffnet wird die Sitzung durch den Alterspräsidenten, also den nach geltender Geschäftsordnung dienstältesten Abgeordneten. Das ist Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU), der dem Parlament seit 1972 angehört. Der Alterspräsident leitet die Sitzung bis zur Wahl des neuen Präsidenten, der dann sofort den Vorsitz übernimmt. Anschließend gibt sich das Parlament eine Geschäftsordnung und wählt die Stellvertreter des Präsidenten.

Erste Treffen der neuen Bundestagsfraktionen

Die sechs neuen Fraktionen, bis zur Konstituierung des Bundestags formal Vorfraktionen, sind bereits zu ersten Sitzungen zusammengekommen und haben ihre Vorsitzenden gewählt. Der gemeinsamen Fraktion von CDU/CSU steht erneut Ralph Brinkhaus (CDU) vor, aber nur für eine verkürzte Übergangszeit bis Ende April 2022. Damit will die Union je nach Ausgang der Regierungsbildung flexibel bleiben bei der Besetzung dieses Schlüsselpostens. Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag bleibt Alexander Dobrindt. Die SPD-Fraktion, die nun größte im Bundestag, wird erneut von Rolf Mützenich angeführt. Auch der FDP-Vorsitzende Christian Lindner wurde als Fraktionschef bestätigt. AfD, Linke und Grüne treten jeweils wieder mit Doppelspitzen an. Bei der AfD setzten sich Alice Weidel und Tino Chrupalla durch. Bei den Grünen sollen Anton Hofreiter und Katrin Göring-Eckardt kommissarisch an der Fraktionsspitze bleiben. Die Linke hat nach der Wahl nur knapp den Fraktionsstatus erreicht. An ihrer Spitze bleiben bis zu einer Neuwahl ebenfalls kommissarisch Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch.

pk ||



Wohl noch nie hatten die kleinen Parteien so viel Einfluss bei Koalitionsgesprächen auf Bundesebene. Grüne und FDP werden von SPD und Union heftig umworben.

© picture-alliance/Markus Sevcik/Shotshop (editiert)

Jetzt wird gepokert

KOALITION Grünen und FDP fällt bei der Regierungsbildung eine entscheidende Rolle zu

Die Wahl ist vorbei, wer die künftige Bundesregierung stellt, ist aber womöglich noch lange nicht entschieden. Zwar hat die SPD mit ihrem Spitzenmann Olaf Scholz nach einem fulminanten Aufholprozess im Wahlkampf die Bundestagswahl tatsächlich knapp mit 25,7 Prozent vor der Union mit 24,1 Prozent gewonnen, der Abstand ist aber so gering, dass auch Wahlverlierer Armin Laschet (CDU) weiter nach einer Möglichkeit sucht, einer Unionsgeführten Koalition als Bundeskanzler vorzustehen.

Keine Groko SPD-Spitzenkandidat Scholz leitet aus dem Wahlsieg einen klaren Wählerauftrag zur Bildung einer Bundesregierung unter Führung der SPD ab. Bei der Kanzlerwahl kommt es formal allerdings nicht darauf an, wer bei der Bundestagswahl vorne lag, ein Auftrag zur Regierungsbildung wird von offizieller Seite nicht erteilt, entscheidend ist, dass die nötigen Stimmen für die Kanzlermehrheit zustande kommen. Nach der Wahl kommt es daher nun zum Koalitions-Poker. Was Scholz und Laschet eint, ist die Notwendigkeit, sich bei der Bildung einer Koalition um dieselben Partner bemühen zu

müssen, denn eine mögliche Option schließen beide aus: Eine nochmalige Fortführung der sogenannten Großen Koalition, die schon 2017 aus der Not heraus gebildet worden war. Ein solches Bündnis von Union und SPD stünde diesmal unter Führung der SPD und könnte nach der Neuwahl im Bundestag auf eine Mehrheit von 402 Stimmen bauen, bei insgesamt 735 Mandaten und einer Kanzlermehrheit von 368 Stimmen. Bisher hat aber niemand die Fortsetzung der Groko überhaupt ins Spiel gebracht.

Kleine ganz groß Bei den nun anstehenden Sondierungs- und Koalitionsgesprächen wollen sowohl Laschet wie auch Scholz vielmehr Grüne und FDP von einem Bündnis unter Führung von CDU/CSU beziehungsweise der SPD überzeugen. Den beiden kleinen Parteien kommt also eine entscheidende Rolle zu, entsprechend groß ist ihr Verhandlungsspielraum. Es läuft auf das erste klassische Dreierbündnis seit der Adenauer-Zeit auf Bundesebene hinaus. Die zwei möglichen Konstellationen sind ein sogenanntes Jamaika-Bündnis, in Anspielung auf die Nationalfarben des Karibikstaates (Schwarz/Gelb/Grün), aus Union, FDP und Grünen oder eine sogenannte

Ampel-Koalition aus SPD, FDP und Grünen. Mit Blick auf die Zugewinne dieser drei Parteien bei der Wahl sprach Scholz von einem „sichtbaren Auftrag“, den die Bürger formuliert hätten. Auch CSU-Chef Markus Söder machte deutlich, dass er den Auftrag zu Gesprächen über eine neue Bundesregierung zunächst bei SPD, Grünen und FDP sieht. Die SPD sei am Zug, sagte er und räumte ein: „Die besten Chancen, Kanzler zu werden, hat derzeit Olaf Scholz.“ Söder gratulierte Scholz auch zum Wahlerfolg.

Vorsondierung FDP-Chef Christian Lindner machte schon am Wahlabend klar, dass es unter diesen Voraussetzungen wohl sinnvoll sei, wenn sich zunächst Grüne und FDP auf Inhalte verständigen würden und erst dann entschieden werde, ob mit Union oder SPD die Inhalte besser umzusetzen seien. Auf jeden Fall hätten beide Konstellationen eine komfortable Mehrheit: „Jamaika“ käme auf 406 Stimmen, die „Ampel“ sogar auf 416 Mandate. Grünen-Chef Robert Habeck gab vor: „Man muss sozusagen anfangen, über das Gemeinsame nachzudenken und nicht erstmal eine lange Liste aufschreiben, was findet man alles doof aneinander.“ Grüne und FDP trafen sich dazu bereits zu einer „Vorsondierung“. Lindner

forderte sicherheitshalber ein zügiges Vorgehen und hatte vermutlich die langwierigen Gespräche über ein Jamaika-Bündnis in Erinnerung, das im Herbst 2017 an inhaltlichen Differenzen spektakulär scheiterte. Der FDP-Chef beendete die Gespräche damals mit dem Satz: „Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren.“ Die Folge war eine Neuaufgabe der Groko, nachdem sich die SPD gedanklich schon in der Opposition eingerichtet hatte.

Keine Frist Die Verfassung sieht keinen Zeitplan für die Bildung einer Bundesregierung vor. Im Grundgesetz ist nur festgelegt, dass die Amtszeit der Regierung mit der Konstituierung des neuen Bundestages endet, also nach jetziger Planung am 26. Oktober 2021. Sollte bis dahin keine neue Koalition stehen, bleibt die amtierende Bundesregierung geschäftsführend im Amt und ist damit auch außenpolitisch weiter voll handlungsfähig. Die Regierungsbildung kann länger dauern, wie sich 2017 gezeigt hat, als das vierte Kabinett von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) erst knapp ein halbes Jahr – genau 171 Tage – nach der Wahl vereidigt werden konnte. Es ist auch schon mal deutlich schneller gegangen. Die Regierungsbildung 2009 etwa dauerte nur ganze 31 Tage.

Selbstläufer sind beide Koalitionsoptionen nicht. In jedem Fall wird es je nach Perspektive schmerzhaft Kompromisse geben müssen, denn die Unterschiede im politischen Programm sind teilweise markant.

Knackpunkte Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus (CDU) stellte klar, die Union werde „nicht alles mitmachen, weil wir unseren Markenkern natürlich auch erhalten wollen“. Befürchtet wird in der Union, Laschet könnte den Grünen in den anstehenden Verhandlungen zu weit entgegenkommen. Union und FDP sind in Wirtschafts-, Finanz- und Steuerfragen recht nahe beieinander, dasselbe gilt für SPD und Grüne. Streiffragen sind die Haushaltspolitik und die Schuldenbremse, mögliche Steuererhöhungen oder ein höherer Mindestlohn. In der Gesundheitspolitik streben SPD und Grüne einen Systemwechsel an, den FDP und Union ablehnen. In der Klimapolitik sind sich zwar alle Parteien einig, dass etwas getan werden muss, die Konzepte fallen aber unterschiedlich aus. Hier liegen zudem tiefe Gräben zwischen FDP und Grünen, weil die FDP auf Marktanreize setzt, während die Grünen klare Regeln, Grenzen und Fristen anstreben. Fest steht: Bevor der Koalitionsvertrag unterschrieben ist, wird noch viel gestritten und gefeilscht in Berlin. Schon Kanzler Konrad Adenauer (CDU) befand: „Lieber sechs Wochen Wahlkampf als eine Woche Regierungsbildung.“ Claus Peter Kosfeld ||

»Man muss anfangen, über das Gemeinsame nachzudenken.«

Robert Habeck, Grünen-Co-Vorsitzender

»Wir wollen natürlich auch unseren Markenkern erhalten.«

Ralph Brinkhaus (CDU), Unionsfraktionschef

Abseits des parlamentarischen Rampenlichts

KLEINE PARTEIEN Die »Sonstigen« haben bei der Bundestagswahl zusammen 8,6 Prozent der Zweitstimmen erreicht. Spitzenreiter sind die Freien Wähler

Insgesamt 47 Parteien haben an der Bundestagswahl 2021 teilgenommen. Mit SPD, CDU, CSU, Grünen, FDP und AfD gewannen sechs von ihnen mehr als fünf Prozent der Zweitstimmen und dürfen nun Abgeordnete in die deutsche Hauptstadt entsenden. Bei der Partei Die Linke hat es zwar nur zu einem Stimmenanteil von 4,9 Prozent gereicht. Aufgrund der Grundmandatsklausel zog die Partei Dank drei gewonnener Direktmandate mit einer dem Zweitstimmenanteil entsprechenden Zahl an Abgeordneten dennoch in den Bundestag ein. Dem Hohen Haus gehört zudem auch Stefan Seidler vom Südschwabischen Wählerverband (SSW) an. Dafür reichten aufgrund einer Sonderregelung im Wahlgesetz für anerkannte nationale Minderheiten 55.330 Zweitstimmen. Alle anderen Parteien bleiben von der parlamentarischen Mitarbeit ausgeschlossen. Das gilt für die Freien Wähler, die immerhin 1.127.171 Zweitstimmen bekamen, ebenso wie für die sieben Parteien, die nur

einzelne Direktkandidaten aufgestellt hatten und auf den für die Zweitstimmen relevanten Landeslisten fehlten. Erfolgreichste Partei unter den sogenannten Sonstigen, die es in ihrer Gesamtheit auf 8,6 Prozent der Zweitstimmen brachten, waren die Freien Wähler, die seit 2018 mit der CSU die Bayrische Landesregierung bilden und auch dem Landesparlament in Rheinland-Pfalz angehören. Ein Plus von 1,4 Prozent im Vergleich zur Wahl 2017 ließ den Parteivorsitzenden Hubert Aiwanger, stellvertretender Ministerpräsident Bayerns, jubeln. Seine Unkenntnis – oder bewusste Verletzung – des Bundeswahlgesetzes könnte ihm nun aber eine saftige Geldstrafe einbringen. Noch vor Ablauf der Wahlzeit hatte Aiwanger Ergebnisse von Nachwahlbefragungen per Twitter öffentlich gemacht und seine Anhänger zum Urnengang aufgefordert. Ein Missgeschick sei das gewesen, entschuldigte er später den Tweet.

Tierschutz 674.789 Stimmen (1,5 Prozent) entfielen auf die Partei Mensch Umwelt Tierschutz (Tierschutzpartei). Sie darf sich als erfolgreichste der nicht in Bundes- oder Landesparlamenten vertretenen Parteien fühlen. Die sich 2013 von ihr aufgrund innerparteilicher Konflikte abgespaltene Tierschutzallianz kam auf 13.686

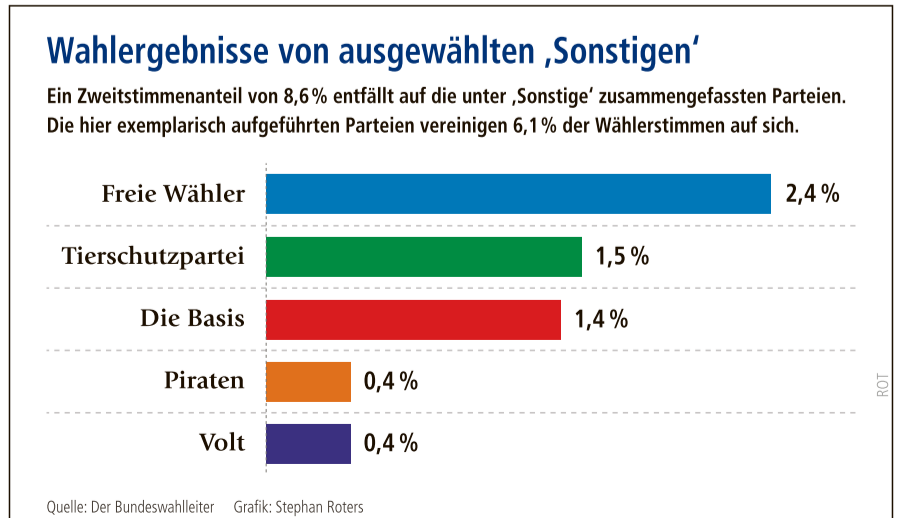
Stimmen. Ferner erreichte die Basisdemokratische Partei Deutschlands (Die Basis) 628.432 und damit 1,4 Prozent an Zweitstimmen. Bei den Erststimmen kamen die Kandidaten der Basis gar auf 734.621. Eine der Hauptforderungen der erst im Juli 2020 gegründeten Partei ist es, die „Epidemische Lage nationaler Tragweite“ sofort zu beenden. Ebenfalls erstmals zu einer Bundestagswahl angetreten ist „Team Todenhöfer

– Die Gerechtigkeitspartei“. Ihr Bundesvorsitzender ist der Publizist und ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Todenhöfer. 214.281 (0,5 Prozent) der Zweitstimmen konnte seine seit 2020 existierende Partei erringen. Mit der 2017 gegründeten Volt Deutschland, die Ableger in 16 europäischen Staaten hat und mit dem Slogan „Unsere Zukunft. Made in Europe.“ angetreten ist, verbuchte ein weiterer Wahlneuling ein sechs-

stelliges Zweitstimmenergebnis (165.153). Schon bei vorangegangenen Bundestagswahlen dabei war die ÖDP (Ökologisch-Demokratische Partei), die nun 112.351 Stimmen erhielt. Seit 2014 ist die ÖDP mit einem Sitz im Europaparlament vertreten. Sogar zwei Sitze im EU-Parlament hat die vom Satiriker Martin Sonneborn gegründete „Die Partei“ inne. Im Bundestagswahlkampf warb sie unter anderem für die „Bierpreisbremse“ und eine „Abfuckprämie für SUV“ und konnte fast eine halbe Million Zweitstimmen verbuchen (461.487; 1,0 Prozent). Ihr Erststimmenanteil lag bei 542.804.

Piraten Lediglich 169.889 Wahlberechtigte stimmten für die Piratenpartei, die bei der Bundestagswahl 2013 noch mit 2,2 Prozent (959.177 Zweitstimmen) einen Achtungserfolg erzielt hatte und zwischenzeitlich auch in mehreren Landesparlamenten zu finden war. Die Europäische Partei Liebe trat mit einer eher ungewöhnlichen Forderung zur Wahl an. Laut Parteiprogramm sollten künftig jene Menschen politische Ämter ausüben, „die ein Herz haben, das voller Liebe und Güte ist“. Jedem Hochzeitspaar sollen zudem aus Steuermitteln Brautkleid, Hochzeitsanzug und Eheringe bis zu 3.000 Euro

bezahlt werden. Immerhin 12.946 Zweitstimmen erhielt die Partei. Die am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums zu findende NPD erhielt 64.608 Zweitstimmen. Die laut Verfassungsschutzbericht „rechtsextremistische Kleinstpartei“ Der Dritte Weg kam auf 7.830 Stimmen. Dem „dogmatischen Linksextremismus“ rechnet der Verfassungsschutz die MLPD zu, die 17.994 Stimmen erhielt. Die ursprünglich wegen verspätet eingereichter Rechenschaftsberichte von der Wahl ausgeschlossen DKP erreichte ihre Zulassung durch eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht und erhielt 15.158 Stimmen. Nur 737 Zweitstimmen konnte die Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) für sich verbuchen. Sie bildet das Schlusslicht der auf Landeslisten zur Bundestagswahl angetretenen Parteien. Sieben Parteien fehlten auf jenen Landeslisten und blieben ohne Zweitstimmen. Die Parteien Volksabstimmung, Die Sonstigen, die Familien-Partei, die Grauen Panther, die KlimalisteBW, die Thüringer Heimatpartei und die bergpartei waren nur über einzelne Direktkandidaten wählbar. Am erfolgreichsten schnitt die Klimaliste Baden-Württemberg ab, die 3.957 Erststimmen erhielt. Götz Hausding ||



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Die erste Frau im wichtigsten Amt der Republik; die erste Amtsinhaberin, die es aus freien Stücken wieder verlässt: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat in ihrer Amtszeit so manche Gipfelmarke gesetzt. Eine neue winkt ihr am 17. Dezember: Steht sie dann noch – geschäftsführend – an der Spitze der Bundesregierung, hätte sie den bisherigen Rekordhalter Helmut Kohl (CDU) überrundet, der vom 1. Oktober 1982 bis zum 26. Oktober 1998 mit insgesamt 5.869 Tagen mehr als 16 Jahre an der Macht war; damit könnte Merkel auf die längste Amtszeit aller Bundeskanzler zurückblicken. Von alleine kann sie Kohl indes nicht einholen, denn aus dem Amt scheidet die Kanzlerin mit der Wahl ihres Nachfolgers im Bundestag aus – und wann die stattfindet, obliegt nicht Merkel, sondern den kommenden Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen. Die freilich könnten dauern, womit eine weitere Höchstmarke der Ära Merkel in den Blick rückt: die der längsten Regierungsbildung der Bundesrepublik.

171 Tage Erst nach der Niedersachsen-Wahl Mitte Oktober begannen die Sondierungen, die schon wegen der Zahl der beteiligten Parteien, aber auch aufgrund weit auseinander liegender Positionen als schwierig galten. Dennoch kam es für viele überraschend, als nach einer Reihe von Gesprächsrunden FDP-Chef Christian Lindner die Verhandlungen am 19. November spät abends für gescheitert erklärte.

Nach Unterredungen von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit Spitzen der im Parlament vertretenen Parteien mussten noch SPD-Parteitage erst grünes Licht für Sondierungsgespräche mit der Union, danach für Koalitionsverhandlungen geben, die am 26. Januar 2018 begannen. Über ihr Ergebnis entschieden die Sozialdemokraten in einer Mitgliederbefragung, bevor der Koalitionsvertrag unterzeichnet wurde; am 14. März wählte der Bundestag Merkel zum vierten Mal zur Kanzlerin, danach wurde das neue Kabinett vereidigt – ganze 171 Tage nach der Bundestagswahl. Selbst wenn Merkel nun zum Jahreswechsel noch eine 17. Neujaursansprache im Kanzleramt aufzeichnen sollte, müssten die kommenden Koalitionsverhandlungen sich dann noch mehr als zweieinhalb Monate hinziehen, bis eine Regierungsbildung mehr Zeit in Anspruch nehmen würde als die Installation des „Merkel IV“-Kabinetts. Dabei hatte sich die Regierungsbildung schon 2005 bei „Merkel I“ über eine bis dahin unbekannte Dauer hingezogen. Spekulationen über ein Jamaika-Bündnis verstümmten damals erst nach Sondierungen, und als Union und SPD nach einer Nachtwahl in Dresden Koalitionsverhandlungen begannen, war schon rund ein Monat seit der Wahl vorbei. Insgesamt dauerte es 65 Tage, bis erstmals eine Frau zur Bundeskanzlerin gewählt und ihr Kabinett vereidigt wurde.



Der Anlauf ging schief: Spitzenpolitiker von FDP und Grünen im Oktober 2017 bei einem Treffen in der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin vor den später gescheiterten Sondierungen über eine „Jamaika“-Koalition.

Viel Zeit zuletzt

HISTORIE Nie dauerten die Regierungsbildungen länger als in der Ära Merkel. Dreimal wurden neue Höchstwerte erzielt

Dieser Rekord hielt nur acht Jahre; dann standen nach dem von 2009 bis 2013 währenden Intermezzo des „Merkel II“-Bündnisses mit der FDP erneut Koalitionsverhandlungen mit den Sozialdemokraten an. Über den von Union und SPD ausgehenden Koalitionsvertrag stimmten die Sozialdemokraten auch damals per Mitgliederentscheid ab. Am Ende nahm die Regierungsbildung 86 Tage in Anspruch: Erst am 17. Dezember 2013 wurde Merkel erneut zur Kanzlerin gewählt und ihr drittes Kabinett vereidigt, fast drei Monate nach der Bundestagswahl. So lange konnte – und kann – der Bundestag selbst nicht warten, ebenso wie bei der Regierungsbildung 2018. Er tritt, so ist es im Grundgesetz festgelegt, „spätestens am 30. Tag nach der Wahl zusammen“, also in diesem Jahr am 26. Oktober. Und damit nicht genug, legt ihm die Verfassung auch auf, eine Reihe von Ausschüssen zu bestellen: einen Petitionsausschuss, einen „Aus-

schuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union“ sowie „einen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und einen Ausschuss für Verteidigung“. 2013 wie 2017 stellte sich das Problem, dass sich in den meisten Bundestagsausschüssen der Ressortzuschnitt der Bundesministerien widerspiegelt – was ohne diesen Zuschnitt schwierig ist. Wer aber soll dann etwa Beschlussempfehlungen zu diversen Vorlagen erarbeiten, die normalerweise an die zuständigen Ausschüsse überwiesen werden?

Hauptausschuss Vor acht Jahren setzte der Bundestag daher Ende November erstmals in seiner Geschichte einen „Hauptausschuss“ ein; das Gremium war „Ausschuss im Sinne der Grundgesetzartikel 45, 45a und 45c“, die die Bestellung der in der Verfassung vorgeschriebenen Ausschüsse vorgeben, sowie „Haushaltsausschuss im Sinne der entsprechenden gesetzlichen und geschäftsbereichsrechtlichen Vorgaben“

und löste sich am 15. Januar 2014 mit der Konstituierung der ständigen Ausschüsse auf. Das Ganze wiederholte sich zu Beginn der folgenden Wahlperiode, wobei 2017 neben dem Hauptausschuss auch gleich der Petitions- sowie der Geschäftsordnungsausschuss eingesetzt wurden. In den Jahrzehnten vor Merkel war die Regierungsbildung von 1961 mit 58 Tagen die längste in der Geschichte der Republik. Seinerzeit mussten sich Union und FDP nach vier Jahren absoluter CDU/CSU-Mehrheit wieder zu einer Regierung unter Kanzler Konrad Adenauer (CDU) zusammenfinden – von dessen Rücktritt während der neuen Wahlperiode die FDP die Koalition abhängig machte. Mit jeweils 24 Tagen am schnellsten ging es 1969 und 1983. Das wird im März 1983 weniger überrascht haben als 14 Jahre vorher, hatten doch Union und FDP erst ein halbes Jahr zuvor, im September 1982, Koalitionsverhandlungen geführt, bevor sie

Kanzler Helmut Schmidt (SPD) per konstruktivem Misstrauensvotum durch Kohl ablösen; nun war das neue Bündnis vom Wähler bestätigt und konnte Fahrt aufnehmen.

1969 dagegen ging es nach der ersten großen Koalition um die erstmalige Bildung eines sozialliberalen Bündnisses. Auf dieses Bündnis hatten sich die Vorsitzenden von SPD und FDP, Willy Brandt und Walter Scheel, noch in der Wahlnacht verständigt, obgleich die Union stärkste Kraft geworden war. Freilich hatte sich die Koalitionsbereitschaft von Sozial- und Freidemokraten schon bei der Bundespräsidentenwahl im März 1969 gezeigt, bei der der SPD-Kandidat Gustav Heinemann mit den Stimmen der Liberalen ins höchste Staatsamt gewählt wurde. Auch 1972 benötigten SPD und FDP mit 26 Tagen eine verhältnismäßig kurze Zeitspanne bis zum Abschluss der Regierungsbildung.

Sonderfall Ein Sonderfall war 1976, als der Wahltermin mehr als zwei Monate vor dem Ablauf der Legislaturperiode lag. Der neue Bundestag wurde am 3. Oktober gewählt, doch endete die vorangegangene Wahlperiode erst am 13. Dezember. Drei Tage später wurde das neue Kabinett vereidigt – 74 Tage nach der Wahl. Diese Frist ist indes nicht mit der anderer Legislaturperioden zu vergleichen. Die Bildung der letzten sozialliberalen Bundesregierung im Jahr 1980 dauerte dann 32 Tage. Ebenso lang brauchten Union und FDP 1994 beim Start der letzten Regierung Kohl, nachdem sie 1987 und 1990 noch 46 beziehungsweise 47 Tage in Anspruch genommen hatten. Mit jeweils 30 Tagen ging es 1998 und 2002 bei Rot-Grün deutlich schneller. SPD und Grüne blieben damit auch unter den Zeitspannen, die die Regierungsbildung in den Anfangsjahren der Republik erforderte: Waren es 1949 bei der ersten, von CDU, CSU, FDP und der Deutschen Partei (DP) getragenen Bundesregierung noch 37 Tage, dauerte es bei der Bundestagswahl 1953 schon 44 Tage – mit dem „Gesamtdeutschem Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ als fünftem Partner. Dass die Dauer der Regierungsbildung nicht unbedingt von der Zahl der Koalitionäre abhängt, zeigte sich 1957, als die Union die absolute Mehrheit geholt hatte, aber dennoch die DP mit in die Regierung nahm. Auch jetzt dauerte es 44 Tage, bis das Kabinett Ende Oktober vereidigt war; die eigentlichen Koalitionsverhandlungen zogen sich mehr als einen Monat hin.

Vier Jahre nach der erwähnten 58-Tage-Spanne von 1961 brauchten CDU, CSU und FDP wieder 37 Tage für die Regierungsbildung. Zu den schnelleren Regierungsbildungen zwischen Union und Liberalen zählt schließlich die von 2009 mit 31 Tagen. Damals ließ Merkel kurz nach der Wahl vom 27. September wissen, dass sie ihre neue Regierung spätestens am 9. November im Amt sehen wollte, wenn sie die Staats- und Regierungschefs anderer Länder zum 20. Jahrestag des Mauerfalls begrüßen würde. Das ließ sich machen: Am 28. Oktober wurde sie wiedergewählt und ihr neues Kabinett vereidigt. Gemessen wird die Dauer der Regierungsbildungen übrigens vom Tag der Bundestagswahl bis zur Vereidigung des Kabinetts – nicht etwa bis zur Kanzlerwahl. Das liegt daran, dass der Regierungschef schon vor Ende der Koalitionsverhandlungen gewählt werden kann. Dazu kam es bislang dreimal, nämlich 1949, 1953 und 1957 bei Adenauers ersten Wahlen. Dabei wurde 1953 sogar noch ganze zehn Tage nach der Wahl des Regierungschefs weiterverhandelt. *Helmut Stoltenberg* ||

STATIONEN NACH DER WAHL

Wahl des Bundeskanzlers

Mit der Konstituierung des neuen Bundestages endet die Amtszeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Auf Ersuchen von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier muss sie jedoch laut Grundgesetz-Artikel 69 die Amtsgeschäfte weiterführen, bis der Bundestag einen neuen Regierungschef wählt. Eine Zeitvorgabe gibt es für die Wahl nicht. In der Praxis wird der Wahltermin erst angesetzt, wenn es als gesichert gilt, dass der Bewerber die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich vereinigen kann. Nach Grundgesetz-Artikel 63 könnte ein neuer Bundeskanzler aber auch eine Minderheitsregierung führen, wenn er in einem dritten Wahlgang nur mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt wird. Dann kann der Bundespräsident ihn zum Kanzler zu ernennen oder den Bundestag auflösen, um Neuwahlen herbeizuführen.

Ausschuss-Konstituierung

Anzahl, Größe und inhaltlicher Zuschnitt der Ausschüsse des Bundestages werden durch einen Beschluss des Plenums festgelegt. Da die meisten Ausschüsse inhaltlich den Zuschnitt der Bundesministerien spiegeln, ist mit einer Konstituierung der Ausschüsse erst nach der Kanzlerwahl und der Bildung der Bundesregierung zu rechnen. Das Grundgesetz macht hierzu keine zeitlichen Vorgaben. Von der Verfassung vorgeschrieben ist indes die Einrichtung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (Artikel 45), des Auswärtigen Ausschusses und des Verteidigungsausschusses (Artikel 45 a) sowie des Petitionsausschusses (Artikel 45 c). In den beiden letzten Wahlperioden setzte der Bundestag daher einen Hauptausschuss ein, der sich mit der Konstituierung der festen Ausschüsse wieder auflöste.

Besetzung der Ausschüsse

Die Sitzverteilung in den Ausschüssen entspricht dem Kräfteverhältnis der Fraktionen. Auch die Anzahl der Ausschussvorsitzenden, die jeder Fraktion zusteht, errechnet sich aus ihrer Stärke. Im Normalfall verständigen sie sich im Ältestenrat darüber, welche Fraktion welchen Vorsitz übernimmt. Kommt kein Einvernehmen zustande, wird die Verteilung im sogenannten „Zugriffsverfahren“ geregelt. Das heißt, die Fraktionen suchen sich nach ihrer Größe nacheinander aus, in welchen Ausschüssen sie den Vorsitz übernehmen wollen. Der Vorsitz des Haushaltsausschusses geht traditionell jedoch an die größte Oppositionsfraktion.

Wahlprüfung

Am 26. November endet die zweimonatige Einspruchsfrist gegen die Gültigkeit der Bundestagswahl. Jeder wahlberechtigte Bürger, die Landes- und der Bundeswahlleiter sowie der Bundestagspräsident können beantragen, die Wahlvorbereitung und Durchführung sowie die Stimmenauszählung überprüfen zu lassen. Über die Einsprüche entscheidet gemäß Grundgesetz-Artikel 41 der Bundestag. Gegen die Entscheidung kann nur noch vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt werden. *sto* ||

Das Kreuz mit dem Kreuz

BRIEFWAHL Die Rekordbeteiligung stellt Wahlverantwortliche und Meinungsforscher vor ein Dilemma

Ob Angst vor Ansteckung mit dem Coronavirus oder schlicht Bequemlichkeit: Was auch immer der Grund für den aktuellen Trend zur Briefwahl ist – noch nie zuvor haben bei einer Bundestagswahl so viele Wähler in Deutschland ihre Stimme per Brief abgegeben. Die genaue Höhe des Anteils wird zwar erst Mitte Oktober feststehen, wenn auch das endgültige Ergebnis der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag bekannt gegeben wird. Doch klar ist bereits, dass die Briefwahlbeteiligung einen neuen Rekord erreicht hat. Er sei ungefähr von einer Verdopplung gegenüber der Bundestagswahl 2017 ausgegangen, so Bundeswahlleiter Georg Thiel im Gespräch mit dieser Zeitung. Damals nutzten gut 13,4 Millionen Menschen die Möglichkeit der Briefwahl. Das habe eine Quote von 28,6 Prozent entsprochen, berichtet Thiel. Seine Einschätzung bestätigte sich: „Alles deutet darauf hin, dass der Anteil der Briefwähler dieses Mal höher als 40 Prozent liegen wird.“

der Briefwahlstimmen ist aufwändiger: Die bis zum Wahltag eingegangenen Wahlbriefe werden an separaten Orten sicher verwahrt und von dafür geschulten Wahlvorständen innerhalb eines Wahlkreises geöffnet, die Wahlscheine auf ihre Gültigkeit geprüft und die Stimmen ab 18 Uhr ausgezählt. Auf diesen Mehraufwand hätten sich die meisten Kommunen dank frühzeitiger Prognose „im Großen und Ganzen“ gut eingestellt, lautet Thiels Urteil. Ob fehlerhafte oder verspätet zugestellte Wahlbriefe – „kleinere Pannen“ gebe es fast immer, bei

der Brief- genauso wie bei der Urnenwahl. Beide seien grundsätzlich sicher, betont der Bundeswahlleiter.

Verkaufte Stimmzettel Wie es jedoch in Berlin, wo am 26. September neben der Bundestagswahl auch die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, zu den zwölf Bezirksordnetenversammlungen und ein Volksentscheid stattgefunden hatten, so gehäuft zu Unregelmäßigkeiten kommen konnte, müsse dringend aufgearbeitet werden, verlangt Thiel. Einen Bericht habe er bei der Landeswahlleitung angefordert. In der Hauptstadt waren in mehreren Wahllokalen die Stimmzettel ausgegangen; zudem häuften sich wegen veräußelter Stimmzettel ungültige Stimmabgaben. In einigen Wahlbezirken muss erneut ausgezählt werden. Problematisch sei auch, dass durch den großen Andrang vor einzelnen Wahllokalen noch am Abend gewählt wurde, so der Bundeswahlleiter. Gemäß der Bundeswahlordnung sei eine Stimmabgabe nach 18 Uhr zwar zulässig – vorausgesetzt, dass sich die Wähler rechtzeitig vorher in die Warteschlange eingereiht hätten. Doch damit wachse eben auch die Gefahr der Wählerbeeinflussung durch zeitgleich veröffentlichte Prognosen, die Wähler über ihr Handy verfolgen könnten, warnt der Bundeswahlleiter. Bewusst verbietet das Wahlgesetz die Veröffentlichung der Ergebnisse von Wählerbe-

fragungen nach der Stimmabgabe bis zum Ende der Wahlzeit. Der Tweet, mit dem der Bundesvorsitzende der Freien Wähler, Hubert Aiwanger, Prognosen vorab veröffentlichte und nochmals für seine Partei geworben hatte, werde daher nun geprüft, betont Thiel. Auch Situationen wie zuletzt in Berlin gelte es zu vermeiden: „Um 18 Uhr soll die Stimmabgabe beendet sein. Damit das klappt, müssen notfalls statt zwei eben fünf Wahlkabinen aufgestellt werden.“ Handlungsbedarf für den Gesetzgeber sieht der Bundeswahlleiter außerdem in der Frage, ob Wahlentscheidungen von Briefwählern in Prognosen einfließen dürfen – eine Frage, die durch die Zunahme der Briefwahl an Dringlichkeit gewonnen hat. Der Bundeswahlleiter meint mit Blick auf das Bundeswahlgesetz: nein. In einem Rechtsstreit mit dem Meinungsforschungsinstitut Forsa urteilte der Hessische Verwaltungsgerichtshof nun jedoch, dass ein Veröffentlichungsverbot solcher Prognosen die Freiheit der Berichterstattung beeinträchtigt. Für den Wahlleiter ist das ein „Dilemma“. Das Urteil müsse „jetzt der Gesetzgeber bewerten“. *Sandra Schmid* ||



Urnen mit Stimmzettelschlägen stehen zur Briefwahlauszählung bereit.

Anzeige

Eine zu stille Gentechnikrevolution



CRISPR
Genrevolution im Spannungsfeld einer Demokratie

Von Dr. Luisa Becker-Ritterspach
2021, 224 S., brosch.,
Print | E-Book 30,- €
ISBN 978-3-8288-4688-3
E-Book (PDF) 978-3-8288-7771-9

Die Genschere CRISPR/Cas9, die Genabschnitte präzise schneidet und verändert, stellt unsere Gesellschaft vor die Frage des Umgangs mit dieser revolutionären Technik. Eine Debatte findet aber nicht wirklich statt. Das Buch zeigt auf, warum es an Sichtbarkeit fehlt und wie dies geändert werden könnte.




Bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter www.tectum-verlag.de,
telefonisch (+49)7221/2104-310 oder per E-Mail email@tectum-verlag.de

Tectum Verlag

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**

Juni 2021: Gegen den geschlossenen Widerstand der Opposition beschließt der Bundestag mit den Stimmen der Koalitionsmehrheit von CDU/CSU und SPD neue Befugnisse für die Bundespolizei, darunter die Nutzung der Quellen-Telekommunikationsüberwachung bei Telefonaten via Messenger etwa zur Schleuser-Bekämpfung. Bei FDP, Linken und Grünen, die an verschiedenen Landesregierungen beteiligt sind, stößt das auf heftige Kritik. Als der Bundesrat zwei Wochen später über den Bundestagsbeschluss abstimmt, gibt es für die erforderliche Zustimmung zu dem Gesetz keine Mehrheit; es landet in der Tonne. Ein zweites Beispiel: 2016 beschloss der Bundestag gegen die Stimmen der oppositionellen Linken und Grünen, Algerien, Marokko und Tunesien als asylrechtlich sichere Herkunftsländer einzustufen. Im Bundesrat wurde die Beratung darüber erst vertagt, 2017 dann die erforderliche Zustimmung verweigert. In einem zweiten Anlauf setzte die große Koalition 2019 im Bundestag ein ähnliches Gesetz durch, wieder strich der Bundesrat die Abstimmung darüber von seiner Tagesordnung. Die drei Maghreb-Länder sind bis heute nicht als sichere Herkunftsstaaten eingestuft. Beide Vorgänge zeigen: Einfach „durchregieren“, wie es sich Angela Merkel einst wünschte, ist nicht – jedenfalls nicht gegen die Mehrheit im Bundesrat. Dort sitzen die 16 Landesregierungen, und jede an ihnen beteiligte Partei kann das jeweilige Land bei Abstimmungen im Bundesrat zur Enthaltung zwingen. Das ist vor allem bei den sogenannten Zustimmungsgesetzen von Bedeutung, die – der Name sagt es – der Zustimmung der Länderkammer bedürfen. Das war in der zurückliegenden Wahlperiode bei mehr als jeder dritten Vorlage (38 Prozent) der Fall.

Mitwirkung Egal, welche Koalition auch immer in den kommenden Jahren auf Bundesebene regieren wird: In jedem Fall empfiehlt sich bei der Regierungsbildung auch ein Blick auf die Machtverteilung in der Länderkammer. Durch den Bundesrat nämlich „wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit“, wie Artikel 50 des Grundgesetzes fest schreibt. Für die künftige Bundesregierung und die sie tragende Koalitionsmehrheit im Bundestag sind deshalb die Kräfteverhältnisse in der Länderkammer alles andere als unwichtig – schließlich muss jeder Gesetzesbeschluss des Bundestages auch den Bundesrat passieren.

Dabei wird zwischen zwei Arten von Bundesgesetzen unterschieden, den schon erwähnten Zustimmungsgesetzen und den „Einspruchsgesetzen“. Gegen letztere kann die Länderkammer zwar Einspruch einlegen, den aber der Bundestag wiederum zurückweisen kann. Dazu ist indes die absolute Mehrheit der Bundestagsabgeordneten erforderlich, also eine Stimme mehr als die Hälfte seiner künftig 735 Mitglieder. Erhebt der Bundesrat gar mit Zweidrittelmehrheit gegen ein Bundesgesetz Einspruch, „bedarf die Zurückweisung durch den Bundestag einer Mehrheit von zwei Dritteln, mindestens der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages“ (Grundgesetz-Artikel 77, Absatz 4). In der neuen Wahlperiode des Bundestages liegt diese Zweidrittelmehrheit bei 490 Stimmen, wovon sowohl eine Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP mit 416 Abgeordneten als auch ein schwarz-grün-gelbes „Jamaika“-Bündnis mit 406 Parlamentariern weit entfernt wäre. Die absolute Mehrheit von 368 Stimmen dagegen ist

Der Länder Macht

BUNDES RAT Auf die Stimmenverteilung in der Länderkammer muss jede Bundesregierung achten. »Durchregieren« könnte weder die Ampel noch Jamaika



Im Bundesrat sind 16 Landesregierungen mit derzeit insgesamt zehn verschiedenen Koalitionskonstellationen vertreten.

© picture-alliance/dpa/lörrg Carstensen

mit beiden Konstellationen zu erreichen. Auch ein Einspruchsgesetz kann also an der Länderkammer scheitern; zumindest aber lässt sich dort sein Inkrafttreten verzögern. Zustimmungsgesetze dagegen benötigen die ausdrückliche Zustimmung der Länderkammer, um zustande zu kommen; ohne diese Zustimmung sind sie gescheitert, selbst wenn sie vom Bundestag einstimmig beschlossen worden wären. Zu diesen Zustimmungsgesetzen zählen neben Verfassungsänderungen, für die im Bundestag wie im Bundesrat eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, unter anderem Vorlagen, die in bestimmter Weise Auswirkungen auf die Finanzen der Länder haben. Das sind beispielsweise alle Gesetze über Steuern, an deren Aufkommen die Länder oder Kommunen beteiligt sind, wie etwa die Lohn- und Einkommensteuer oder die Mehrwertsteuer. Alleine in der

jetzt zurückliegenden 19. Legislaturperiode waren von den 547 Gesetzesbeschlüssen des Bundestages 205 nebst drei Grundgesetzänderungen im Bundesrat Zustimmungsbefürwortung.

Bewegung Je nach seiner Zusammensetzung kann der Bundesrat daher auch eine Koalition das Leben schwer machen, die im Bundestag über eine klare Mehrheit verfügt. Stellt die Bundestagsopposition die Mehrheit im Bundesrat, droht der Bundesregierung eine Blockadepolitik in der Länderkammer, wie sie in der Vergangenheit schon mehrfach zu beobachten war. Dabei standen sich etwa in der Endphase der Regierungsjahre von Kanzler Helmut Kohl (CDU) mit einer Bundestagsmehrheit von Union und FDP sowie einem rot-grün dominierten Bundesrat vor dem Machtwechsel von 1998 ebenso zwei Lager gegenüber

wie umgekehrt mit der darauf folgenden rot-grünen Koalition im Bund und einer schwarz-gelb beherrschten Länderkammer. Wie sehr diese Lager mittlerweile in Bewegung gekommen sind, zeigen nicht nur die derzeitigen Koalitionsmöglichkeiten auf Bundesebene, sondern auch ein Blick auf die vielfarbigen Regierungskonstellationen, die derzeit im Bundesrat vertreten sind. Dort verfügt jedes Land je nach Bevölkerungsgröße über drei bis sechs Stimmen.

Absolute Mehrheit Für jeden Beschluss der Länderkammer ist mindestens die absolute Mehrheit erforderlich, ganz egal, ob es darum geht, einem Gesetzesbeschluss des Bundestages zuzustimmen, den Vermittlungsausschuss anzurufen oder Einspruch einzulegen. Insgesamt verfügen die 16 Bundesländer im Bundesrat über 69 Stimmen; die absolute Mehrheit liegt

bei 35 und die Zweidrittelmehrheit bei 46 Stimmen. Bedeutsam ist dabei, dass sich bei Abstimmungen Länder mit Regierungskoalitionen, in denen ein Gesetzesvorhaben umstritten ist, in der Regel enthalten und damit faktisch mit Nein stimmen. Das ist meist bei Landeskoalitionen zwischen zwei oder mehr Parteien der Fall, von denen mindestens eine im Bund in der Regierung ist und die andere(n) dort in der Opposition. Dass Enthaltungen im Bundesrat de facto auf ein Nein hinauslaufen, erschwert es dort den Gegnern bestimmter Gesetzesvorlagen, in der Länderkammer dazu den Vermittlungsausschuss anzurufen oder Einspruch einzulegen; andererseits können so bei Zustimmungsgesetzen auch kleine Koalitionspartner einer Landesregierung gegebenenfalls eine Mehrheit im Bundesrat für eine Vorlage verhindern und sie damit zu Fall bringen.

Neben der Frage, welche Partei in wie vielen – und wie großen – Ländern (mit)regiert, ist für die Machtarithmetik entscheidend, ob die jeweiligen Koalitionsparteien komplett denen im Bund entsprechen oder aber vollständig im Bundestag auf der Oppositionsbank sitzen beziehungsweise ein Koalitionspartner auch im Bund regiert und der andere dort opponiert. Unterschieden lässt sich demnach zwischen einem „Regierungs-“ und einem „Oppositionsblock“ sowie einem „neutralen“ Lager, auch wenn für die einzelnen Landesregierungen nicht nur in der Theorie die spezifischen Landesinteressen Vorrang haben vor parteipolitischen Erwägungen. Lässt man die jüngsten Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern und die dort jetzt anstehenden Regierungsbildungen einmal außen vor und betrachtet nur die derzeitige Zusammensetzung des Bundesrates, findet sich eine „Ampel“-Koalition nur in Rheinland-Pfalz und ein „Jamaika“-Bündnis nur in Schleswig-Holstein; beide Länder verfügen im Bundesrat über jeweils vier Stimmen. Eine Ampel könnte sich zudem auf das rot-grün regierte Hamburg (drei Stimmen) stützen und Jamaika auf das schwarz-gelb geführte Nordrhein-Westfalen (sechs Stimmen).

Enthaltungspotenzial Dagegen stünde einem rot-grün-gelben Regierungsbündnis im Bund aus seiner Sicht als einziges nur von Oppositionsparteien regiertes Bundesland Bayern mit seiner Koalition von CSU und Freien Wählern (sechs Stimmen) gegenüber. In 13 weiteren Länder sind indes auch die CDU oder Die Linke Koalitionspartner und können dort eine Enthaltung durchsetzen. Für Die Linke gilt das in drei Ländern einschließlich Berlins mit insgesamt elf Stimmen, für die CDU dagegen inklusive Mecklenburg-Vorpommerns in zehn Ländern mit zusammen 45 Stimmen, womit sie jedes Zustimmungsgesetz blockieren könnte. Einschließlich der sechs Bayern-Stimmen könnte die Union im Bundesrat sogar 51 Stimmen gegen ein solches Gesetz mobilisieren.

Umgekehrt müsste eine auf Union, Grüne und FDP gestützte Bundesregierung mit Gegenwind nicht nur aus den drei Ländern mit Linken (und Sozialdemokraten) in der Regierung rechnen, sondern auch aus acht weiteren Ländern mit einer SPD-Regierungsbeteiligung und zusammen 31 zusätzlichen Bundesratsstimmen. Bei einem Enthaltungspotenzial von insgesamt also 42 Stimmen gegen eine Vorlage wäre die Hürde für Zustimmungsgesetze also gleichfalls schwer zu überwinden.

An diesen Blockademöglichkeiten würde sich zumindest im Kern wenig ändern, wenn die SPD in Schwerin künftig etwa mit der Linken statt der CDU oder in Berlin mit CDU und FDP statt mit Grünen und Linken koalieren würde. Selbst wenn in beiden Ländern und im Bund eine Ampel installiert würde, könnte eine rot-grün-gelbe Bundesregierung sich lediglich der dann drei farbgelichen Landesregierungen mit zusammen elf Stimmen plus drei rot-grünen aus Hamburg einigermaßen sicher sein.

Eine Blockadepolitik muss der Republik gleichwohl unter der Ampel wie bei Jamaika nicht drohen. Auch die bisherige GroKo spiegelte sich im Bundesrat zuletzt nur in den drei rot-schwarzen beziehungsweise schwarz-roten Landesregierungen von Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und dem Saarland, die nur auf zusammen zwölf Bundesratsstimmen kommen. Regiert wurde trotzdem, und fast alle Zustimmungsgesetze passierten die Länderkammer anstandslos. **Helmut Stoltenberg** ||

Schwesig holt fast 40 Prozent

SCHWERIN Klarer Sieg der SPD in Mecklenburg-Vorpommern. CDU verliert deutlich

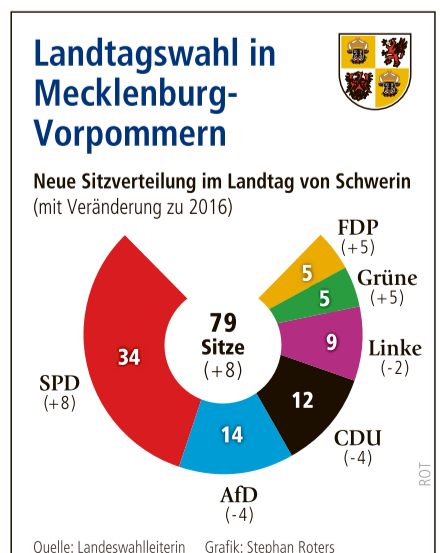
Nach dem triumphalen Sieg bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern stehen Ministerpräsident Manuela Schwesig (SPD) mehrere Koalitionsoptionen offen. Sie kündigte Gespräche mit CDU, Linken, FDP und Grünen an. Ziel sei die Bildung einer stabilen Koalition, die das Land voranbringe. Die SPD wolle die Wirtschaft stärken, den gesellschaftlichen Zusammenhalt festigen sowie Klima und Umwelt schützen. „Wir wollen ausloten, mit wem es die größtmögliche inhaltliche Basis gibt. Eine Präferenz haben wir nicht“, verkündete Schwesig, die bei der Wahl als die „Frau für MV“ angetreten war.

Große Zugewinne Dem Wahlergebnis zufolge könnte die SPD die bereits seit 15 Jahren bestehende Koalition mit der CDU fortführen. Denkbar wäre auch ein Bündnis mit der Linken sowie eine Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen. Laut dem vorläufigen Endergebnis hat die SPD mit ihrer Spitzenkandidatin Schwesig bei Zugewinnen von neun Prozentpunkten 39,6 Prozent erzielt. Der Koalitionspartner CDU büßte 5,7 Prozent ein und kam nur noch auf 13,3 Prozent der Stimmen. In der

Folge trat CDU-Spitzenkandidat Michael Sack vom Parteivorsitz zurück und erklärte auch seinen Mandatsverzicht. Den Vorsitz übernahm kommissarisch der ehemalige Bundestagsabgeordnete Eckhardt Rehberg. Trotz der herben Verluste und der unklaren Aussichten will die CDU das Angebot der SPD für eine Sondierung annehmen. Der Schweriner Landtag besteht nunmehr aus sechs Parteien. Grüne (6,3 Prozent) und FDP (5,8 Prozent) schafften nach fünf beziehungsweise zehn Jahren in der außerparlamentarischen Opposition den Wiedereinzug in das Landesparlament. Die

Wahlperiode dauert in Mecklenburg-Vorpommern fünf Jahre. Die Linke musste bei der Wahl Verluste hinnehmen und kommt jetzt auf 9,9 Prozent. Auch die AfD verlor Stimmen, ist jedoch mit 16,7 Prozent weiter zweitstärkste politische Kraft im Nordosten. Allerdings scheidet sie aus Sicht der anderen Parteien als Koalitionspartner aus. Die Wahlbeteiligung lag bei 70,8 Prozent.

Faktionen In der vergangenen Woche trafen sich bereits die Abgeordneten der neuen Faktionen zu ersten Beratungen und Personalentscheidungen im Landtag. Die SPD geht mit ihrem bisherigen Fraktionschef Thomas Krüger in die neue Wahlperiode. Krüger gehört auch der von Schwesig berufenen Sondierungskommission für die Regierungsbildung an. Die CDU-Fraktion vollzog einen Generationswechsel und wählte den 34-jährigen Franz-Robert Liskow zum Vorsitzenden. Amtsvorgänger Wolfgang Waldmüller hatte nach dem Wahldebakel auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Die FDP wählte ihren Landesvorsitzenden René Domke zum Fraktionschef. Bei der Linken bleibt Fraktionschefin Simone Oldenburg vorerst geschäftsführend im Amt. Die Grünen-Fraktion wird vom früheren Bundestagsabgeordneten Harald Terpe angeführt, zur Hälfte der Legislatur soll Anne Shepley übernehmen. Die AfD-Fraktion soll weiter von Nikolaus Kramer geführt werden. **pk** ||



Wahlsieg der SPD auch in Berlin

BERLIN Franziska Giffey könnte die erste Regierende Bürgermeisterin werden

Nach der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus wird die deutsche Hauptstadt künftig voraussichtlich erstmals von einer Frau regiert. Die SPD mit Spitzenkandidatin Franziska Giffey schaffte bei der Wahl zwar keinen Stimmenzuwachs, erreichte mit 21,4 Prozent aber das beste Ergebnis aller Parteien.

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis wurden die Grünen mit 18,9 Prozent zweitstärkste Kraft. Am Wahltag hatte es vorübergehend so ausgesehen, als könnten die Grünen die Wahl sogar gewinnen, am Ende setzte sich doch die SPD durch. Gleichwohl erzielten die Grünen bei Zugewinnen von 3,7 Prozent ihr bisher bestes Ergebnis in Berlin. Die CDU kam bei der Wahl hinter den Grünen bei leichten Gewinnen auf 18,1 Prozent, die Linke erreichte 14 Prozent, bei Verlusten von 1,6 Prozent. Leicht zulegen konnte die FDP, die am Ende ein Ergebnis von 7,2 Prozent verbuchte. Die AfD schaffte bei deutlichen Abschlägen von 6,2 Prozent nur noch eine Zustimmung von acht Prozent. Die Wahlbeteiligung lag laut Landeswahlleitung bei 75,7 Prozent. Das Abgeordnetenhaus umfasst 147 Sitze, die Mehrheit liegt bei 74 Sitzen. Berlin wird bislang von einer Koalition aus SPD, Grünen und Linken regiert. Nach der Neuwahl ist auch künftig nur ein Dreierbündnis mehrheitsfähig. Denkbar wäre eine Fortsetzung der rot-rot-grünen Koalition. Grünen-Spitzenkandidatin Bettina Jarasch

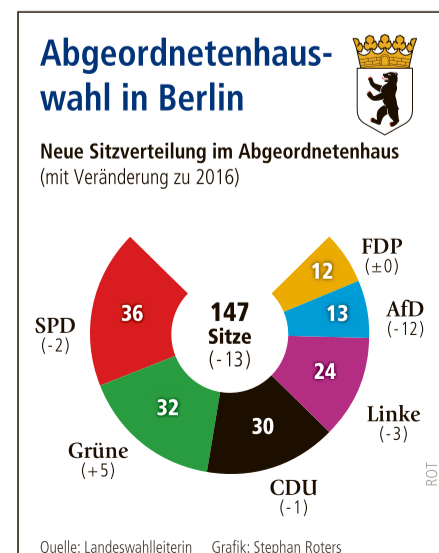
erklärte, sie wolle an einem „progressiven Regierungsbündnis“ mit SPD und Linken festhalten. CDU-Spitzenkandidat Kai Wegner erklärte hingegen, seine Partei sei angetreten, um das linke Bündnis zu beenden. Die FDP ist bereit, mit allen Parteien bis auf Linke und AfD zu sprechen. Die SPD-Landesvorsitzende Giffey sagte mit Blick auf die anstehende Sondierung: „Wir haben uns noch nicht festgelegt auf eine Koalition.“

Volksentscheid Ein Knackpunkt der Gespräche könnte der Umgang mit dem Volksentscheid zur Enteignung großer

Wohnungsunternehmen sein, über den am Wahlsonntag in Berlin auch abgestimmt wurde. Dabei votierten 56,4 Prozent der Wähler für eine Vergesellschaftung von Immobilienkonzernen mit mehr als 3.000 Wohnungen in der Stadt, gegen Zahlung einer Entschädigung. Die Politik muss sich mit der Frage nun befassen, das Votum ist rechtlich aber nicht bindend.

Giffey sieht die Initiative kritisch und argumentierte: „Ich bin immer noch der Auffassung, dass Enteignungen nicht dazu beitragen, auch nur eine einzige neue Wohnung zu schaffen und auch die große Frage des bezahlbaren Wohnens zu lösen.“

Schwere Pannen Der Superwahltag in Berlin mit Abstimmungen zum Bundestag, dem Abgeordnetenhaus, den Bezirksparlamenten und dem Volksentscheid war von schweren Pannen begleitet (siehe auch Seite 5 unten). So fehlten teilweise Wahlzettel oder es waren die falschen verfügbar, was die Wahlvorstände zur Improvisation zwang. Vor manchen Wahllokalen bildeten sich deswegen lange Schlangen. Die Abstimmung lief an einigen Stellen noch, als im Fernsehen bereits die Wahlprognosen verkündet wurden. Nach Angaben von Wahlleiterin Petra Michaelis könnte es eine Wahlwiederholung dann geben, wenn „mandatsrelevante Fehler“ vorliegen. Das soll geprüft werden. Michaelis kündigte wegen der Pannen ihren Rücktritt an. **pk** ||

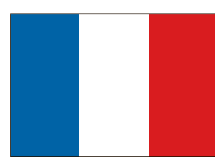


Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Stimmen aus dem Ausland

»Ein Land, das Stabilität wertschätzt«

FRANKREICH Paris hofft auf einen handlungsfähigen Partner an seiner Seite



Von „Lentueur“ ist viel die Rede, wenn es in Frankreich um den Ausgang der Bundestagswahl geht. Die Langsamkeit der Koalitionsbildung verblüfft im Nachbarland, wo am Abend der Präsidentschaftswahl bereits klar ist, wer das Land regiert. Dass in Deutschland nun erst einmal monatelang verhandelt wird, erfüllt die französische Regierung mit Sorge. Frankreich übernimmt im Januar die EU-Ratspräsidentschaft und hofft dann auf einen handlungsfähigen deutschen Partner an seiner Seite. „Wir haben ein französisches Interesse daran, schnell eine starke deutsche Regierung am Start zu haben“, sagte Europastaatssekretär Clément Beaune in einem Interview mit dem Fernsehsender France 2. Dass sich am deutschen Kurs grundsätzlich etwas ändern werde, erwartet er allerdings nicht. Schließlich seien alle möglichen Koalitionspartner pro-europäisch. „Die Deutschen haben in gewisser Weise für Angela Merkel gestimmt. Wir sehen ein Land, das die Mäßigung und die Stabilität wertschätzt.“

Die beiden Kanzlerkandidaten Olaf Scholz und Armin Laschet wurden Anfang September von Präsident Emmanuel Macron empfangen. Auch zu den Grünen und der FDP soll es Kontakte geben. Noch 2017 hatte Macron eine Regierungsbeteiligung

der FDP geführt, die auf Frankreich in Sachen Staatsverschuldung Druck ausüben könnte. „Wenn sie sich mit den Liberalen verbündet, bin ich tot“, soll er damals über die von Angela Merkel geführten Koalitionsgespräche gesagt haben. Diesmal lässt der Präsident keine Präferenzen für die künftige Regierung erkennen. Mit Scholz sei es einfacher, über Haushaltsregeln zu sprechen, mit Laschet dagegen über Verteidigungsfragen, räumte Beaune ein. Gerade bei der gemeinsamen europäischen Verteidigung will die Regierung mit Hilfe der neuen Bundesregierung vorankommen. Der geplante U-Boot-Deal mit Australien, den Frankreich zugunsten der USA abservierte, zeigt aus französischer Sicht die Dringlichkeit, auf europäischer Ebene enger zusammenzuarbeiten. Um ihre Pläne umzusetzen, bleibt der Regierung allerdings im kommenden Jahr nur wenig Zeit. Denn im April sind in Frankreich Präsidentschaftswahlen. Schon jetzt müsse es deshalb Diskussionen mit den deutschen Parteien geben, forderte Beaune – „damit wir uns kennenlernen und zum Jahresende, wenn es dann eine Regierung gibt, schnell zusammenarbeiten können.“

Beispiel für Sozialisten Die französischen Sozialisten hoffen natürlich, dass am Ende der Koalitionsgespräche die SPD den Kanzler stellt. Die Partei von Ex-Präsident François Hollande, die in Umfragen nur noch

bei rund sechs Prozent liegt, sieht im guten Abscheiden der deutschen Schwesterpartei Grund zur Hoffnung. Anne Hidalgo, die sozialistische Bürgermeisterin von Paris, war sogar zum Wahlkampfabschluss von Scholz nach Köln gereist. Die 62-jährige Präsidentschaftskandidatin hofft offenbar auf eine ähnliche Aufholjagd, wie sie der SPD-Bewerber hinlegte. „Lektion Nummer eins: Niemand denken, dass man schon vorher verloren hat“, twitterte Parteichef Olivier Faure zum deutschen Wahlergebnis. „Lektion Nummer zwei: In Koalitionen denken.“ Doch gerade der Dialog mit dem politischen Gegner fällt in Frankreich schwer, wo verbale Attacken an der Tagesordnung sind. Mit Bewunderung schauten die Franzosen und Franzosen deshalb auf die Fernsehdebatten in Deutschland, wo höflich und mit Respekt diskutiert wurde. Mit Bewunderung blickten sie auch auf Bundeskanzlerin Angela Merkel, von der sie mit Wehmut Abschied nehmen. „Die Leute sind eben nicht aller Eliten überdrüssig“, schreibt der französische Intellektuelle Bernard-Henri Lévy in einem Beitrag für die „Süddeutsche Zeitung“. Er lobt die „Lehrstunde für Demokratie“, die die Bundestagswahl für den Rest der Welt gewesen sei. „Merci, Deutschland.“ *Christine Longin*

Die Autorin ist freie Korrespondentin in Paris.

»Jamaika wäre besser für uns«

POLEN Die Regierung in Warschau hofft auf eine unionsgeführte Koalition



Die Bundestagswahl wurde in Polen mit großem Interesse verfolgt. Beide großen Fernsehsender, der unabhängige Nachrichtensender TVN24 und der regierungsfreundliche Staatssender TVP, hatten am Wahlsonntag Sondersendungen geschaltet. Doch als am Montag klar wurde, dass noch vieles offen ist – von „Ampel“, über „Jamaika“ und einer Neuaufgabe der Großen Koalition – und wohl langwierige Koalitionsverhandlungen anstehen, flachte die Berichterstattung schnell ab und Polen beschäftigte sich vor allem wieder mit sich selbst.

In den meisten polnischen Wahlanalysen bestimmt die Innenpolitik dabei die Sicht auf die Außenpolitik. Und wie bei fast allen anderen Themen sind die rechtskonservative Regierung und die Opposition geteilter Meinung über die Folgen der Bundestagswahl. Genauso wie übrigens auch ihre je eigenen Medien und Experten die Resultate anders bewertet haben. So wurde in PiS-freundlichen Medien das Wahlchaos in Berlin hochgespielt, bis hin zu Spekulationen, Deutschland habe Probleme mit der Demokratie. Ganz anders die Opposition: Sie speulierte, wie positiv sich eine Regierungsbeteiligung der Grünen auf die deutsche Haltung bei Streitpunkten wie Klimapolitik, LGBT und beim EU-Rechts-

streit mit Polen auswirken könnte. Einig sind sich Regierung und Opposition indes bei gewissen Grunddaxen: Beide werden die künftige Regierung an ihrem Bekenntnis zur deutschen Kriegsschuld sowie ihrer Ostpolitik vor allem gegenüber Russland messen.

Streitpunkt Nord Stream 2 In Kreisen der regierenden Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) hieß es nach der Wahl, dass eine unionsgeführte Regierung für Polen nicht nur besser wäre, sondern auch die wahrscheinlichere Koalitionsvariante sei. „Nehmen wir die Nord Stream 2-Gaspipeline als Lackmus-Papier, so wäre Jamaika besser für Polen“, analysierte Jacek Sariusz-Wolski (PiS), Abgeordneter im Europaparlament (EP), im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, denn die SPD sei anders als die CDU klar „für Nord Stream 2“. Grüne und Liberale bestimmten die Gestalt der künftigen Koalition; „dabei ist es immer wieder vorgekommen, dass nicht die Siegerpartei den Kanzler stellte“, sagte er. Im bilateralen Verhältnis seien nach dieser Bundestagswahl kaum Neuerungen zu erwarten, hieß es in PiS-Kreisen. „Wenn die FDP Teil einer neuen Koalition wird, besteht die Chance, dass die Regierung eher auf die Wirtschaft schaut und sich nicht auf ideologische Streitfragen konzentriert“, analysierte Ex-Außenminister Witold Waszczykowski (PiS) in der auf PiS-Linie

gebrachten Tageszeitung „Polska Times“. Gegenteilige Schlüsse aus dem Wahlergebnis zieht Polens Opposition: „Die neue deutsche Koalition wird für unsere Regierung schwieriger werden“, sagt der liberale Ex-Außenminister Radoslaw Sikorski. SPD und Grüne seien „in Fragen des Klimas und der Rechtsstaatlichkeit prinzipieller als die Christdemokraten“, so der EP-Abgeordnete. In die gleiche Kerbe schlug Ex-Präsident Bronislaw Komorowski (PO), der gar deutsche Schritte bei der EU-Kommission gegen Polen erwartet für den Fall, dass die SPD den Bundeskanzler stellt.

Bestätigt wird diese Einschätzung vom Politologen Piotr Buras. „Wenn eine Koalition aus SPD, Grünen und Liberalen entsteht, werden sich Fragen wie Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und die deutsche Polen-Politik verschärfen. Für diese Parteien spielen solche Probleme eine größere Rolle als für die CDU und Merkel.“ Würde allerdings Armin Laschet (CDU) Bundeskanzler, so sei erneut eine Kompromisspolitik à la Angela Merkel zu erwarten. „Für Polens Demokratie und die europäischen Werte ist dies nicht besonders gut, für das Selbstvertrauen der (PiS)-Regierung und die Wirtschaft hingegen schon“, analysiert Karolina Zbytniewska vom Portal euractiv. *Paul Flückiger*

Der Autor ist freier Korrespondent in Warschau.



Für den einen Grund zur Freude, für den anderen Anlass zur Sorge: Die Präsidenten Frankreichs, Polens, Russlands und der USA, Emmanuel Macron, Andrzej Duda, Wladimir Putin und Joe Biden (von links nach rechts) blicken mit ganz unterschiedlichen Gefühlen auf die möglichen Koalitionen in Deutschland und das Ende der Ära von Bundeskanzlerin Angela Merkel. © picture-alliance/AP/Bertrand Guay/dpa/Bernd von Jutrczenka/POOL/Evgeny Bijatov/abaca/Collage: Stephan Roters

»Stark antirussische Positionen«

RUSSLAND Führende Politiker fürchten turbulente Zeiten in den Beziehungen



Führende Außenpolitiker der Regierungspartei Gemeines Russland haben nach der Bundestagswahl

betont, dass man mit jeder Bundesregierung zusammenarbeiten werde. Das gute Abscheiden von FDP und Grünen wird in Moskau allerdings nicht so gern gesehen. Konstantin Kossatschow, stellvertretender Vorsitzender des Föderationsrates, attestierte den Grünen im Fernsehsender „Vneshe“ einen „militanten radikalen Liberalismus“ und „stark antirussische Positionen“. Das merke man an ihrer Haltung zur Ostseepipeline Nord Stream 2, zur Krim, zu Waffenlieferungen an die Ukraine, zu Sanktionen gegen Russland und beim Thema Menschenrechte.

Die Sorge, Nord Stream 2 könnte nun doch noch scheitern, ist auch Tage nach der Wahl ein zentrales Thema. So warnt die Regierungszeitung Rossijskaja Gaseta: „Sollten Vertreter der Grünen in der neuen Regierung wichtige Positionen im Wirtschaftsbereich einnehmen, sind Verzögerungen beim Start möglich.“

Die Zeitung Nesawissimaja Gaseta befürchtet gar, dass Annalena Baerbock Außenministerin werden könnte und die deutsch-russischen Beziehungen damit einen Tiefpunkt erreichen: „Sie ist für ihre ablehnen-

de Haltung gegenüber Moskau und Wirtschaftsjahren mit Russland bekannt – einschließlich Nord Stream 2. Das Einzige, was Baerbocks antirussische Initiativen bremsen könnte, wäre eine harte Haltung des künftigen Bundeskanzlers.“

Die Grünen werden in Russland oft pauschal als „antirussisch“ dargestellt. Auch Russlands Botschafter in Berlin, Sergej Netschajew, zielte auf die Grünen, als er nach der Wahl Nord Stream 2 erwähnte. Russland setze darauf, so Netschajew, dass auch Gegner der Pipeline, wenn sie in Regierungsverantwortung seien, „zum Wohle des Landes“ handeln würden. Die Gaspipeline sei für die deutschen Verbraucher sehr wichtig.

Viele Unsicherheiten Konstantin Kossatschow widmete sich bei seiner Betrachtung der Bundestagswahl auch der FDP. Auch diese Partei sei „ideologisch versucht“, urteilte der Vize-Chef des Föderationsrates. Allerdings könne sie auf die Tradition Hans-Dietrich Genschers zurückschauen, einen „pragmatischen“ Außenminister bei der Annäherung der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion. Kossatschow hob weiter hervor, dass mit der AfD und der Linken zwei Kräfte verloren hätten, die für eine „Normalisierung“ der deutsch-russischen Beziehungen einträten. Aus den russischen Reaktionen klingt auch

Unsicherheit, wie sich das unter anderem durch den Angriff Russlands auf die Ukraine und das immer härter werdende Vorgehen gegen die Opposition im eigenen Land belastete Verhältnis zu Deutschland verändern wird. Man hoffe auf Kontinuität in den deutsch-russischen Beziehungen, sagte Dmitrij Peskow, Putins Pressesprecher. Auch wenn es „Meinungsverschiedenheiten“ gäbe, „eint uns die Einsicht, dass das Problem nur im Dialog gelöst werden kann und soll“.

Kossatschow sieht „turbulente Zeiten“ auf die deutsch-russischen Beziehungen zukommen. Deutschland müsse in nächster Zeit in vielen außenpolitischen Fragen Position beziehen. „Die deutsche Außenpolitik, darunter auch im Blick auf Russland, bietet jetzt mehr Varianten als während der 16 Jahre unter Merkel.“ Die scheidende Kanzlerin würdigte er wohlwollend: Die Ostdeutsche werde als diejenige in die Geschichte eingehen, „die Europa geeint“ habe.

Ob dazu auch Russland gehört, ließ er offen. Anders als viele andere europäische Politiker sei Merkel frei von „Ängsten, Phobien und Klischees“ des Kalten Krieges. „Merkel hat nicht versucht, mit der Geschichte abzurechnen.“ *Thomas Franke*

Der Autor ist freier Osteuropa-Korrespondent.

»Alles, nur keine Hängepartie, bitte!«

USA Niemand erwartet einen grundlegenden Kursschwenk in der Außenpolitik



Alles, nur keine Hängepartie über Weihnachten hinaus, bitte!“ Der Satz, den ein Europa zugetaner

Abteilungsleiter im US-Außenministerium gestern am Telefon sprach („Aber bitte nicht mit Namen zitieren“) ist der Nenner, auf den sich wenige Tage nach der Bundestagswahl viele Reaktionen im Washingtoner Politikbetrieb bringen lassen. Amerika wünscht sich, dass die Regierungsbildung so zügig wie möglich vorantreibt. Damit in Europa kein „Machtvakuum“ entsteht und Deutschland seine Rolle als „Stabilitätsanker“ in der EU ausfüllen kann.

Eindeutige Präferenzen für eine „Ampel“ oder für „Jamaika“ gibt es nach ersten Einschätzungen aus Regierungskreisen im Weißen Haus bisher nicht. Dort reagierte Präsident Joe Biden auf die ersten Nachrichten vom knappen SPD-Sieg überrascht: „Gib’s doch gar nicht!“, sagte er sinngemäß. Und attestierte den Genossen sofort, dass sie „beständig“ (im Sinne von verlässlich) seien.

Niemand in seinem Umfeld erwartet in Berlin einen grundlegenden Kursschwenk in der Außenpolitik; ganz gleich, ob Olaf Scholz oder Armin Laschet (oder womöglich ein CDU/CSU-Alternativ-Kandidat)

ins Kanzleramt einziehen wird. Der Sozialdemokrat Scholz ist durch seine Zeit als Vizekanzler und Finanzminister eine bekannte Größe in Washington. Er pflegt einen guten Draht zu Finanzministerin Janet Yellen, den Spitzen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds und gilt als Verbündeter Bidents bei der angestrebten globalen Mindeststeuer für multinationale Konzerne. Laschet ist in den USA ein weitgehend unbekanntes Blatt.

Allerdings sehen Denkfabriken im Washingtoner Politik-Betrieb, die sich mangels Beurteilungsfähigkeit mit offiziellen Aussagen noch zurückhalten, durch die künftige wahrscheinliche Dreier-Koalition in Berlin mehr „Reibungen und Abstimmungsbedarf“. Vor allem bei der Frage, die in Washington alles überlagert: Wie wird sich Post-Merkel-Deutschland gegenüber China positionieren?

Schnittmengen mit den Grünen Unter der scheidenden Kanzlerin biss man bisher auf Granit, Deutschland als europäische Speerspitze in dem von Biden als Fundamentalstreit bezeichneten Konflikt mit der Supermacht in Asien zu gewinnen. Mit besonderer Aufmerksamkeit haben Bidents Europa-Strategen daher den rhetorisch harten Kurs registriert, den die Grüne Annalena Baerbock vor der Wahl gegenüber Moskau und Peking vorgab. In Washington ist

man neugierig, ob ein etwaiger grüner Außenminister/Vizekanzler „ähnliche Töne anschlagen würde“. Auch beim Klimaschutz sieht das Biden-Lager in der Programmatik der Grünen die größten Schnittmengen zu dem, was Präsident Biden im eigenen Land vorantreiben will: CO2-Neutralität so schnell wie möglich. Vertreter der Freihandels im Kongress reagierten indes erfreut auf die Option einer FDP-Regierungsbeteiligung.

Trotz hochbrisanter innenpolitischer Tagesordnung haben die federführenden US-Medien Wahlkampf und Wahl in Deutschland breiten Raum gegeben. Was vor allem mit der Zeitenwende zu tun hat, die nach 16 Jahren der baldige Abgang von Angela Merkel markiert. Die Kanzlerin genießt in den USA in Bevölkerung wie Politik ein herausragend hohes Ansehen. Vor allem in den Trump-Jahren wurde ihre Beharrlichkeit und leise Contra-Haltung überaus geschätzt. *Dirk Hautkapp*

Der Autor ist Korrespondent der Funke-Mediengruppe in Washington.





Mit Olaf Scholz (SPD) und Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) konkurrierten erstmalig zwei Kanzlerkandidaten um das Direktmandat in einem Wahlkreis.

© picture-alliance/dpa/ZB/Britta Pedersen

299 Mal Sieg oder Niederlage

WAHLKREISE Spannende Duelle und überraschende Manöver im Kampf um die prestigeträchtigen Direktmandate

Der Kampf ums Kanzleramt stand klar im Fokus – doch am Wahlsonntag ging es nicht nur um die Mehrheit im Bundestag, sondern auch um Macht und Mandat in den 299 Wahlkreisen Deutschlands. Ein Blick zurück auf brisante Zweikämpfe, geschleifte Hochburgen und frischgekrönte Stimmenkönige.

Kanzlerkandidatenduell Bundesweit liegt die SPD nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis vorn. Aber ob Olaf Scholz der nächste Kanzler sein wird, ist längst noch nicht ausgemacht. Im Vergleich zum Triell um die Kanzlerschaft fiel sein Duell mit Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) um das Direktmandat im Wahlkreis Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II eindeutig

Anders als das Triell um die Kanzlerschaft endete Scholz' Wahlkreisduell mit Baerbock eindeutig.

aus: 34 zu 18,8 Prozent für den SPD-Mann. Rund um Brandenburgs Landeshauptstadt hatte sich dennoch etwas noch nie Dagewesenes in der Geschichte der bundesdeutschen Wahlkämpfe ereignet: Erstmals bewarben sich hier zwei Kanzlerkandidaten um ein Direktmandat. Der Grund, weshalb Journalisten aus ganz Deutschland gespannt auf die prominenten Bewerber im Wahlkreis 61 blickten und dabei die im medialen Schatten um Aufmerksamkeit buhlenden anderen Kandidaten zu deren Leidwesen fast übersahen. Angetreten waren etwa neben der ebenfalls bundesweit bekannten früheren FDP-Generalsekretärin Linda Teuteberg auch die beiden aus Brandenburg stammenden Bundestagsabgeordneten Norbert Müller (Die Linke) und Saskia Ludwig (CDU). Scholz hatte zum ersten Mal in Potsdam kandidiert. Der ehemalige Hamburger Bürgermeister und bisherige Finanzminister hatte seinen Wohnsitz in die Landeshauptstadt verlegt, als seine Frau Britta Ernst 2017 Bildungsministerin in Brandenburg wurde. Baerbock trat bereits bei der letzten Bundestagswahl 2017 im Wahlkreis an, landete damals aber nur auf Platz fünf.

Wettstreit am Rhein Auf eine Bewerbung für ein Direktmandat hatte der dritte Mitstreiter um die Macht im Kanzleramt, Armin Laschet (CDU) zwar verzichtet – seine politische Ziehtochter Serap Güler nicht. Wie Laschets Vater war auch ihr Vater einst Bergmann. Sie selbst, eine gelernte Hotelfachfrau und studierte Kommunikationswissenschaftlerin hat es weit nach oben geschafft: Sie ist Staatssekretärin für Integration in der nordrhein-westfälischen Landesregierung und Mitglied im Bundesvorstand der CDU. Das nächste Ziel der 41-Jährigen

aus Marl: der Bundestag in Berlin. Doch im Wahlkampf um den Wahlkreis 101, der die Städte Leverkusen und Köln-Mülheim umfasst, unterlag sie am Wahltag dem SPD-Gesundheitsexperten Karl Lauterbach. Als Lokalmatador hatte dieser bereits viermal den Wahlkreis am Rhein gewonnen, den Zweikampf mit Güler entschied der Mediziner Lauterbach nun erneut – deutlich – mit 45,6 Prozent der Erststimmen für sich. Güler erhielt als Zweitplatzierte nur 20,4 Prozent, zeigte sich anschließend aber als gute Verliererin: „Es war ein fairer Wahlkampf, den er klar gewonnen hat“, schrieb sie auf Twitter. In den Bundestag schafft es die CDU-Politikerin dennoch, dank Platz acht auf der Landesliste. So wie auch die Fünftplatzierte im Rennen um das Direktmandat im Wahlkreis Leverkusen und Köln-Mülheim: Nyke Slawik von den Grünen, die als eine von zwei transidenten Frauen erstmalig ins bundesdeutsche Parlament einzieht.

Die andere K-Frage Kühnert oder Künast? Diese Frage stellte sich wiederum im Wahlkreis 81. Hier, im Berliner Bezirk Tempelhof-Schöneberg, trat der populäre Ex-Jusos-Chef Kevin Kühnert, mittlerweile SPD-Parteizeuge, gegen das Politik-Urgestein Renate Künast an. Während der 32-jährige Berliner zum ersten Mal ein Direktmandat anstrebte, gehört die ursprünglich aus Recklinghausen stammende Kandidatin der Grünen seit langem zum Establishment ihrer Partei: 1985 zog sie erstmalig ins Berliner Abgeordnetenhaus ein, 2002 in den Bun-

destag. Die 65-jährige Rechtsanwältin war bereits Bundesvorsitzende der Grünen, im Kabinett von Kanzler Gerhard Schröder (SPD) Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, später Co-Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des Rechtsausschusses im Bundestag, 2011 kandidierte sie auch als Regierende Bürgermeisterin in Berlin – allerdings erfolglos. Nun also ein Direktmandat. Doch nach einem engen Rennen hatte letztlich Kühnert die Nase vorn: Mit einem Ergebnis von 27,1 Prozent der Erststimmen zog er sowohl an Künast (25,1 Prozent) als auch am Kandidaten der CDU, Jan-Marco Luczak (21,9 Prozent), vorbei, der bislang den Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg vertreten hat.

Zweikampf an der Saar Minister gegen Minister hieß es im Saarland: Hier traten mit Peter Altmaier (CDU) und Heiko Maas (SPD) zwei Kabinettskollegen der noch amtierenden Großen Koalition an. Das einzige Ministerduell der Bundestagswahl entschied der Noch-Außenminister mit klarem Vorsprung für sich. Er erhielt 36,7 Prozent der Stimmen im Wahlkreis Saar-Louis; der Bundeswirtschaftsminister kam dagegen auf 28 Prozent. 2017 hatte noch Altmaier das Direktmandat im Stimmbezirk 297 errungen.

Kanzlerinnen-Wahlkreis In die Fußstapfen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wollte im Nordosten des Landes Georg Günther treten, seines Zeichens Vorsitzender der Jungen Union im Mecklenburg-Vorpommern. In Interviews verortete sich der 33-jährige Greifswalder – ganz ähnlich wie die Kanzlerin – eher im liberalen Flügel der Partei. Wie sie gehe auch er

lieber „etwas ruhiger und pragmatischer“ an Dinge heran, verriet er Journalisten einmal. Doch das ist nun nicht mehr relevant. Die CDU hat im Wahlkreis 15 – zu dem auch die Insel Rügen und die Städte Greifswald und Stralsund gehören – eine empfindliche Niederlage erlitten: Nach 30 Jahren ist die schwarze Hochburg an der Ostsee plötzlich rot. Merkels Erbe geht nun nicht an den diplomierten Finanzwirt und Kommunalpolitiker Günther, der sich stattdessen im Wahlkampf ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit Leif-Erik Holm (AfD) um Platz zwei liefern musste, sondern an die 27-jährige Abgeordnetenmitarbeiterin Anna Kasautzki von der SPD. Für die Sozialdemokraten ist dieser Gewinn bei weitem nicht der einzige in Mecklenburg-Vorpommern – im Gegenteil: Ganz „MV“, aber auch das benachbarte Brandenburg und Teile Sachsen-Anhalts sind auf der politischen Landkarte nun rot eingefärbt. Mit einem Stimmenanteil von 24,3 Prozent für Kasautzki und knapp vier Prozentpunkten Vorsprung vor ihrem CDU-Kontrahenten Günther bleibt der ehemalige Merkel-Wahlkreis künftig aber immerhin in weiblicher Hand.

Maaßen ohne Mandat In einem ähnlich vielbeachteten, aber deutlich brisanteren Duell in Südthüringen fiel das Ergebnis am Ende frapierend deutlich aus: Das heiß umkämpfte Direktmandat im Wahlkreis 196 gewann der ehemalige Biathlon-Weltmeister und Olympiasieger Frank Ullrich

(SPD) mit 33,6 Prozent der Stimmen und großem Vorsprung vor Hans-Georg Maaßen (CDU), der nur auf 22,3 Prozent kam. Damit hat der ehemalige Verfassungsschutzpräsident den Sprung in den Bundestag verpasst, aber den dicht auf den Fersen folgenden Jürgen Treutler (AfD) mit 21,2 Prozent auf den dritten Platz verwiesen. Um keinen anderen Wahlkreis hatte es in den letzten Monaten so viel Aufregung gegeben wie um diesen. Politische Beobachter hatten mit einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem lokal verwurzelten 63-jährigen Sportler Ullrich und Maaßen gerechnet. Für den auch in der eigenen Partei umstrittenen Ex-Verfassungsschutzchef schien die Kandidatur ein willkommenes Sprungbrett für eine politische Karriere zu sein; extra verlegte er dafür eigenen Angaben zufolge seinen Wohnsitz von Mönchengladbach in den Wahlkreis. Aus dem Mandat wird nun nichts – über die Landesliste war Maaßen nicht zusätzlich abgesichert. Zu Ullrichs Sieg dürfte auch ein ungewöhnliches Manöver des Vereins Campact beigetragen haben, der, von prominenten Grünen unterstützt, eine Anti-Maaßen-Kampagne führte: So sprach sich etwa der aus Thüringen stammende Bundesgeschäftsführer der Grünen, Michael Keller, gut zwei Wochen vor dem Wahltag öffentlich für die Wahl des SPD-Manns aus: „Ein Votum für Frank Ullrich schützt die Demokratie und verhindert, dass eine nach rechtsaußen offene Stimme in den Bundestag einzieht.“

Lebensretter der Linken Die Wahlschlappe des CDU-Rechtsaußen ist für die Thüringer Sozialdemokraten ein Triumph. Denn bis auf einen Wahlkreis, den der langjährige Bundestagsabgeordnete Manfred Grund für die CDU verteidigen konnte, und zwei Wahlkreisen um Erfurt, Weimar und Jena, die die Sozialdemokraten Carsten Schneider, langjähriger Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Bundestag, und Holger Becker gewinnen konnten, gingen alle übrigen Stimmbezirke in Thüringen an die AfD. Noch klarer die Lage in Sachsen: Wer auf die politische Landkarte des Freistaats schaut, sieht hier vor allem viel Blau und ein wenig Schwarz: Kandidaten der sächsischen AfD ist es gelungen, drei Wahlkreise zu verteidigen und weitere sieben hinzuzugewinnen. Neben einem roten Flecken ist auch ein einsamer magentafarbener Sprenkel auf der politischen Landkarte zu finden: der Wahlkreis 153, Leipzig II. Hier ist es Sören Pellmann (Die Linke) gelungen, sein Direktmandat zu verteidigen und damit seiner Partei den Wiedereinzug in den Bundestag zu sichern. Mit 22,8 Prozent der Stimmen setzte sich der 44-Jährige gegen Paula Piechotta von den Grünen durch, die mit 18,4 Prozent der Stimmen auf Platz zwei landete. Sein Mandat könne zur „Lebensversicherung der Linken“ werden, hatte Pellmann am Wahlabend gesagt – und

Recht behalten: Die Partei drohte knapp an der Fünf-Prozent-Hürde zu scheitern. Um sich in den Bundestag zu retten, brauchte sie gemäß der Grundmandatsklausel im Bundeswahlgesetz drei Direktmandate. Die Parteigranden Gesine Lötzsch und Gregor Gysi haben ihre Berliner Wahlkreise Lichtenberg und Treptow-Köpenick gewonnen. Der prominente frühere Fraktionsvorsitzende wurde herausgefordert von der mehrfachen Eischnelllauf-Olympiasiegerin Claudia Pechstein. Diese hatte die CDU öffentlichkeitswirksam ins Rennen geschickt. Petra Pau, Bundestags-Vizepräsidentin ist hingegen die Verteidigung ihres Berliner Wahlkreises nicht geglückt. Sie erreichte 21,9 Prozent und verlor in Marzahn-Hellersdorf – eine Hochburg der Partei seit der Wiedervereinigung – an den CDU-Kandidaten Mario Czaja (29,9 Prozent).

Stimmenkönig im Ländle Anders als in Sachsen konnte die CDU, aber vor allem die CSU im Süden der Republik ihre Hochburgen verteidigen. Nur einen einzigen Wahlkreis gaben die Christsozialen in Bayern ab – an eine Grüne: Die 28-jährige Jamila Schäfer, Mitglied des Bundesvorstands, siegte im Wahlkreis 219 – München Süd – knapp mit 27,5 Prozent und holte sich so das allererste grüne Direktmandat im Freistaat. Was der Ökopartei bislang nur in Berlin gelang, ist nun in insgesamt sieben Bundesländern Realität. Stimmenkönig in Baden-Württemberg ist nun übrigens auch ein Grüner – und bei weitem kein Unbekannter: Cem Özdemir, bis 2018 Co-Parteichef, setzte sich im Wahlkreis Stuttgart I mit 40 Prozent der Stimmen an die Spitze und zieht wieder in den Bundestag ein – erstmalig per Direktmandat.

Schwarze Hochburgen Trotz aller Verluste für die Union – viele ihrer Hochburgen konnte sie nicht nur im Süden, sondern auch in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz verteidigen. Im Hochsauerlandkreis gewann etwa der ehemalige CDU-Fraktionschef Friedrich Merz mit 40,4 Prozent der Stimmen vor Dirk Wiese (SPD). Der aus Birlon stammende Politiker kehrt damit nach Jahren der Abstinenz in den Bundestag zurück. CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak gelang es, den 2017 zuletzt von der SPD gewonnenen Wahlkreis Märkischer Kreis II zu erringen. Er bekam 33,6 Prozent der Erststimmen und lag damit klar vor seiner SPD-Konkurrentin Bettina Lugk. Die stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Silvia Brehner, Stimmenkönigin des 19. Bundestages, erreichte mit 49 Prozent der Stimmen im Wahlkreis Cloppenburg-Vechta erneut einen Spitzenwert und wurde somit immerhin Stimmenkönigin ihrer Partei. Und nicht zuletzt in Ahrweiler, wo nach der verheerenden Flut ein Straßenwahlkampf kaum möglich gewesen war, entschieden sich die Wähler erneut für Mechthild Heil (CDU). Trotz Stimmverlusten holte die 60-Jährige mit 34,3 Prozent zum vierten Mal in Folge das Direktmandat im Wahlkreis 198.

Sandra Schmid



Traten gegeneinander im Thüringer Wahlkreis 196 an: Biathlon-Olympiasieger Frank Ullrich (links) für die SPD und der frühere Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen (CDU).

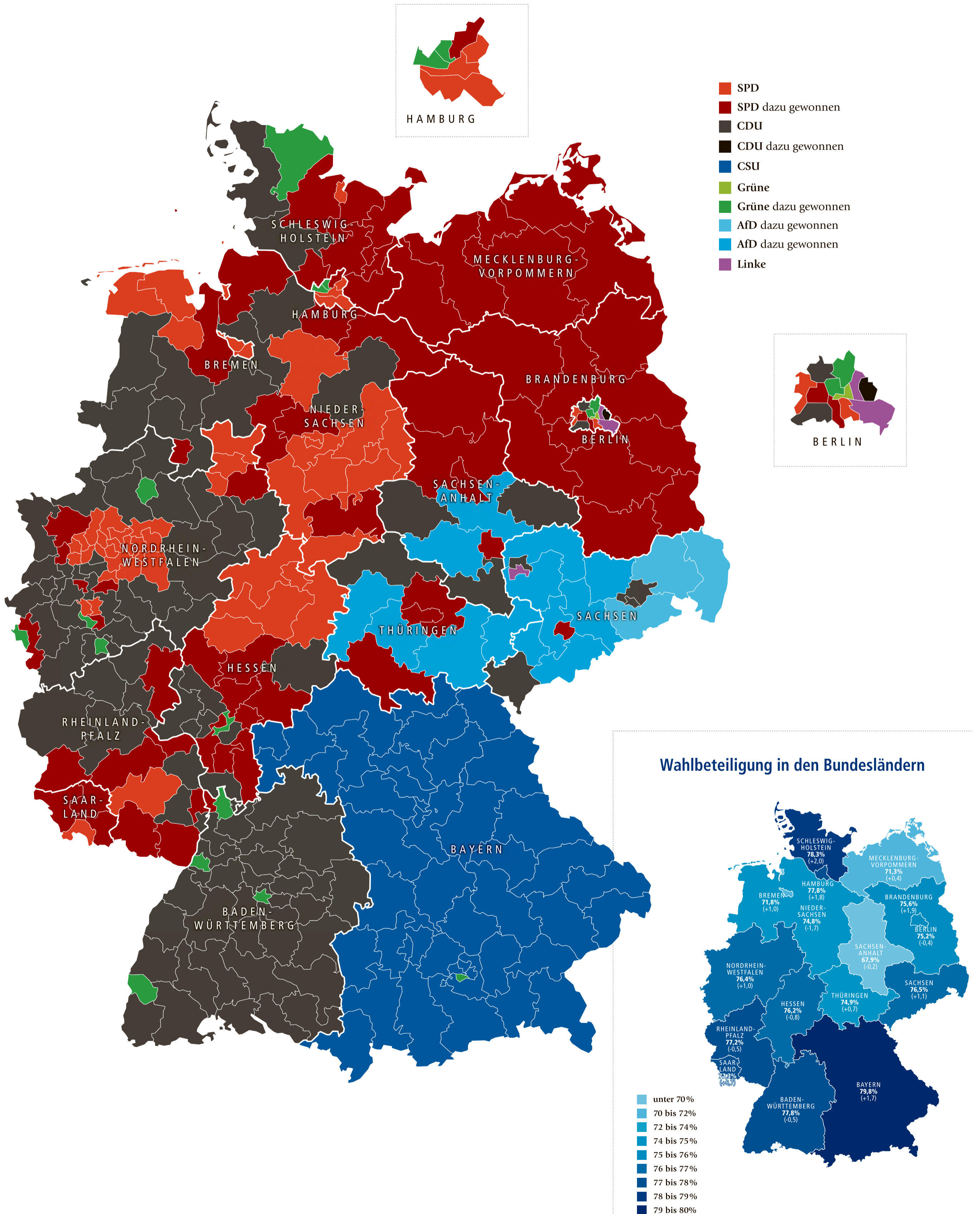
picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild | Martin Schutt

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Die Direktmandate 2021

Erststimmen-Mehrheiten in den Wahlkreisen



Die 735 Gesichter des Parlaments

ABGEORDNETE Die Mitglieder des 20. Deutschen Bundestages auf einen Blick

46.838.765 von den 61.168.234 Wahlberechtigten haben am 26. September von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht und über die Zusammensetzung des 20. Deutschen Bundestages entschieden. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von 76,6 Prozent und fällt damit 0,4 Prozentpunkte höher aus als 2017. 499.163 Erst- und 419.317 Zweitstimmen waren in diesem Jahr ungültig. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis gehören dem Bundestag in dieser Wahlperiode 735 Abgeordnete an. Damit wird der bisherige Höchststand der abgelaufenen Legislaturperiode (709 Abgeordnete) übertroffen. Die Normgröße liegt laut Bundeswahlgesetz bei 598 Abgeordneten. Mit 206 Abgeordneten stellen die

Sozialdemokraten künftig die größte Fraktion. Die Unions-Fraktion folgt mit 196 Abgeordneten (151 CDU, CSU: 45). Drittstärkste Kraft ist die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen mit 118 Abgeordneten gefolgt von der FDP-Fraktion mit 92 Abgeordneten. Der AfD-Fraktion gehören laut Wahlergebnis 83 Abgeordnete an, ein Abgeordneter will auf seine Mitgliedschaft verzichten. Die Fraktion Die Linke erhält 39 Sitze. Mit einem Abgeordneten im Parlament vertreten ist der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) mit einem Zweitstimmenanteil von 0,1 Prozent. Der SSW ist als Partei der dänischen und friesischen Minderheit von der Sperrminorität von fünf Prozent der Zweitstimmen befreit. scr II



 Abdi Sanae Wahlkreis 93 Köln I	 Ahmetovic, Adis Wahlkreis 41 Stadt Hannover I	 Alabali-Radovan, Reem Wahlkreis 12 Schwerin – Ludw. -Parch I	 Andres, Dagmar Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Annen, Niels Landesliste Hamburg	 Arlt, Johannes Wahlkreis 17 Meck. Seen II – LK Rostock III	 Baehrens, Heike Landesliste Baden-Württemberg	 Bahr, Ulrike Landesliste Bayern	 Baldy, Daniel Wahlkreis 205 Mainz		
 Baradari, Nezahat Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Bartol, Sören Wahlkreis 171 Marburg	 Bas, Bärbel Wahlkreis 115 Duisburg I	 Becker, Holger Wahlkreis 191 Jena-Sömm-Weimarer Land I	 Berghahn, Jürgen Wahlkreis 135 Lippe I	 Bergt, Bengt Wahlkreis 8 Segeberg – Stornarn-Mitte	 Blankenburg, Jakob Wahlkreis 37 Lüchow-Danhe. - Lüneburg	 Breymaier, Leni Landesliste Baden-Württemberg	 Budde, Katrin Landesliste Sachsen-Anhalt	 Cademartori Dujisin, Isabel Wahlkreis 275 Mannheim	 Castellucci, Lars Landesliste Baden-Württemberg
 Coße, Jürgen Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Daldrup, Bernhard Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Demir, Hakan Wahlkreis 82 Berlin-Neukölln	 Diaby, Karamba Wahlkreis 72 Halle	 Diedenhofen, Martin Landesliste Rheinland-Pfalz	 Dieren, Jan Wahlkreis 114 Krefeld II – Wesel II	 Dilcher, Esther Wahlkreis 37 Waldeck	 Dittmar, Sabine Landesliste Bayern	 Döring, Felix Wahlkreis 173 Gießen	 Droßmann, Falko Wahlkreis 18 Hamburg-Mitte	 Echeverria, Axel Wahlkreis 139 Ennepe-Ruhr-Kreis II
 Eichwede, Sonja Wahlkreis 60 Brandenburg - HVL III -TF I	 Engelhardt, Heike Landesliste Baden-Württemberg	 Esdar, Wiebke Wahlkreis 132 Bielefeld – Gütersloh II	 Esken, Saskia Landesliste Baden-Württemberg	 Fahimi, Yasmin Wahlkreis 42 Stadt Hannover II	 Fäscher, Ariane Wahlkreis 58 Oberhavel – Havelland II	 Fechner, Johannes Landesliste Baden-Württemberg	 Fiedler, Sebastian Wahlkreis 118 Mülheim – Essen I	 Franke, Edgar Wahlkreis 170 Schwalm-Eder	 Funke, Fabian Landesliste Sachsen	 Gava, Manuel Wahlkreis 39 Stadt Osnabrück
 Gerdes, Michael Wahlkreis 125 Bottrop – Recklinghausen III	 Gerster, Martin Landesliste Baden-Württemberg	 Glöckner, Angelika Wahlkreis 210 Pirmasens	 Gremmels, Timon Wahlkreis 168 Kassel	 Griese, Kerstin Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Grötsch, Uli Landesliste Bayern	 Hagedorn, Bettina Wahlkreis 9 Ostholstein – Stornarn-Nord	 Hagl-Kehl, Rita Landesliste Bayern	 Hakverdi, Metin Wahlkreis 23 HH-Bergedorf – Harburg	 Hartmann, Sebastian Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Heidenblut, Dirk Wahlkreis 119 Essen II
 Heil, Hubertus Wahlkreis 45 Gifhorn – Peine	 Heiligenstadt, Frauke Wahlkreis 82 Goslar - Northem - Osterode	 Heinrich, Gabriela Landesliste Bayern	 Hellmich, Wolfgang Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Hennig, Anke Landesliste Niedersachsen	 Heselhaus, Nadine Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Hitschler, Thomas Wahlkreis 211 Südpfalz	 Hostert, Jasmina Landesliste Baden-Württemberg	 Hubertz, Verena Wahlkreis 203 Trier	 Hümpfer, Markus Landesliste Bayern	 Junge, Frank Wahlkreis 13 Ludwigs.-Parchim II LK Rostock I
 Juratovic, Josip Landesliste Baden-Württemberg	 Kaczmarek, Oliver Wahlkreis 144 Unna I	 Kaiser, Elisabeth Landesliste Thüringen	 Karahmetoğlu, Macit Landesliste Baden-Württemberg	 Kasper, Carlos Landesliste Sachsen	 Kassautzki, Anna Wahlkreis 15 VP-Rügen – VP-Greifswald I	 Katzmarek, Gabriele Landesliste Baden-Württemberg	 Keller, Rainer Johannes Wahlkreis 113 Wesel I	 Kersten, Franziska Wahlkreis 67 Börde – Jerichower Land	 Kiziltepe, Cansel Landesliste Berlin	 Kleebank, Helmut Wahlkreis 78 B-Spandau-Charlottenb. Nord
 Klinck, Kristian Wahlkreis 6 Plön – Neumünster	 Klingbeil, Lars Wahlkreis 35 Rotenburg I – Heidekreis	 Klose, Annika Landesliste Berlin	 Klüssendorf, Tim Wahlkreis 11 Lübeck	 Kofler, Bärbel Landesliste Bayern	 Koß, Simona Wahlkreis 59 M.-Oderland – Barnim II	 Kramme, Anette Landesliste Bayern	 Kreiser, Dunja Wahlkreis 49 Salzgitter – Wolfenbüttel	 Kröber, Martin Wahlkreis 69 Magdeburg	 Kühnert, Kevin Wahlkreis 81 Berlin-Tempelhof-Schöneberg	 Lahrkamp, Sarah Landesliste Nordrhein-Westfalen
 Larem, Andreas Wahlkreis 186 Darmstadt	 Lauterbach, Karl Wahlkreis 101 Leverkusen – Köln IV	 Lehmann, Sylvia Wahlkreis 62 D.-Spreeew. –TF III – OSW-L I	 Leiser, Kevin Landesliste Baden-Württemberg	 Licina-Bode, Luiza Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Limbacher, Esra-Leon Wahlkreis 299 Homburg	 Lindh, Helge Wahlkreis 102 Wuppertal I	 Lugk, Bettina Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Maas, Heiko Wahlkreis 297 Saarouis	 Machalet, Tanja Wahlkreis 204 Montaubaur	 Mackensen-Geis, Isabel Landesliste Rheinland-Pfalz



Malottki, Erik von
Wahlkreis 16
Meck. Seenp. I – VP-GW II



Mann, Holger
Landesliste
Sachsen



Mansoori, Kaweh
Landesliste
Hessen



Martens, Zanda
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Martin, Dorothee
Wahlkreis 21
Hamburg-Nord



Marvi, Parsa
Landesliste
Baden-Württemberg



Mascheck, Franziska
Landesliste
Sachsen



Mast, Katja
Landesliste
Baden-Württemberg



Mehlretter, Andreas
Landesliste
Bayern



Mehmet Ali, Takis
Landesliste
Baden-Württemberg



Mesarosch, Robin
Landesliste
Baden-Württemberg



Michel, Kathrin
Landesliste
Sachsen



Miersch, Matthias
Wahlkreis 47
Hannover-Land II



Mieves, Matthias David
Wahlkreis 209
Kaiserslautern



Mittag, Susanne
Wahlkreis 28
Delm. - Weserm. - Old.-Land



Mohrs, Falko
Wahlkreis 51
Helmstedt – Wolfsburg



Moll, Claudia
Wahlkreis 88
Aachen II



Müller, Siemtje
Wahlkreis 26
Friesl. – WHV – Wittmund



Müller, Michael
Wahlkreis 80
B-Charl.-Wilmersdorf



Müller, Detlef
Wahlkreis 162
Chemnitz



Müller, Bettina
Wahlkreis 175
Main-K.-Vetterau II-Schotten



Münterfering, Michelle
Wahlkreis 141
Herne – Bochum II



Mützenich, Rolf
Wahlkreis 95
Köln III



Nasr, Rasha
Landesliste
Sachsen



Nickholz, Brian
Wahlkreis 122
Recklinghausen II



Nietan, Dietmar
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Nürnberger, Jörg
Wahlkreis 180
Bayern



Oehl, Jan Lennard
Wahlkreis 180
Hanau



Ortleb, Josephine
Wahlkreis 296
Saarbrücken



Özdemir, Mahmut
Wahlkreis 116
Duisburg II



Özoğuz, Aydan
Wahlkreis 22
Hamburg-Wandsbek



Pantazis, Christos
Wahlkreis 50
Braunschweig



Papenbrock, Wiebke
Wahlkreis 56
Prignitz – Ostp.-Ruppin – HVL



Papendieck, Mathias
Wahlkreis 63
Frankfurt (Oder) – Oder-Spree



Pawlik, Natalie
Wahlkreis 177
Wetterau I



Peick, Jens
Wahlkreis 142
Dortmund I



Petry, Christian
Wahlkreis 298
St. Wendel



Philippi, Andreas
Wahlkreis 53
Göttingen



Plobner, Jan
Landesliste
Bayern



Poschmann, Sabine
Wahlkreis 143
Dortmund II



Post, Achim
Wahlkreis 134
Minden-Lübbecke I



Rhie, Ye-One
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Rimkus, Andreas
Wahlkreis 107
Düsseldorf II



Rix, Sonke
Wahlkreis 4
Rendsburg-Eckernförde



Rohde, Dennis
Wahlkreis 27
Oldenburg – Ammerland



Roloff, Sebastian
Landesliste
Bayern



Rosemann, Martin
Landesliste
Baden-Württemberg



Rosenthal, Jessica
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Roth, Michael
Wahlkreis 169
W.-Meißen – H.-Rotenburg



Rudolph, Thorsten
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Rudolph, Tina
Landesliste
Thüringen



Rützel, Bernd
Landesliste
Bayern



Ryglewski, Sarah
Wahlkreis 54
Bremen I



Saathoff, Johann
Wahlkreis 24
Aurich – Emden



Schäfer, Ingo
Wahlkreis 103
Soli. – Rem. – Wuppertal II



Schäfer, Axel
Wahlkreis 140
Bochum I



Schamber, Rebecca
Wahlkreis 43
Hannover-Land I



Schätzl, Johannes
Landesliste
Bayern



Scheer, Nina
Wahlkreis 10
HZM Lauenburg-Storm.-Süd



Schieder, Marianne
Landesliste
Bayern



Schiefner, Udo
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Schierenbeck, Peggy
Landesliste
Niedersachsen



Schisanowski, Timo
Wahlkreis 138
Hagen – Ennepe-Ruhr-Kreis I



Schmid, Nils
Landesliste
Baden-Württemberg



Schmidt, Christoph
Wahlkreis 133
Bayern



Schmidt, Dagmar
Wahlkreis 172
Lahn-Dill



Schmidt, Uwe
Wahlkreis 55
Bremen II – Bremerhaven



Schneider, Daniel
Wahlkreis 29
Cuxhaven – Stade II



Schneider, Carsten
Wahlkreis 193
Erfurt-Weimar-Weim. Land II



Scholz, Olaf
Wahlkreis 61
Potsdam - P.-Mittelm. II - TF II



Schrap, Johannes
Wahlkreis 46
Hameln-Pyrmont - Holzwinden



Schreider, Christian
Wahlkreis 207
Ludwigshafen/Frankenthal



Schrodj, Michael
Landesliste
Bayern



Schulze, Sverja
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Schwabe, Frank
Wahlkreis 121
Recklinghausen I



Schwartze, Stefan
Wahlkreis 133
Herford – Minden-Lübbecke II



Schwarz, Andreas
Landesliste
Bayern



Schwarzelühr-Sutter, Rita
Landesliste
Baden-Württemberg



Seitzl, Lina
Landesliste
Baden-Württemberg



Stadler, Svenja
Wahlkreis 36
Harburg



Stamm-Fibich, Martina
Landesliste
Bayern



Stegner, Ralf
Wahlkreis 7
Pinneberg



Stein, Matthias
Wahlkreis 5
Kiel



Stamer, Nadja
Landesliste
Sachsen



Stive, Ruppert
Landesliste
Berlin



Tausend, Claudia
Landesliste
Bayern



Thews, Michael
Wahlkreis 145
Hamm – Unna II



Töns, Markus
Wahlkreis 123
Gelsenkirchen



Träger, Carsten
Landesliste
Bayern



Troff-Schaffarzyk, Anja
Landesliste
Niedersachsen



Türk-Nachbaur, Derya
Landesliste
Baden-Württemberg



Ullrich, Frank
Wahlkreis 196
Suhl-Schm.-M.-HBN-S.-berg



Völlers, Marja-Liisa
Wahlkreis 40
Nienburg II – Schaumburg



Vöpel, Dirk
Wahlkreis 117
Oberhausen – Wesel III



Wagner, Carolin
Landesliste
Bayern



Wallstein, Maja
Wahlkreis 64
Cottbus – Spree-Neiße



Walter, Hannes
Wahlkreis 65
Elbe-Elster – OSW-Lausitz II



Wegge, Carmen
Landesliste
Bayern



Wegling, Melanie
Wahlkreis 184
Groß-Gerau



Weingarten, Joe
Wahlkreis 201
Kreuznach



Werner, Lena
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Westphal, Bernd
Wahlkreis 48
Hildesheim



Wiese, Dirk
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Wollmann, Herbert
Wahlkreis 66
Altmark



Yüksel, Gülstan
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Zierke, Stefan
Wahlkreis 57
Uckermark – Barnim I



Zimmermann, Jens
Wahlkreis 187
Odenwald



Zorn, Armand
Wahlkreis 182
Frankfurt am Main I



Zschau, Katrin
Wahlkreis 14
Rostock – Landkreis Rostock



Abraham, Knut
Landesliste
Brandenburg



Albani, Stephan
Landesliste
Niedersachsen



Altenkamp, Norbert Maria
Wahlkreis 181
Main-Taunus



Altmaier, Peter
Landesliste
Saarland



Amthor, Philipp
Landesliste
Mecklenburg-Vorpommern



Auernhammer, Artur
Wahlkreis 241
Ansbach



Aumer, Peter
Wahlkreis 233
Regensburg



Bär, Dorothee
Wahlkreis 248
Bad Kissingen



Bareiß, Thomas
Wahlkreis 295
Zollernalb – Sigmaringen



Berghegger, André
Wahlkreis 38
Osnabrück-Land



Beyer, Peter
Wahlkreis 105
Mettmann II



Biadacz, Marc
Wahlkreis 260
Böblingen



Bilger, Steffen
Wahlkreis 265
Ludwigsburg



Borchardt, Simone
Landesliste
Mecklenburg-Vorpommern



Brand, Michael
Wahlkreis 174
Fulda



Brandl, Reinhard
Wahlkreis 216
Ingolstadt



Braun, Helge
Landesliste
Hessen



Breher, Silvia
Wahlkreis 32
Cloppenburg – Vechta



Brehm, Sebastian
Wahlkreis 244
Nürnberg-Nord



Brehmer, Heike
Wahlkreis 68
Harz



Breilmann, Michael
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Brinkhaus, Ralph
Wahlkreis 131
Gütersloh I



Brodesser, Carsten
Wahlkreis 99
Oberbergischer Kreis



Bröh, Marlon
Wahlkreis 200
Mosel/Rhein-Hunsrück



Bury, Yannick
Wahlkreis 283
Emmendingen – Lahr



Connemann, Gitta
Wahlkreis 25
Unterems



Czaja, Mario
Wahlkreis 85
Berlin-Marzahn-Hellersdorf



Damerow, Astrid
Wahlkreis 2, Nordfriesland
– Dithmarschen Nord



Dobrindt, Alexander
Wahlkreis 226
Weilheim



Donth, Michael
Wahlkreis 289
Reutlingen



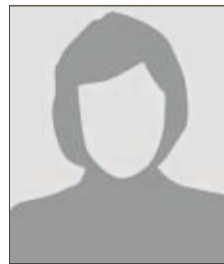
Durz, Hansjörg
Wahlkreis 253
Augsburg-Land



Edelhäußer, Ralph
Wahlkreis 246
Roth



Engelhard, Alexander
Wahlkreis 255
Neu-Ulm



Enghardt-Kopf, Martina
Wahlkreis 234
Schwandorf



Erndl, Thomas
Wahlkreis 227
Deggendorf



Färber, Hermann
Wahlkreis 263
Göppingen



Feiler, Uwe
Landesliste
Brandenburg



Ferlemann, Enak
Landesliste
Niedersachsen



Frei, Thorsten
Wahlkreis 286
Schwarzwald-Baar



Friedrich, Hans-Peter
Wahlkreis 239
Hof



Frieser, Michael
Wahlkreis 245
Nürnberg-Süd



Gädechens, Ingo
Landesliste
Schleswig-Holstein



Gebhart, Thomas
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Geissler, Jonas
Wahlkreis 238
Coburg



Gramling, Fabian
Wahlkreis 266
Neckar-Zaber



Gräßle, Ingeborg
Wahlkreis 269, Backnang
– Schwabischer Gmünd



Gröhe, Hermann
Wahlkreis 108
Neuss I



Grosse-Brömer, Michael
Landesliste
Niedersachsen



Grübel, Markus
Wahlkreis 261
Esslingen



Grund, Manfred
Wahlkreis 189, Eichsfeld/
Nordhausen/Kyffhäuserkreis



Grundmann, Oliver
Wahlkreis 30
Stade I – Rotenburg II



Grütters, Monika
Wahlkreis 77
Berlin-Reinickendorf



Güler, Serap
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Güntzler, Fritz
Landesliste
Niedersachsen



Gutting, Olav
Wahlkreis 278
Bruchsal – Schwetzingen



Haase, Christian
Wahlkreis 136
Höxter – Lippe II



Hahn, Florian
Wahlkreis 221
München-Land



Hauer, Matthias
Wahlkreis 120
Essen III



Heck, Stefan
Landesliste
Hessen



Heil, Mechthild
Wahlkreis 198
Ahrweiler



Heilmann, Thomas
Wahlkreis 79
Berlin-Steglitz-Zehlendorf



Helfrich, Mark
Wahlkreis 3, Steinburg
– Dithmarschen Süd



Henrich, Michael
Wahlkreis 262
Nürtingen



Henrichmann, Marc
Wahlkreis 127
Coesfeld – Steinfurt II



Heveling, Ansgar
Wahlkreis 110
Krefeld I – Neuss II



Hierl, Susanne
Wahlkreis 232
Amberg



Hirte, Christian
Landesliste
Thüringen



Hoffmann, Alexander
Wahlkreis 229
Main-Spessart



Hoppenstedt, Hendrik
Landesliste
Niedersachsen



Hoppermann, Franziska
Landesliste
Hamburg



Hüppe, Hubert
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Irstorfer, Erich
Wahlkreis 214
Freising



Janssen, Anne
Landesliste
Niedersachsen



Jarzombek, Thomas
Wahlkreis 106
Düsseldorf I



Jung, Andreas
Wahlkreis 287
Konstanz



Jung, Ingar
Wahlkreis 179
Wiesbaden



Karliczek, Anja
Wahlkreis 128
Steinfurt III



Kemmer, Ronja
Wahlkreis 291
Ulm



Kiesewetter, Roderich
Wahlkreis 270
Aalen – Heidenheim



Kießling, Michael
Wahlkreis 224, Starnberg
– Landsberg am Lech



Kippels, Georg
Wahlkreis 91
Rhein-Erft-Kreis I



Klein, Volkmar
Wahlkreis 148
Siegen-Wittgenstein



Klein, Ottilie
Landesliste
Berlin



Klöckner, Julia
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Knoerig, Axel
Wahlkreis 33
Diepholz – Sienburg I



Koepfen, Jens
Landesliste
Brandenburg



König, Anne
Wahlkreis 126
Borken II



Koob, Markus
Wahlkreis 176
Hochtaunus



Körber, Carsten
Landesliste
Sachsen



Kramp-Karrenbauer, Annegret
Landesliste
Saarland



Krichbaum, Gunther
Wahlkreis 279
Pforzheim



Krings, Günter
Wahlkreis 109
Mönchengladbach



Kuban, Tilman Moritz
Landesliste
Niedersachsen



Lange, Ulrich
Wahlkreis 254
Donau-Ries



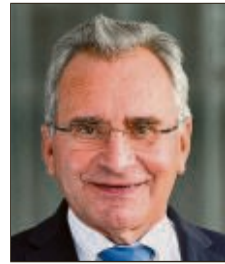
Laschet, Armin
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Launert, Silke
Wahlkreis 237
Bayreuth



Lehmann, Jens
Wahlkreis 152
Leipzig I



Lehrieder, Paul
Wahlkreis 251
Würzburg



Leikert, Katja
Landesliste
Hessen



Lenz, Andreas
Wahlkreis 213
Erding – Ebersberg



Lindholz, Andrea
Wahlkreis 249
Aschaffenburg



Linnemann, Carsten
Wahlkreis 137
Paderborn – Gütersloh III



Lips, Patricia
Landesliste
Hessen



Loos, Bernhard
Wahlkreis 217
München-Nord



Luczak, Jan-Marco
Landesliste
Berlin



Ludwig, Daniela
Wahlkreis 222
Rosenheim



Mack, Klaus
Wahlkreis 280
Calw



Magwas, Yvonne
Wahlkreis 166
Vogtlandkreis



Mattfeldt, Andreas
Wahlkreis 34
Osterholz – Verden



Mayer, Stephan
Wahlkreis 212
Altötting



Mayer-Lay, Volker
Wahlkreis 293
Bodensee



Meister, Michael
Wahlkreis 188
Bergstraße



Merz, Friedrich
Wahlkreis 147
Hochsauerlandkreis



Metzler, Jan
Wahlkreis 206
Worms



Middelberg, Mathias
Landesliste
Niedersachsen



Monstadt, Dietrich
Landesliste
Mecklenburg-Vorpommern



Mörseburg, Maximilian
Wahlkreis 259
Stuttgart II



Müller, Florian
Wahlkreis 149
Olpe – Märkischer Kreis I



Müller, Stefan
Wahlkreis 242
Erlangen

 Müller, Axel Wahlkreis 294 Ravensburg	 Müller, Sepp Wahlkreis 70 Dessau – Wittenberg	 Müller, Carsten Landesliste Niedersachsen	 Nacke, Stefan Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Nicolaisen, Petra Landesliste Schleswig-Holstein	 Oellers, Wilfried Wahlkreis 89 Heinsberg	 Oppelt, Moritz Wahlkreis 277 Rhein-Neckar	 Öbner, Florian Wahlkreis 228 Landshut	 Oster, Josef Wahlkreis 199 Koblenz	 Otte, Henning Wahlkreis 44 Celle – Uelzen	 Pilsinger, Stephan Wahlkreis 220 München-West/Mitte
 Ploß, Christoph Landesliste Hamburg	 Plum, Martin Wahlkreis 111 Viernsen	 Rachel, Thomas Wahlkreis 90 Düren	 Radomski, Kerstin Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Radwan, Alexander Wahlkreis 223, Bad Tölz-Wolfratshausen – Miesbach	 Rainer, Alois Wahlkreis 231 Straubing	 Ramsauer, Peter Wahlkreis 225 Traunstein	 Rehbaum, Henning Wahlkreis 130 Warendorf	 Reichel, Markus Wahlkreis 159 Dresden I	 Rief, Josef Wahlkreis 292 Biberach	 Rohwer, Lars Wahlkreis 160 Dresden II – Bautzen II
 Röttgen, Norbert Wahlkreis 98 Rhein-Sieg-Kreis II	 Rouenhoff, Stefan Wahlkreis 112 Kleve	 Röwekamp, Thomas Landesliste Bremen	 Rüdgel, Erwin Wahlkreis 197 Neuwied	 Rupprecht, Albert Wahlkreis 235 Weiden	 Santos Firnhaber, C. dos Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Schäuble, Wolfgang Wahlkreis 284 Offenburg	 Schenderlein, Christiane Landesliste Sachsen	 Scheuer, Andreas Wahlkreis 229 Passau	 Schimke, Jana Landesliste Brandenburg	 Schnieder, Patrick Wahlkreis 202 Bitburg
 Schreiner, Felix Wahlkreis 288 Waldshut	 Schwarz, Armin Landesliste Hessen	 Seif, Detlef Wahlkreis 92, Euskirchen – Rhein-Erft-Kreis II	 Silberhorn, Thomas Wahlkreis 236 Bamberg	 Simon, Björn Wahlkreis 185 Offenbach	 Sorge, Tino Landesliste Sachsen-Anhalt	 Spahn, Jens Wahlkreis 124 Steinfurt I – Borken I	 Staffler, Katrin Wahlkreis 215 Fürstenfeldbruck	 Stefinger, Wolfgang Wahlkreis 218 München-Ost	 Stegemann, Albert Wahlkreis 31 Mittelmeins	 Steinger, Johannes Wahlkreis 208 Neustadt – Speyer
 Stetten, Christian Frhr. von Wahlkreis 268 Schwäbisch Hall – Hohenlohe	 Stier, Dieter Wahlkreis 73 Burgenland – Saalekreis	 Stocker, Diana Wahlkreis 282 Lörrach – Müllheim	 Storjohann, Gero Landesliste Schleswig-Holstein	 Stracke, Stephan Wahlkreis 257 Ostallgäu	 Straubinger, Max Wahlkreis 230 Rottal-Inn	 Stumpp, Christina Wahlkreis 264 Waiblingen	 Tebroke, Hermann-Josef Wahlkreis 100 Rheinisch-Bergischer Kreis	 Thies, Hans-Jürgen Wahlkreis 146 Soest	 Throm, Alexander Wahlkreis 267 Heilbronn	 Tillmann, Antje Landesliste Thüringen
 Timmermann-Fechter, Astrid Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Ulrich, Volker Wahlkreis 252 Augsburg-Stadt	 Vieregge, Kerstin Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Vogt, Oliver Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Vries, Christoph de Landesliste Hamburg	 Wadepuhl, Johann David Landesliste Schleswig-Holstein	 Wanderwitz, Marco Landesliste Sachsen	 Warken, Nina Wahlkreis 276 Odenwald – Tauber	 Weisgerber, Anja Wahlkreis 250 Schweinfurt	 Weiss, Maria-Lena Wahlkreis 285 Rottweil – Tuttlingen	 Weiss, Sabine Landesliste Nordrhein-Westfalen
 Whittaker, Kai Wahlkreis 273 Rastatt	 Widmann-Mauz, Annette Wahlkreis 290 Tübingen	 Wiener, Klaus Wahlkreis 104 Mettmann I	 Wilsch, Klaus-Peter Wahlkreis 178 Rheingau-Taunus – Limburg	 Winkelmeier-Becker, Elisabeth Wahlkreis 97 Rhein-Sieg-Kreis I	 Winkler, Tobias Wahlkreis 243 Fürth	 Wittmann, Mechthilde Landesliste Oberallgäu	 Wulf, Mareike Lotte Landesliste Niedersachsen	 Zeulner, Emmi Wahlkreis 240 Kulmbach	 Ziemiak, Paul Wahlkreis 150 Märkischer Kreis II	 Zippelius, Nicolas Wahlkreis 272 Karlsruhe-Land
		 Aeffner, Stephanie Landesliste Baden-Württemberg	 Amtsberg, Luise Landesliste Schleswig-Holstein	 Audretsch, Andreas Landesliste Berlin	 Außendorf, Maik Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Bacherle, Tobias Landesliste Baden-Württemberg	 Badum, Lisa Landesliste Bayern	 Baerbock, Annalena Landesliste Brandenburg	 Banaszak, Felix Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Bär, Karl Landesliste Bayern
 Bayram, Canan Wahlkreis 83 Berlin-Friedrichsh. -Kreuzberg	 Beck, Katharina Landesliste Hamburg	 Benner, Lukas Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Brantner, Franziska Wahlkreis 274 Heidelberg	 Brugger, Agnieszka Landesliste Baden-Württemberg	 Bsirske, Frank Landesliste Niedersachsen	 Christmann, Anna Landesliste Baden-Württemberg	 Dahmen, Janosch Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Deligöz, Ekin Landesliste Bayern	 Detzer, Sandra Landesliste Baden-Württemberg	 Dröge, Katharina Landesliste Nordrhein-Westfalen
 Düring, Deborah Landesliste Hessen	 Ebner, Harald Landesliste Baden-Württemberg	 Eckert, Leon Landesliste Bayern	 Emmerich, Marcel Landesliste Baden-Württemberg	 Fester, Emilia Landesliste Hamburg	 Gambir, Schahina Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Ganserer, Tessa Landesliste Bayern	 Gastel, Matthias Landesliste Baden-Württemberg	 Gehring, Kai Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Gelbhaar, Stefan Wahlkreis 76 Berlin-Pankow	 Gesenus, Jan-Niclas Landesliste Nordrhein-Westfalen
 Göring-Eckardt, Katrin Landesliste Thüringen	 Grau, Armin Landesliste Rheinland-Pfalz	 Grundl, Erhard Landesliste Bayern	 Grützmaker, Sabine Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Habeck, Robert Wahlkreis 1 Flensburg-Schleswig	 Haßelmann, Britta Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Heitmann, Linda Wahlkreis 19 Hamburg-Altona	 Henneberger, Kathrin Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Herrmann, Bernhard Landesliste Sachsen	 Hoffmann, Bettina Landesliste Hessen	 Hofreiter, Anton Landesliste Bayern



Hönel, Bruno
Landesliste
Schleswig-Holstein



Janecek, Dieter
Landesliste
Bayern



Kaddor, Lamy
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Kappert-Gonther, Kirsten
Landesliste
Bremen



Kellner, Michael
Landesliste
Brandenburg



Keul, Katja
Landesliste
Niedersachsen



Khan, Misbah
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Kindler, Sven-Christian
Landesliste
Niedersachsen



Klein-Schmeink, Maria
Wahlkreis 129
Münster



Kopf, Chantal
Wahlkreis 281
Freiburg



Kraft, Laura
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Krämer, Philip
Landesliste
Hessen



Krischer, Oliver
Wahlkreis 87
Aachen I



Kühn, Christian
Landesliste
Baden-Württemberg



Künast, Renate
Landesliste
Berlin



Kurth, Markus
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Lang, Ricarda
Landesliste
Baden-Württemberg



Lehmann, Sven
Wahlkreis 94
Köln II



Lemke, Steffi
Landesliste
Sachsen-Anhalt



Liebert, Anja
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Limburg, Helge
Landesliste
Niedersachsen



Lindner, Tobias
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Loop, Denise
Landesliste
Schleswig-Holstein



Lucks, Max
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Lüthmann, Anna
Landesliste
Hessen



Mayer, Zoe
Wahlkreis 271
Karlsruhe-Stadt



Menge, Susanne
Landesliste
Niedersachsen



Michaelsen, Swantje Henrike
Landesliste
Niedersachsen



Mihalic, Irene
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Mijatovic, Boris
Landesliste
Hessen



Müller, Sascha
Landesliste
Bayern



Müller, Claudia
Landesliste
Mecklenburg-Vorpommern



Müller-Gemmeke, Beate
Landesliste
Baden-Württemberg



Nanni, Sara
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Nestle, Ingrid
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Nick, Ophelia
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Notz, Konstantin von
Landesliste
Schleswig-Holstein



Nouripour, Omid
Wahlkreis 183
Frankfurt am Main II



Otte, Karoline
Landesliste
Niedersachsen



Özdemir, Cem
Wahlkreis 258
Stuttgart I



Pahlke, Julian
Landesliste
Niedersachsen



Paus, Lisa
Landesliste
Berlin



Piechotta, Paula
Landesliste
Sachsen



Polat, Filiz
Landesliste
Niedersachsen



Reinalter, Anja
Landesliste
Baden-Württemberg



Rößner, Tabea
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Roth, Claudia
Landesliste
Bayern



Rottmann, Manuela
Landesliste
Bayern



Rüffer, Corinna
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Sacher, Michael
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Saleh, Kassem Taher
Landesliste
Sachsen



Schäfer, Jamila
Wahlkreis 219
München-Süd



Schäfer, Sebastian
Landesliste
Baden-Württemberg



Schauws, Ulle
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Schmidt, Stefan
Landesliste
Bayern



Schönberger, Marlene
Landesliste
Bayern



Schröder, Christina-Johanne
Landesliste
Niedersachsen



Schulz-Asche, Kordula
Landesliste
Hessen



Sekmen, Melis
Landesliste
Baden-Württemberg



Slawik, Nyke
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Spallek, Anne Monika
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Spellerberg, Merle
Landesliste
Sachsen



Stahr, Nina
Landesliste
Berlin



Steffen, Till
Wahlkreis 20
Hamburg-Eimsbüttel



Steinmüller, Hanna
Wahlkreis 75
Berlin-Mitte



Strengmann-Kuhn, Wolfgang
Landesliste
Hessen



Tesfaiessus, Awet
Landesliste
Hessen



Trittin, Jürgen
Landesliste
Niedersachsen



Uhlig, Katrin
Wahlkreis 96
Bonn



Verlinden, Julia
Landesliste
Niedersachsen



Wagener, Robin
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Wagener, Niklas
Landesliste
Bayern



Wagner, Johannes
Landesliste
Bayern



Weishaupt, Saskia
Landesliste
Bayern



Wenzel, Stefan
Landesliste
Niedersachsen



Winkmann, Tina
Landesliste
Bayern



Abel, Valentin
Landesliste
Baden-Württemberg



Adler, Katja
Landesliste
Hessen



Al-Halak, Muhanad
Landesliste
Bayern



Alt, Renata
Landesliste
Baden-Württemberg



Aschenberg-Dugnus, Christine
Landesliste
Schleswig-Holstein



Bauer, Nicole
Landesliste
Bayern



Beck, Jens
Landesliste
Niedersachsen



Bodtke, Ingo
Landesliste
Sachsen-Anhalt



Boginski, Friedhelm
Landesliste
Brandenburg



Brandenburg, Jens
Landesliste
Baden-Württemberg



Brandenburg, Mario
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Bubendorfer-Licht, Sandra
Landesliste
Bayern



Buschmann, Marco
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Busen, Karlheinz
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Cronenberg, Carl-Julius
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Djir-Sarai, Bijan
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Dürr, Christian
Landesliste
Niedersachsen



Faber, Marcus
Landesliste
Sachsen-Anhalt



Föst, Daniel
Landesliste
Bayern



Fricke, Otto
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Funke-Kaiser, Maximilian
Landesliste
Bayern



Gaßner-Herz, Martin
Landesliste
Baden-Württemberg



Gerschau, Knut
Landesliste
Niedersachsen



Hacker, Thomas
Landesliste
Bayern



Hanke, Reginald
Landesliste
Thüringen



Hartweg, Philipp
Landesliste
Sachsen



Harzer, Ulrike
Landesliste
Sachsen



Heidt, Peter
Landesliste
Hessen



Helling-Plahr, Katrin
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Herbrand, Markus
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Herbst, Torsten
Landesliste
Sachsen



Hesse, Katja
Landesliste
Bayern



Hocker, Gero Clemens
Landesliste
Niedersachsen



Höferlin, Manuel
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Hoffmann, Christoph
Landesliste
Baden-Württemberg



Houben, Reinhard
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



in der Beek, Olaf
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Jensen-Bornhöft, Gyde
Landesliste
Schleswig-Holstein



Jung, Christian
Landesliste
Baden-Württemberg



Jurisch, Ann-Veruschka
Landesliste
Baden-Württemberg



Klein, Karsten
Landesliste
Bayern



Kluckert, Daniela
Landesliste
Berlin



Kober, Pascal
Landesliste
Baden-Württemberg



Köhler, Lukas
Landesliste
Bayern



Konrad, Carina
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Kruse, Michael
Landesliste
Hamburg



Kubicki, Wolfgang
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Kuhle, Konstantin
Landesliste
Niedersachsen



Lambsdorff, Alexander Graf
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Lechte, Ulrich
Landesliste
Bayern



Lenders, Jürgen
Landesliste
Hessen



Lieb, Thorsten
Landesliste
Hessen



Lindemann, Lars
Landesliste
Berlin



Lindner, Christian
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Link, Michael Georg
Landesliste
Baden-Württemberg



Lütke, Kristine
Landesliste
Bayern



Luksic, Oliver
Landesliste
Saarland



Mansmann, Till
Landesliste
Hessen



Merten, Anikó
Landesliste
Niedersachsen



Meyer, Christoph
Landesliste
Berlin



Nordhorst, Maximilian
Landesliste
Schleswig-Holstein



Müller, Alexander
Landesliste
Hessen



Müller-Rosentritt, Frank
Landesliste
Sachsen



Redder, Volker
Landesliste
Bremen



Reinhold, Hagen
Landesliste
Mecklenburg-Vorpommern



Reuther, Bernd
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Sattelberger, Thomas
Landesliste
Bayern



Sauter, Christian
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Schäffler, Frank
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Schröder, Ria
Landesliste
Hamburg



Schulz, Anja
Landesliste
Niedersachsen



Seestern-Pauly, Matthias
Landesliste
Niedersachsen



Seiter, Stephan
Landesliste
Baden-Württemberg



Semet, Rainer
Landesliste
Baden-Württemberg



Skudely, Judith
Landesliste
Baden-Württemberg



Stark-Watzinger, Bettina
Landesliste
Hessen



Stockmeier, Konrad
Landesliste
Baden-Württemberg



Strack-Zimmermann, Marie-Agnes
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Strasser, Benjamin
Landesliste
Baden-Württemberg



Teuteberg, Linda
Landesliste
Brandenburg



Teutrine, Jens
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Theurer, Michael
Landesliste
Baden-Württemberg



Thomae, Stephan
Landesliste
Bayern



Tippelt, Nico
Landesliste
Sachsen



Todtenhausen, Manfred
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Toncar, Florian
Landesliste
Baden-Württemberg



Ullmann, Andrew
Landesliste
Bayern



Ullrich, Gerald
Landesliste
Thüringen



Vogel, Johannes
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Weesser, Sandra
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Westig, Nicole
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Wissing, Volker
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Bachmann, Carolin
Wahlkreis 161
Mittelsachsen



Baum, Christina
Landesliste
Baden-Württemberg



Baumann, Bernd
Landesliste
Hamburg



Beckamp, Roger Friedrich
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Bernhard, Marc
Landesliste
Baden-Württemberg



Bleck, Andreas
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Bochmann, René
Wahlkreis 151
Nordsachsen



Boehringer, Peter
Landesliste
Bayern



Bollmann, Gereon
Landesliste
Schleswig-Holstein



Brandes, Dirk
Landesliste
Niedersachsen



Brandner, Stephan
Wahlkreis 194
Gera-Grreiz-Altenburger Land



Braun, Jürgen
Landesliste
Baden-Württemberg



Bühl, Marcus
Wahlkreis 192
Gotha - Ilm-Kreis



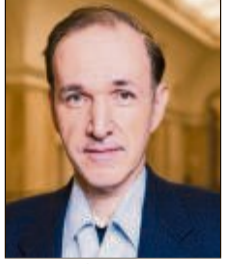
Bystron, Petr
Landesliste
Bayern



Chrupalla, Tino
Wahlkreis 157
Görlitz



Cotar, Joana
Landesliste
Hessen



Curio, Gottfried
Landesliste
Berlin



Dietz, Thomas
Wahlkreis 164
Erzgebirgskreis I



Ehrhorn, Thomas
Landesliste
Niedersachsen



Ependiller, Michael
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Farle, Robert
Wahlkreis 74
Mansfeld



Felser, Peter
Landesliste
Bayern



Friedhoff, Dietmar
Landesliste
Niedersachsen



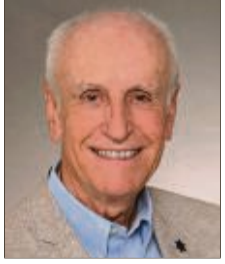
Frohnmajer, Markus
Landesliste
Baden-Württemberg



Frömming, Götz
Landesliste
Berlin



Gauland, Alexander
Landesliste
Brandenburg



Glaser, Albrecht
Landesliste
Hessen



Gnauck, Hannes
Landesliste
Brandenburg



Gottschalk, Kay
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Harder-Kühnel, Mariana Iris
Landesliste
Hessen



Haug, Jochen
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Helferich, Matthias **
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Hess, Martin
Landesliste
Baden-Württemberg



Hilse, Karsten
Wahlkreis 156
Bautzen



Höchst, Nicole
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Holm, Leif-Erik
Landesliste
Mecklenburg-Vorpommern



Huber, Johannes
Landesliste
Bayern



Huy, Gerrit
Landesliste
Bayern



Jacobi, Fabian
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Janich, Steffen
Wahlkreis 158
Sächs.Schweiz-Osterzgebirge



Jongen, Marc
Landesliste
Baden-Württemberg



Kaufmann, Michael
Wahlkreis 195
Saalfeld-Rudolstadt



Kaufmann, Malte
Landesliste
Baden-Württemberg



Keuter, Stefan
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Kleinwächter, Norbert
Landesliste
Brandenburg



Komning, Enrico
Landesliste
Mecklenburg-Vorpommern



König, Jörn
Landesliste
Niedersachsen



Kotré, Steffen
Landesliste
Brandenburg



Kraft, Rainer
Landesliste
Bayern



Lenk, Barbara
Wahlkreis 155
Meißen



Lucassen, Rüdiger
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Miazga, Corinna
Landesliste
Bayern



Moncke, Mike
Wahlkreis 163
Chemnitz Umland - Erzgeb. II



Moosdorf, Matthias
Wahlkreis 165
Zwickau



Münzenmaier, Sebastian
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Naujok, Edgar
Wahlkreis 154
Leipzig-Land



Nolte, Jan Ralf
Landesliste
Hessen



Otten, Gerold
Landesliste
Bayern



Peterka, Tobias Matthias
Landesliste
Bayern



Pohl, Jürgen
Landesliste
Thüringen



Protschka, Stephan
Landesliste
Bayern



Reichardt, Martin
Landesliste
Sachsen-Anhalt



Renner, Martin Erwin
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Rinck, Frank
Landesliste
Niedersachsen



Schattner, Bernd
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Schielke-Ziesing, Ulrike
Landesliste
Mecklenburg-Vorpommern



Schmidt, Eugen
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Schmidt, Jan Wenzel
Landesliste
Sachsen-Anhalt



Schneider, Jörg
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Schulz, Uwe
Landesliste
Hessen



Seitz, Thomas
Landesliste
Baden-Württemberg



Sichert, Martin
Landesliste
Bayern



Spaniel, Dirk
Landesliste
Baden-Württemberg



Springer, René
Landesliste
Brandenburg



Stöber, Klaus
Wahlkreis 190
Eisenach - Wartburgkreis



Storch, Beatrix von
Landesliste
Berlin



Weidel, Alice
Landesliste
Baden-Württemberg



Weyel, Harald
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Wiehle, Wolfgang
Landesliste
Bayern



Wirth, Christian
Landesliste
Saarland



Witt, Uwe
Landesliste
Schleswig-Holstein



Wundrak, Joachim
Landesliste
Niedersachsen



Ziegler, Kay-Uwe
Wahlkreis 71
Anhalt



Akbulut, Göky
Landesliste
Baden-Württemberg



Al-Dailami, Ali
Landesliste
Hessen



Bartsch, Dietmar
Landesliste
Mecklenburg-Vorpommern



Birrkwald, Matthias W.
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Dağdelen, Sevim
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Domscheit-Berg, Anke
Landesliste
Brandenburg



Ernst, Klaus
Landesliste
Bayern



Fersch, Susanne
Landesliste
Bayern



Görke, Christian
Landesliste
Brandenburg



Gohlke, Nicole
Landesliste
Bayern



Gürpınar, Ates
Landesliste
Bayern



Gysi, Gregor
Wahlkreis 84
Berlin-Treptow-Köpenick



Hahn, André
Landesliste
Sachsen



Hennig-Wellsow, Susanne
Landesliste
Thüringen



Hunke, Andrej
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Kipping, Katja
Landesliste
Sachsen



Korte, Jan
Landesliste
Sachsen-Anhalt



Latendorf, Ina
Landesliste
Mecklenburg-Vorpommern



Lay, Caren
Landesliste
Sachsen



Lenkert, Ralph
Landesliste
Thüringen



Leye, Christian
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Lützsch, Gesine
Wahlkreis 86
Berlin-Lichtenberg



Lutze, Thomas
Landesliste
Saarland



Meiser, Pascal
Landesliste
Berlin



Möhring, Cornelia
Landesliste
Schleswig-Holstein



Mohamed Ali, Amira
Landesliste
Niedersachsen



Nastic, Zaskin
Landesliste
Hamburg



Pau, Petra
Landesliste
Berlin



Pellmann, Sören
Wahlkreis 153
Leipzig II



Perli, Victor
Landesliste
Niedersachsen



Reichnekk, Heidi
Landesliste
Niedersachsen



Renner, Martina
Landesliste
Niedersachsen



Rießing, Bernd
Landesliste
Baden-Württemberg



Sitte, Petra
Landesliste
Sachsen-Anhalt



Tatti, Jessica
Landesliste
Baden-Württemberg



Ulrich, Alexander
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Vogler, Kathrin
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Wagenknecht, Sahra
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Wöbler, Janine
Landesliste
Hessen

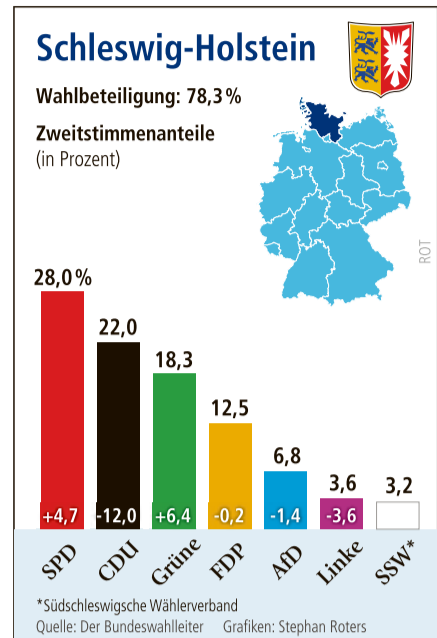


Seidler, Stefan
Landesliste
Schleswig-Holstein

*Christian Jung (FDP) hat erklärt, sein Mandat nicht anzunehmen. Für Jung wird Claudia Raffelhüschen nachrücken. ** Matthias Helfrich (AfD) hat erklärt, auf eine reguläre Mitgliedschaft in der AfD-Fraktion zu verzichten.

Bildnachweise Abdi: Abdil M. König; Abel: Abel/Marion Aschenbach; Abraham: CDU Elbe-Elster/Andreas Egeres; Adler: Adler/Daniela Steffek (Wunderbild.org); Aeffner: Aeffner/Sabine Arndt; Ahmetovic: Florian Schönfeld; Akbulut: Akbulut/Thomas Mardo; Alabali-Radovan: S. Krautz; Albani: Albani/Kai Niedmann; Al-Halak: Dominik Konrad; Alt: Alt/Stefanie Trezz; Altenkamp: DBT; Altmaier: Altmaier/Steffen Kugler; Amthor: Amthor/L. Koch; Amtsberg: Amtsberg/Marco Fischer; Andres: M. König; Anzenberger: Anzenberger/Dugunus; Aschenberg-Dugnus: Aschenberg-Dugnus/C. Josefus-Szelas; Audretsch: Audretsch/Sonja Bahawan; Auernhammer: DBT; Aumer: Aumer/Berli Berlinski; Außendorf: Peter van Loon; Bacherle: Bacherle/Jens Musikh; Badam: DBT; Baehrens: SPD-PV/S. Knoll; Baerbock: Buning/Urban Zintel; Bahr: DBT; Baldy: Baldy/Christian Spies; Banaszak: GRÜNE NRW/Cornelis Gollhardt; Bär: Bär/Jörg Farys; Bär: Bär/T. Koch; Baradari: Bernhard Fotografie; Barell: DBT; Bartol: SPD-PV/S. Knoll; Bartsch: DBT; Bas: SPD-PV/B. Kraehahn; Bauer: DBT; Baum: Baum/Besserer; Baumann: DBT; Bayram: Bayram/Anna Fiolka; Beck: Beck/Christine Fiedler; Beckamp: AID NRW/Tim Beuter; Becker/Kristin Döpel-Rabe; Beek: DBT; Berghahn: SPD; Berghöffer: DBT; Bernhard: Marc Bernhard; Beyer: DBT; Biadacz: Marc Biadacz/T. Koch; Bilger: DBT; Birkwald: DBT; Blankenburg: Blankenburg/Lieblich Medien; Block: Andreas Block; Bodtke: MANDY BESTEHORN; Boehringer: AID-Bundestagsfraktion; Boginski: Torsten Stapel; Borchardt: Borchardt/Ecki Raff; Brand: Brand/T. Koch; Brandenburg: DBT; Brandenburg: Brandenburg/T. Koch; Brandes: Brandes/Privat; Brandl: Brandl/Gerd Grimm; Brandner: DBT; Brantner: Brantner/Sabine Arndt; Braun: Braun/T. Koch; Braun: DBT; Breher: Breher/Jan Kopetzky; Brehm: DBT; Brehmer: Brehmer/Foto-Objekt-Design Koglin; Breymaier: DBT; Brinkhaus: Brinkhaus/T. Koch; Brodersen: CDU Oberbergischer Kreis/Lina Sommer; Bröh: Bröh/Philipp Kunert; Bruggel: DBT; Bursike: picture alliance/dpa; Bubendorfer-Licht: DBT; Bude: SPD-PV/S. Knoll; Bühl: Bühl/FotoStudio Sallatsch; Arnstadt; Bury: SPD-PV/S. Knoll; Bühl: Bühl/PhotoStudio Sallatsch; Arnstadt; Bury: SPD-PV/S. Knoll; Buschmann: Buschmann/Caitlin Harde; Busen: DBT; Bystron: DBT; Cademartini Dujisin: Cademartini; Castellucci: DBT; Christmann: DBT; Christoph: DBT; Conemann: Conemann/Tom Peschel; Cöbe: Cöbe/M. König; Cotar: DBT; Cronenberg: DBT; Curio: Curio/Hagen Schnauss; Czaja: CDU Wuhletal/CDU Wuhletal; Dağdelen: Dağdelen/Ömür Mermer; Dahmen: B90/Grüne; S. Kaminski; Daldup: SPD-PV/S. Knoll; Damerow: Astrid Damerow; Deligöz: Deligöz/S. Kaminski; Demir: Demir/Max Neudert; Detzer: Detzer/Tom Ziora; Diab: DBT; Diere: Diere/Klaus Dieker; Dietz: Thomas Dietz; Dilcher: Dilcher/Reiner Voß; Höchst: Höchst; Höcker: Höcker/L. Hoffmann; Höfner: Höfner/Anja Dorny; A. Hoffmann: Hoffmann/CDU Chaperon; Hoffmann: Hoffmann/Fuchs; Hofreiter: Hofreiter/Paul Bohner; Holm: Holm; Hönel: Hönel/Olaf Harbeck; Hoppenstedt: DBT; Hoppermann: Hoppermann/Maria Springer; Luchs: Luchs/Frank Nuernberger; Lichte: Lichte/Heidrun Böb-lingen; Houben: Houben/FDP NRW/Sascha Menge; Huber: Huber; Hubertz: Hubertz/Linda Blatzek; Hümpfer: Hümpfer/Nele Brüggemann; Hunko: Darius K. Dunker; Hüppe: Hüppe/René Gölz; in der Beek: Engels & Kraemer; Ingenbleek: Lisa-Marie Sager; Irstorfer: Irstorfer/Johannes Sieber; Jacobi: DBT; Janeczek: DBT; Jansen: Jansen/Susanne Schadewald; Jarzombek: Jarzombek/T. Koch; Jensen-Bornhöft: Jensen/Benjamin Diederig; Jöns: DBT; Jung: Jung/Stephanie Trezz; Jung: CDU KV Wiesbaden/T. Koch; Jung: Jung/Otto Kasper; Junge: SPD-PV/B. Kraehahn; Juratovic: DBT; Jurisch: Jurisch/Ulrike Sommer; Kazacemec: DBT; Kaddor: picture alliance/Elber-Pressfoto; Kaiser: SPD-PV/S. Knoll; Kappert-Gonther: DBT; Karaahmetoglu: Karaahmetoglu/SPD/M. König; Karlitzek: Karlitzek/L. Chaperon; Kasper: Antje Junghans; Kassautzki: Kassautzki/Laura Promehl; Katzmarek: DBT; Kaufmann: Privat; Kaufmann: Kaufmann/Hagen Schnauss; Keller: Keller/T. Köllgen; Kellner: grüne.de/Rasmus Tanck; Kemmer: Kemmer/Jan Kopetzky; Keul: S. Kaminski; Keuter: DBT; Khan: Khan/Alexander Sell; Kieseewetter: DBT; Klöbling: DBT; Kindler: B90-BT/Fraktion/S. Kaminski; Kippels: DBT; Kipping: Kipping/Jan Kopetzky; Kiziltepe: SPD-PV/S. Knoll; Rohwer: Rohwer/Frank Grätz; Roloff: S. Knoll; Rosemann: SPD-PV/B. Kraehahn; Rosenthal: SPD Bonn/Sebastian Schröder; Rößner: Rößner/Kerstin Bänisch; Roth: Roth/S. Knoll; Roth: DBT; Klein-Schmeink: Klein-Schmeink/Joachim Pantel; Kleinwächter: Kleinwächter/Foto Gut; Klinc: Studioline; Klingbeil: SPD-PV/B. Kraehahn; Klöckner: CDU/Torsten Jitz; Klose: Klose/Martin Thor; Kluckert: DBT; Knoerig: Knoerig/Schmitt; Kober: DBT; Kooppen: DBT; Köfeler: SPD-PV/S. Knoll; Köhler: Köhler/Sanja Kalks; Komning: DBT; König: DBT; A. König: König/Anja Twissina; Konrad: DBT; Koob: Markus Koob/L. Chaperon; Kopf: Chantal Kopf/Britt Schilling; Körber: Körber/Jan Kopetzky; Korte: Korte/Thomas Kläber; Korte: DBT; Kraft: Kraft/Florian Jäger; L. Kraft: Kraft/Peter Brandsch; Krämer: Philipp Krämer/Rahel Welsen; Kramme: SPD-PV/S. Knoll; Kramp-Karrenbauer: AKK/CDU Saarbrücken-Stadt/T. Koch; Kreiser: Kreiser; Kirchbaum: Kirchbaum/Jan Kopetzky; Krings: Krings/L. Chaperon; Krüger: DBT; Kruse: Kruse/Patrick Luc; Kuban; JU; Kubicki: FDP SH; Kuhle: Kuhle/Miriam Merkel; Kühn: DBT; Kühnert: Maximilian Neudert; Küstas: Küstas/L. Chaperon; Kurth: Kurth/Stefan Kaminski; Lahrkamp: Lahrkamp/Sandra Höfting; Lambsdorff: Lambsdorff/Frederic Sablon; Lang: Elias Keilbauer; Lange: Lange/Cara Ina Wagner; Laren: Patrick Liste; Laschet: L. Chaperon; Latendorf: privat; Launert: Launert/Hof Fotograf; Lauterbach: SPD-PV/S. Knoll/Florian Jaenicke; Lay: LV Die Linke Sachsen/Thomas Kläber; Lechte: Lechte/Petra Homeier; Lehmann: B90/Grüne Bundestagsfraktion/Kaminski; Lehmann: Lehmann/Karoline Wolf; Lehmann: Lehmann/Jan Kopetzky; Lehrieder: DBT; Leikert: L. Chaperon; Lemke: Lemke/Rainer Christ; Lendes: Kripstopography.de; Lenk: Lenk/Eckhard Kahle; Lenker: DBT; Lenz: Lenz/André Wahba; Licina-Bode: Licina-Bode/Studioline Siegen; Lieb: Lieb/Martin Joppen GmbH; Limbacher: Limbacher/Dutka/Leibschneider; Limburg: Limburg: SPD-PV/S. Knoll; Lindholz: DBT; Lindner: DBT; Lindner: Lindner/Olaf Heinen; Link: Link/L. Chaperon; Linemann: Linemann/Thorsten Schneider; Lips: Lips/Patrick Liste; Loop: Loop/Sven Brauers; Loos: DBT; Löttsch: DBT; Lucassen: DBT; Lucks: Lucks/Jesse Dommermutter; Luzzak: Luzzak/Yves Sucksdorff; Ludwig: Ludwig/Markus Schmuck; Lügk: Die Hoffotografen GmbH; Lüthmann: Lüthmann/Maria Springer; Luchs: Luchs/Frank Nuernberger; Lichte: Lichte/Heidrun Böb-lingen; Lütze: Lütze/Felix Schulz; Maas: SPD Saar/S. Knoll; Machalet: Machalet; Mack: Mack/LOCHER Fotodesign&Manufaktur; Mackensen-Geis: SPD-PV/B. Kraehahn; Magwas: Magwas/T. Koch; Malotti: Malotti; Mann: Katrin Lorenz; Mansmann: DBT; Mansoori: Peter Jüllich; Martens: Martens/Iris Pfiffner; Martin: Martin; Marvi: Marvi/Christian Ernst; Mast: SPD-PV/S. Knoll; Matfeldt: DBT; Mayer: Zoe Mayer/James Kahn; Mayer: DBT; Mayer-Lay: T. Koch; Mehltritt: Felix Huber; Meiser: DBT; Meister: DBT; Menge: Menge/Florian Evcin; Merten: FDP KV Braunschweig/Michael Cieciniski; Merz: Friedrich Merz/L. Chaperon; Mesaros: Fionn Große; Metzler: Metzler/T. Koch; Meyer: DBT; Miagza: Miagza/A. Miagza; Michaels: Sven Brauers; Michel: Stefan Kraft/Kraft; Middelberg: Middelberg/H. Penternmann; Miersch: SPD-PV/S. Knoll; Mieves: Mieves/Tobias Schult; Mihalic: Mihalic/S. Kaminski; Mijatovic: Michael Wiedemann; Mittag: DBT; Mohamed Ali: Ali/Michael Jungblut; Möhring: Möhring/Uwe Steiner; Mohr: DBT; Moll: SPD-PV/S. Knoll; Moller: Moller; Monstadt: Monstadt/Rainer Milling; Müller: Müller; Ca. Müller: L. Chaperon; Müller: Axel Müller/Jan Kopetzky; Müller: B. Müller/S. Knoll; Müller: C. Müller/Arne Jesch; Müller: SPD-PV/S. Knoll; Müller: M. Müller/FotoStudio Urtsch; Müller: Grüne Nürnberg/Klaus Gruber; Müller: Sapper Müller/Jan Kopetzky; Müller: Stefan Müller/Kurt Fuchs; Müller: T. Koch; Müller-Gemmelke: Beate Müller-Gemmelke; Müller-Rosentritt: Müller-Rosentritt/Benjamin Diederig; Müntefering: Müntefering/Jorinde Gersina; Münzenmaier: Münzenmaier; Müntzing: Müntzing/B. Kraehahn; Nacke: CDU Münster/Klaus Altevogt; Nanni: Nanni/Dominic Heidl; Nastic: Nastic/Stuart Mann; Nestle: DBT; Nick: Ophelia Nick/André Bakker; Nickloch: SPD/M. König; Nicolaisen: Nicolaisen/Rainer Hausen; Nietan: SPD-PV/S. Knoll; Nolte: Jan Ralf Nolte; Notz: von Notz/Stephan Pramme; Nouripour: DBT; Nüßberger: Luca Scheuring; Oellers: Oellers/Frank Thelen; Oppelt: Busse/Matthias Busse; Ortleb: Ortleb/B. Kraehahn; Öbner: Öbner/Foto Pleyer; Oster: DBT; Otte: C. Otte/Ulrich Paeslack; Otte: Otte/Blume; Otten: Otten/Paul Gerhard Loe; Özdemir: SPD-PV/S. Knoll; Özdemir: DBT; Pantazis: SPD Braunschweig/Papenbrock; Papenbrock/Juliane Kiefer; Pau: DIE LINKE/DIG/Trialon; Paus: Paus/L. Chaperon; Pawlik: M. König; Peick: Goreski; Pellmann: DBT; Perli: Perli; Peterka: Peterka/Hagen Schnauss; Petry: SPD-PV/B. Kraehahn; Philipp: Philipp/SPD; Piechotta: Piechotta/Philipp Knoll; Pilsinger: Pilsinger/Timo Hänseler; Plobner: SPD Nürnberg/Land/Michael Schober; Ploß: Ploß/T. Koch; Pohl: Pohl/Walter Schnell; Pölat: DBT; Poschmann: SPD-PV/B. Kraehahn; Post: Post/Oliver Krato; Protschka: Protschka; Rachel: DBT; Radomski: Radomski/FotoStudio PicturePeople; Radwan: DBT; Rainer: DBT; Ramsauer: Michael Namberger; Redder: FDP LV Bremen/Ismael Gök; Rebbau: CDU-Landtagsfraktion NRW; Reichardt: Reichardt/Alexander Winzer; Reichel: Blend/Frank Grätz; Reichnekk: Reichnekk/Nino Mujic; Reinalter: Reinalter; Reinhold: DBT; Renner: DBT; Renner: M.E. Renner/Siegfried Reffgen; Reuther: Reuther/Maika Maier; Rhee: M. König; Rief: Rief/Jan Rose; Rießing: DIE LINKE/Michael Breyer; Rimkus: SPD-PV/B. Kraehahn; Rinck: Rinck; Rix/S. Knoll; Rohde: SPD-PV/S. Knoll; Rohwer: Rohwer/Frank Grätz; Roloff: S. Knoll; Rosemann: SPD-PV/B. Kraehahn; Rosenthal: SPD Bonn/Sebastian Schröder; Rößner: Rößner/Kerstin Bänisch; Roth: Roth/S. Knoll; Roth: DBT; Röttgen: Röttgen/Werner Sesterhagen; Rottmann: Rottmann/Björn Friedrich; Rouenhoff: DBT; Röwekamp: CDU Bremen/Karls Behrens; Rüdell: Rüdell/Dieter Klaas; Rudolph: M. König; Rudolph: SPD; Ruffer: Ruffer/Fraülein Fotograf; Rupprecht: Rupprecht/Nina Altmann; Rützel: Rützel/S. Knoll; Ryllgiewski: DBT; Saathoff: DBT; Saleh: Juliana Mostert; Santos Firmhaber: CDU KV Aachen Land/Ralph Sondermann; Sattelberger: Sattelberger/busseniusrei-nicke.de; Sauter: DBT; Schäfer: Koke; Schäfer: SPD-PV/B. Kraehahn; Schäfer: Schäfer/Lena Lux; Schäfer: grüne.de; Schäffler: Schäffler/Dilek Paul; Schattner: Schattner/Schiller; Schauble: DBT; Schaus: DBT; Scheer: DBT; Schenderlein: CDU/T. Koch; Scheuer: Scheuer/Weichselbaum; Schieder: Schieder/SPD/S. Knoll; Schiefner: Schiefner/Leif Neugebom; Schielke-Ziesing: Schielke-Ziesing/Anke Houdelet; Schierenbeck: Schierenbeck/Jasmin Lindenthal; Schimke: Schimke/Karoline Wolf; Schisanowski: Schisanowski/Patrick Kirschhofer; Schmid: Christoph Schmidt; Schmidt: SPD; Nils Schmidt; Schmidt: DBT; Schmidt: J.W. Schmidt/Jan Wenzel Schmidt; Schmidt: Eugén Schmidt; Schmidt: SPD; Schönbauer: Weis: Weiss/Axel Wolf; Weiss: Foto Reckeweg; Wenzel: Sven Brauers; Werner: Werner/J. Krump/PC/Cell Emotions; Westig: Westig/Wolfgang; Westphal: SPD-PV/B. Kraehahn; Weyel: Weyel/Sascha Mohr; Whittaker: Whittaker/Steven Vangermain; Widmann-Mauz: DBT; Wiehle: Wiehle; Wierne: Wierne/Thorsten Schmidtkord; Wiese: SPD-PV/S. Knoll; Willsch: Willsch/Jan Kopetzky; Winkelmeier-Becker: Rene Schwerdtel; Winkler: Klaus Gruber; Winkmann: Alex Schambek; Wirth: Wirth/Karl Krämer; Witt: Witt; Wittmann: Wittmann; Wolf: Chris Pfeffer/Chris Pfeffer; Wundrak: Wundrak; Yüksel: SPD-PV/B. Kraehahn; Zeulner: Paul Blau; Ziegler: Steffen Prose; Ziemak: Steffen Böttcher; Zierke: Zierke/M. König; Zimmermann: Zimmermann/Marlene Bleicher; Zip-pelius: T. Koch; Zschau: Maximilian Koenig; Bengt: Diederhofen, Funke, Lense, Maschek, Mehmet Ali Nas, Oeh, Schmalers, Schätzl, Schneider D., Wollmann, Zorn. M. König, Kersten, N. Böhm, Klüssendorf, Koß, Kröber, T. Schult, Papendieck, C. Fiedler, Benner, Jo Magrean, Liebert, Wolf Sondermann, Pahlke, Pahlke, N. Wagener, Björn Friedrich, Teils ausführlichere Nachweise: www.bundestag.de

Die Ergebnisse nach Ländern und Wahlkreisen



Reihenfolge der Ergebnisse in Prozent: Erststimmen 2021 (2017), Zweitstimmen 2021 (2017). Die Wahlkreisergebnisse von 2017 sind auf die Wahlkreiseinteilung 2021 umgerechnet.

Wahlkreis 001: Flensburg – Schleswig

Wahlbeteiligung: 77,8 (75,2)
CDU: 23,4 (40,0) 20,4 (34,2)
SPD: 21,8 (28,0) 25,5 (23,7)
Grüne: 28,1 (10,5) 18,6 (13,1)
FDP: 6,9 (6,5) 10,7 (11,1)
Linke: 3,7 (7,1) 4,2 (8,2)
AfD: 5,5 (6,2) 5,8 (6,8)
Gewählt: Robert Habeck (Grüne)

Wahlkreis 002: Nordfriesland – Dithmarschen Nord

Wahlbeteiligung: 77,2 (74,6)
CDU 30,4 (45,1) 24,6 (38,3)
SPD 27,8 (25,2) 26,3 (22,5)
Grüne 14,3 (9,4) 15,7 (11,0)
Linke 2,8 (5,2) 3,1 (6,2)
AfD 5,7 (5,9) 6,1 (6,5)
Gewählt: Astrid Damerow (CDU)

Wahlkreis 003: Steinburg – Dithmarschen Süd

Wahlbeteiligung: 77,1 (74,7)
CDU: 29,2 (41,9) 24,3 (36,2)
SPD: 29,2 (26,1) 27,7 (22,7)
Grüne: 12,4 (6,7) 14,2 (9,9)
FDP: 14,3 (11,0) 13,7 (13,2)
Linke: 3,2 (5,5) 3,3 (6,7)
AfD: 7,7 (7,6) 8,4 (8,5)
Gewählt: Mark Helfrich (CDU)

Wahlkreis 004: Rendsburg-Eckernförde

Wahlbeteiligung: 80,1 (78,4)
CDU: 29,7 (42,7) 23,9 (36,2)
SPD: 30,8 (28,9) 26,8 (22,9)
Grüne: 14,8 (9,0) 17,9 (12,4)
FDP: 8,0 (6,5) 12,0 (12,2)
Linke: 2,7 (5,2) 3,2 (6,4)
AfD: 6,3 (6,8) 6,6 (7,4)
Gewählt: Sönke Rix (SPD)

Wahlkreis 005: Kiel

Wahlbeteiligung 77,1 (74,9)
CDU: 18,3 (30,7) 15,4 (26,8)
SPD: 29,5 (31,0) 26,0 (23,8)
Grüne: 28,1 (14,3) 28,4 (17,2)
FDP: 7,4 (7,5) 10,4 (11,7)
Linke 4,7 (7,3) 6,1 (10,2)
AfD: 4,6 (6,1) 4,9 (6,9)
Gewählt: Mathias Stein (SPD)

Wahlkreis 006 Plön – Neumünster

Wahlbeteiligung: 76,5 (75,3)
CDU: 27,9 (40,7) 22,9 (33,5)
SPD: 31,4 (28,9) 29,2 (23,8)
Grüne: 15,7 (9,0) 17,4 (12,5)
FDP: 9,4 (7,2) 12,0 (12,6)
Linke: 2,8 (5,4) 3,2 (6,5)
AfD: 7,1 (7,8) 7,4 (8,6)
Gewählt: Kristian Klinck (SPD)

Wahlkreis 007 Pinneberg

Wahlbeteiligung: 81,6 (78,7)
CDU: 26,1 (39,7) 22,0 (34,3)
SPD: 31,3 (30,3) 29,3 (22,9)
Grüne: 16,9 (8,3) 18,1 (11,4)
FDP: 10,9 (7,8) 13,5 (13,3)
Linke: 3,0 (6,1) 3,4 (7,0)
AfD: 6,4 (7,9) 6,8 (8,6)
Gewählt: Ralf Stegner (SPD)

Wahlkreis 008 Segeberg – Stormarn-Mitte

Wahlbeteiligung: 80,1 (78,2)
CDU: 27,9 (41,1) 22,3 (34,6)
SPD: 32,0 (27,3) 28,6 (22,4)
Grüne: 13,7 (8,3) 16,8 (10,9)
FDP: 10,4 (8,1) 14,0 (13,6)
Linke: 3,1 (5,7) 3,3 (6,9)
AfD: 7,1 (8,2) 7,3 (8,9)
Gewählt: Bengt Bergt (SPD)

Wahlkreis 009 Ostholstein – Stormarn-Nord

Wahlbeteiligung: 78,1 (76,3)
SPD: 33,7 (30,8), 30 (24,6)
CDU: 30,3 (41,5), 25,1 (35,6)
Grüne: 13,4 (6,9), 15,7 (9,8)
FDP: 9,4 (7,3), 12,7 (13,2)
AfD: 6,8 (7,9), 7,1 (8,6)
Linke: 2,9 (4,4), 2,8 (6)
Gewählt: Bettina Hagedorn (SPD)

Wahlkreis 010 Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd

Wahlbeteiligung: 80,1 (78,9)
SPD: 31 (27,2), 28,8 (22,3)

CDU: 26,5 (39,5), 23,2 (34,4)
Grüne: 17,4 (9,7), 16,6 (10,8)
FDP: 10,5 (8,2), 14,2 (13,6)
AfD: 7,2 (9,1), 7,5 (9,8)
Linke: 2,6 (5,1), 3,2 (6,5)
Gewählt: Nina Scheer (SPD)

Wahlkreis 011: Lübeck

Wahlbeteiligung: 72,4 (72,1)
SPD: 34,4 (33,9), 30,7 (25,4)
CDU: 21,3 (35,3), 17,6 (29,5)
Grüne: 22,1 (13), 23 (12,8)
FDP: 7,1 (6,5), 10,2 (10,9)
AfD: 6,4 (8,7), 6,6 (8,9)
Linke: 3,2 (0), 4,6 (9,4)
Gewählt: Tim Klüssendorf

Gewählte Landeslistenbewerber

CDU: Johann David Wadeuph, Ingo Gädechens, Petra Nicolaisen, Gero Storjohann

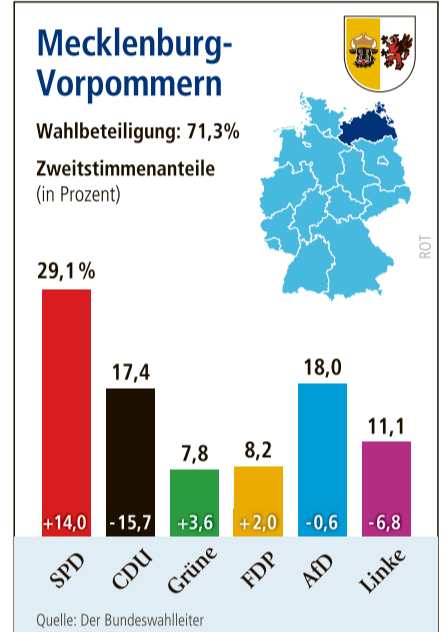
Grüne: Luise Amtsberg, Ingrid Nestle, Konstantin v. Notz Denise Loop, Bruno Hönel

FDP: Wolfgang Kubicki, Gyde Jensen-Bornhöft, Christine Aschenberg-Dugnus, Maximilian Mordhorst

Linke: Cornelia Möhring

AfD: Uwe Witt, Gereon Bollmann

SSW: Stefan Seidler



Reihenfolge der Ergebnisse in Prozent: Erststimmen 2021 (2017), Zweitstimmen 2021 (2017). Die Wahlkreisergebnisse von 2017 sind auf die Wahlkreiseinteilung 2021 umgerechnet.

Wahlkreis 012: Schwerin – Ludwigslust-Parchim I – Nordwestmecklenburg I

Wahlbeteiligung: 72,8 (72,4)
SPD: 29,4 (22,1), 32 (18,6)
CDU: 20,7 (32,1), 17,2 (32,9)
Grüne: 7,8 (3,8), 8 (4,3)
FDP: 7,7 (4,8), 8,5 (6,4)
AfD: 16,5 (16), 15,7 (16,5)
Linke: 11,7 (17,2), 10,8 (16,7)
Gewählt: Reem Alabali Radovan (SPD)

Wahlkreis 013: Ludwigslust-Parchim II – Nordwestmecklenburg II – Landkreis Rostock I

Wahlbeteiligung: 71,5 (71,3)
SPD: 35,2 (24), 32,5 (17,2)
CDU: 18,2 (30), 17,1 (33,7)
Grüne: 5,7 (4), 7 (3,8)
FDP: 7,2 (5,7), 8,1 (6,2)
AfD: 17,2 (17,4), 17,1 (17,7)
Linke: 10,4 (16,2), 10,4 (16,8)
Gewählt: Frank Junge (SPD)

Wahlkreis 014: Rostock – Landkreis Rostock II

Wahlbeteiligung: 74,3 (73,6)
SPD: 27 (17,9), 29 (15,8)
CDU: 17 (29,5), 14,2 (30,5)
Grüne: 10,2 (5,1), 12,8 (6,3)
FDP: 7,5 (4,5), 9,1 (6,6)
AfD: 12,2 (14,7), 12,7 (15,5)
Linke: 18,2 (24,8), 13,2 (20,7)
Gewählt: Katrin Zschau (SPD)

Wahlkreis 015: Vorpommern-Rügen – Vorpommern-Greifswald I

Wahlbeteiligung: 70,2 (70,4)
SPD: 24,3 (11,6), 25,1 (12,2)
CDU: 20,4 (44), 18,6 (32,9)
Grüne: 7,3 (3), 8,8 (5,1)
FDP: 6,6 (3,1), 8,3 (6,9)
AfD: 19,9 (19,2), 18,9 (19,6)
Linke: 13,7 (15,9), 11,4 (18)
Gewählt: Anna Kassautzki (SPD)

Wahlkreis 016: Mecklenburgische Seenplatte I – Vorpommern-Greifswald II

Wahlbeteiligung: 69,8 (69,4)
SPD: 24,8 (13,9), 26,7 (12,3)
CDU: 20,7 (31,2), 19 (33,5)
Grüne: 4,1 (2,5), 4,4 (2,6)
FDP: 7,4 (5,8), 7,6 (5,6)
AfD: 24,3 (23,5), 23,2 (23)
Linke: 10,8 (19,1), 10,2 (17,6)
Gewählt: Erika von Malottki (SPD)

Wahlkreis 017: Mecklenburgische Seenplatte II – Landkreis Rostock III

Wahlbeteiligung: 69,1 (68)

SPD: 31,1 (15,7), 29,9 (14,5)
CDU: 21,3 (37,6), 18,7 (35,8)
Grüne: 5,4 (3,3), 5,1 (3,2)
FDP: 7 (4,7), 7,5 (5,8)
AfD: 21,6 (18,4), 20,9 (19,2)
Linke: 10,3 (17,4), 10,3 (16,9)
Gewählt: Johannes Art (SPD)

Gewählte Landeslistenbewerber:

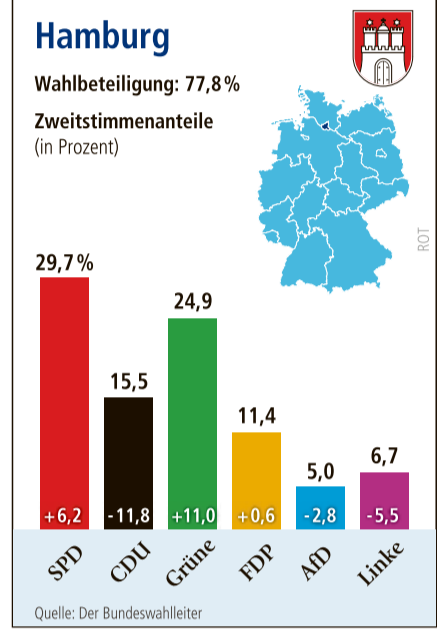
CDU: Philipp Amthor, Dietrich Monstadt, Simone Borchardt

Grüne: Claudia Müller

FDP: Hagen Reinhold

AfD: Leif-Erik Holm, Enrico Komning, Ulrike Schielke-Ziesing,

Linke: Dietmar Bartsch, Ina Latendorf



Reihenfolge der Ergebnisse in Prozent: Erststimmen 2021 (2017), Zweitstimmen 2021 (2017). Die Wahlkreisergebnisse von 2017 sind auf die Wahlkreiseinteilung 2021 umgerechnet.

Wahlkreis 018: Hamburg-Mitte

Wahlbeteiligung: 74,2 (72,2)
SPD: 33,2 (30,9), 28,6 (23,8)
CDU: 13,1 (24,2), 11,2 (23,5)
Grüne: 26 (12,9), 27,9 (14,4)
FDP: 8,1 (6,4), 10,4 (9,3)
AfD: 4,9 (7,3), 5,1 (8)
Linke: 9,1 (13,8), 8,7 (15,0)
Gewählt: Falko Droßmann (SPD)

Wahlkreis 019: Hamburg-Altona

Wahlbeteiligung: 81,3 (78,6)
SPD: 28,6 (28,9), 25,6 (20,4)
CDU: 16,8 (25,9), 14,8 (24,9)
Grüne: 29,6 (14,4), 30,3 (17,9)
FDP: 8,2 (8,6), 10,9 (11,2)
AfD: 3,4 (5,1), 3,3 (5,5)
Linke: 9,7 (13,6), 9 (15,7)
Gewählt: Linda Heitmann (Grüne)

Wahlkreis 020: Hamburg-Eimsbüttel

Wahlbeteiligung: 83,1 (81,1)
SPD: 29,6 (31,6), 28 (22,3)
CDU: 17,1 (28,7), 14,9 (26,9)
Grüne: 29,9 (15), 29,9 (17,0)
FDP: 8,1 (6,8), 11,3 (11,3)
AfD: 3,4 (5,7), 3,5 (5,9)
Linke: 7,1 (10,4), 6,8 (12,4)
Gewählt: Till Steffen (Grüne)

Wahlkreis 021: Hamburg-Nord

Wahlbeteiligung: 84,2 (82,3)
SPD: 30,7 (30,8), 27,9 (21,4)
CDU: 23,8 (33,5), 18,6 (31,3)
Grüne: 25,7 (13,6), 25,2 (14,4)
FDP: 8,6 (8,4), 14,2 (13,9)
AfD: 3,4 (5,5), 3,7 (6,2)
Linke: 4,9 (7,5), 4,7 (9,4)
Gewählt: Dorothee Martin (SPD)

Wahlkreis 022: Hamburg-Wandsbek

Wahlbeteiligung: 74,5 (73,3)
SPD: 38,7 (34,6), 34,3 (26,6)
CDU: 19,2 (29,7), 16,8 (28,9)
Grüne: 15,4 (7,1), 18,6 (10,4)
FDP: 9,1 (7), 11,1 (10,3)
AfD: 6,7 (9,5), 6,5 (9,8)
Linke: 6,2 (9,2), 5,1 (9,8)
Gewählt: Aydan Özoguz (SPD)

Wahlkreis 023: Hamburg-Bergedorf – Harburg

Wahlbeteiligung: 71,3 (70,2)
SPD: 39,3 (34,8), 33,5 (26,2)
CDU: 16,9 (28,1), 16,2 (27,4)
Grüne: 15,5 (7,7), 17,8 (10)
FDP: 8,5 (5,2), 10 (8,6)
AfD: 8,2 (10,9), 8 (11,5)
Linke: 6,7 (10,7), 6,3 (11,2)
Gewählt: Metin Hakverdi (SPD)

Gewählte Landeslistenkandidaten

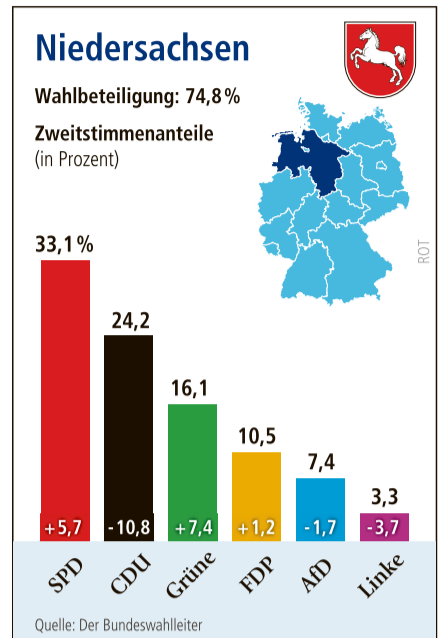
SPD: Niels Annen

CDU: Christoph Ploß, Franziska Hoppermann, Christoph de Vries,

Grüne: Katharina Beck, Emilia Fester,

FDP: Michael Kruse, Ria Schröder
AfD: Bernd Baumann

Linke: Zaklin Nasti



Reihenfolge der Ergebnisse in Prozent: Erststimmen 2021 (2017), Zweitstimmen 2021 (2017). Die Wahlkreisergebnisse von 2017 sind auf die Wahlkreiseinteilung 2021 umgerechnet.

Wahlkreis 024: Aurich – Emden

Wahlbeteiligung: 71,8 (74,5)
SPD: 52,8 (49,6), 43,3 (37,8)
CDU: 17,7 (27,6), 17,7 (28)
Grüne: 9,3 (7,0), 13 (7,4)
FDP: 8,7 (4,9), 8,9 (7,1)
AfD: 0,0 (0,0), 8,2 (9,1)
Linke: 3,6 (6,7), 3,4 (7,2)
Gewählt: Johann Saathoff (SPD)

Wahlkreis 025: Unterems

Wahlbeteiligung: 73,7 (75)
SPD: 28,5 (28), 34 (27,5)
CDU: 44,4 (50), 29,9 (42,4)
Grüne: 9,5 (4,7), 10,7 (5,9)
FDP: 6,2 (4,4), 10,1 (7,8)
AfD: 7,8 (7,7), 8,2 (8,4)
Linke: 2,5 (4,4), 2,7 (5,4)
Gewählt: Gitta Connemann (CDU)

Wahlkreis 026: Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund

Wahlbeteiligung: 71 (73,5)
SPD: 45,4 (39,7), 38 (30,7)
CDU: 22 (32,4), 21,5 (32,8)
Grüne: 10,2 (5,5), 12,8 (7,3)
FDP: 7,1 (5,9), 10,4 (9,4)
AfD: 7,7 (8,3), 8,2 (9,1)
Linke: 2,6 (5,9), 3,1 (7,1)
Gewählt: Siemtje Möller (SPD)

Wahlkreis 027: Oldenburg – Ammerland

Wahlbeteiligung: 76 (77,8)
SPD: 38,2 (36,3), 32 (26,1)
CDU: 19,9 (30,2), 18,6 (30,6)
Grüne: 20,4 (11,4), 23,7 (12,5)
FDP: 7,5 (6,1), 10,2 (10,4)
AfD: 5 (6,7), 5,2 (7,2)
Linke: 5,9 (8,1), 4,8 (9,4)
Gewählt: Dennis Rohde (SPD)

Wahlkreis 028: Delmenhorst – Wesermarsch – Oldenburg-Land

Wahlbeteiligung: 72,2 (74,7)
SPD: 36,7 (32,9), 34,8 (28,2)
CDU: 24,9 (34,1), 22,6 (33,5)
Grüne: 13,1 (7,7), 14,8 (8)
FDP: 10,7 (9), 11,5 (10,1)
AfD: 7,4 (9), 8 (9,7)
Linke: 3,0 (6,1), 3,1 (6,9)
Gewählt: Susanne Mittag (SPD)

Wahlkreis 029: Cuxhaven – Stade II

Wahlbeteiligung: 74,6 (75,5)
SPD: 36,8 (30,7), 35 (27,7)
CDU: 30,1 (42,7), 26,2 (38,5)
Grüne: 11 (6,1), 12,6 (6,9)
FDP: 6,9 (5), 10,1 (8,2)
AfD: 7,3 (8,5), 7,9 (9)
Linke: 1,9 (5,8), 2,6 (6,5)
Gewählt: Daniel Schneider (SPD)

Wahlkreis 030: Stade I – Rotenburg II

Wahlbeteiligung: 76,5 (77,6)
SPD: 31,7 (28,2), 32 (24,5)
CDU: 34,6 (44,4), 26,5 (38,9)
Grüne: 13,2 (7), 14,6 (8,2)
FDP: 8 (5,8), 11,1 (9,6)
AfD: 7,1 (8,3), 7,3 (8,9)
Linke: 2,9 (5,3), 2,9 (6,3)
Gewählt: Oliver Grundmann (CDU)

Wahlkreis 031: Mittelems – Harburg

Wahlbeteiligung: 77,4 (78,1)
SPD: 29,2 (26,4), 30,9 (23,5)
CDU: 40,5 (53,6), 33,8 (49,4)
Grüne: 12,6 (5), 12,5 (6,8)
FDP: 9,7 (5,6), 11,7 (9)
AfD: 5 (5), 5,1 (5,4)
Linke: 2,2 (3,8), 2,2 (4,6)
Gewählt: Albert Stegemann (CDU)

Wahlkreis 032: Cloppenburg – Vechta

Wahlbeteiligung: 73,6 (74,4)
SPD: 20,9 (20,4), 24,8 (17,8)
CDU: 49 (57,7), 38,4 (51,5)
Grüne: 10,6 (4,3), 11,1 (5)
FDP: 8,8 (5,1), 12,1 (9,4)
AfD: 7,8 (7,8), 7,8 (8,1)
Linke: 2,2 (4,1), 2,2 (4,4)
Gewählt: Silvia Breher (CDU)

Wahlkreis 033: Diepholz – Nienburg I

Wahlbeteiligung: 75,6 (76,5)
SPD: 31,9 (27,3), 33 (25,5)

CDU: 33,8 (44,6), 25,3 (37,9)
Grüne: 13,5 (7,7), 14,5 (8,1)
FDP: 9,4 (7), 12,1 (10,5)
AfD: 6,7 (8,1), 7,1 (8,4)
Linke: 2,8 (5,3), 2,7 (6,1)
Gewählt: Axel Knoerig (CDU)

Wahlkreis 034: Osterholz – Verden

Wahlbeteiligung: 76,6 (78)
SPD: 32,5 (32), 32,9 (26,4)
CDU: 33,7 (39,2), 24,1 (34,9)
Grüne: 14,7 (6,7), 16,1 (9,3)
FDP: 9,2 (5,5), 10,4 (8,9)
AfD: 0 (8,6), 7,5 (9,7)
Linke: 4,3 (7,1), 3,5 (7,3)
Gewählt: Andreas Mattfeldt (CDU)

Wahlkreis 035: Rotenburg I – Heidekreis

Wahlbeteiligung: 74,1 (75,6)
SPD: 47,6 (41,2), 34,8 (27,1)
CDU: 26,4 (36,1), 25,1 (37,7)
Grüne: 8,1 (4,8), 13,6 (8)
FDP: 5,9 (4,5), 10,1 (8,5)
AfD: 7,4 (8,2), 8 (9,3)
Linke: 2,4 (4,1), 2,8 (5,9)
Gewählt: Lars Klingbeil (SPD)

Wahlkreis 036: Harburg

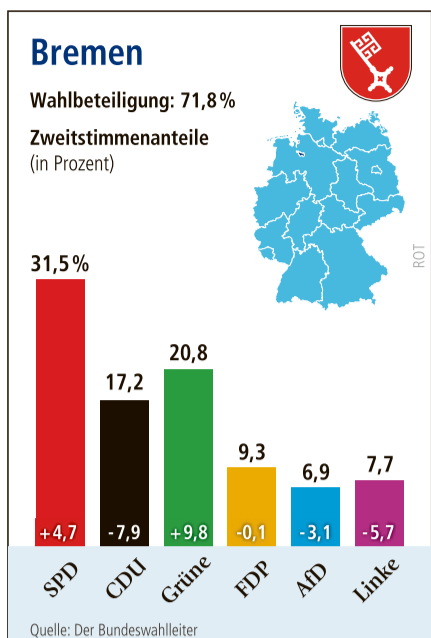
Wahlbeteiligung: 80,1 (81,3)
SPD: 31 (27,4), 29,1 (22)
CDU: 29,1 (40,6), 24,8 (35,9)
Grüne: 15 (9,1), 16,7 (10,2)
FDP: 9 (6,5), 12,7 (11,7)
AfD: 6,9 (9,2), 7,3 (10)
Linke: 2,6 (5,4), 2,9 (6,3)
Gewählt: Svenja Stadler (SPD)

Wahlkreis 037: Lüchow-Dannenberg – Lüneburg

Wahlbeteiligung: 76,2 (78)
SPD: 28,2 (28,1), 29,9 (23,5)
CDU: 24,9 (33,5), 21 (31,3)
Grüne: 25,1 (14,8), 22,1 (13,5)
FDP: 6,9 (6,6), 9,6 (9,2)
AfD: 6,2 (8,7), 6,6 (8,9)
Linke: 3,9 (8,4), 4,6 (9,1)
Gewählt: Jakob Blankenburg (SPD)

Wahlkreis 038: Osnabrück-Land

Wahlbeteiligung: 76 (76)
SPD: 29,7 (28,3), 3



Reihenfolge der Ergebnisse in Prozent: Erststimmen 2021 (2017), Zweitstimmen 2021 (2017). Die Wahlergebnisse von 2017 sind auf die Wahlkreiseinteilung 2021 umgerechnet.

Wahlkreis 054: Bremen I

Wahlbeteiligung: 76,0 (74,5)
 SPD: 30,2 (30,0), 28,9 (24,5)
 CDU: 21,4 (24,2), 17,5 (26)
 Grüne: 21,5 (11,9), 23,9 (12,6)
 FDP: 7,5 (11,2), 9,9 (10,3)
 AfD: 4,9 (7,7), 5,3 (8,3)
 Linke: 8,3 (12,2), 8,5 (14,2)
 Gewählt: Sarah Ryglewski (SPD)

Wahlkreis 055: Bremen II - Bremerhaven

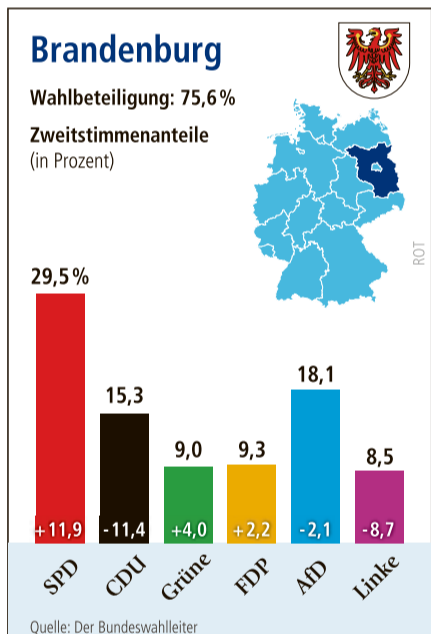
Wahlbeteiligung: 67,0 (66,7)
 SPD: 37,0 (34), 34,8 (29,6)
 CDU: 20,1 (25), 16,9 (23,9)
 Grüne: 14,6 (7,7), 16,8 (9)
 FDP: 6,0 (6,7), 8,5 (8,2)
 AfD: 8,8 (11,4), 8,9 (12,1)
 Linke: 7,4 (11,5), 6,7 (12,5)
 Gewählt: Uwe Schmidt (SPD)

Gewählte Landeslistenkandidaten:

CDU: Thomas Röwekamp

Grüne: Kirsten Kappert-Gonther

FDP: Volker Redder



Reihenfolge der Ergebnisse in Prozent: Erststimmen 2021 (2017), Zweitstimmen 2021 (2017). Die Wahlergebnisse von 2017 sind auf die Wahlkreiseinteilung 2021 umgerechnet.

Wahlkreis 056: Prignitz – Ostprignitz-Ruppin – Havelland I

Wahlbeteiligung: 70,9 (68,3)
 SPD: 33 (23,7), 34 (21,0)
 CDU: 19,4 (30,8), 16 (29,7)
 Grüne: 4,7 (3,0), 6,3 (3,6)
 FDP: 6,1 (3,6), 7,5 (5,5)
 AfD: 19,7 (18), 19,2 (18,7)
 Linke: 9,0 (17,6), 8,1 (16,4)
 Gewählt: Wiebke Papenbrock (SPD)

Wahlkreis 057: Uckermark – Barnim I

Wahlbeteiligung: 71,6 (70,3)
 SPD: 29,6 (19,4), 31,4 (16,9)
 CDU: 17,8 (30,6), 15,3 (28,2)
 Grüne: 5,8 (3,7), 7 (4,1)
 FDP: 8,5 (3,8), 8,1 (5,5)
 AfD: 20,3 (20,2), 19,9 (20,8)
 Linke: 9,5 (18,4), 9,0 (18,6)
 Gewählt: Stefan Zierke (SPD)

Wahlkreis 058: Oberhavel – Havelland II

Wahlbeteiligung: 78,3 (76,1)
 SPD: 26,3 (22,7), 28,6 (18,5)
 CDU: 20,8 (29,9), 17,3 (28,5)
 Grüne: 9,9 (5,3), 10,7 (6,4)
 FDP: 9,0 (5,2), 10,3 (7,6)
 AfD: 16,0 (18,0), 15,9 (18,6)
 Linke: 8,0 (14,7), 6,6 (14,3)
 Gewählt: Ariane Fäischer (SPD)

Wahlkreis 059: Märkisch-Oderland – Barnim II

Wahlbeteiligung: 76,9 (75,1)
 SPD: 24,7 (15,8), 27,9 (15,4)
 CDU: 23,4 (28,4), 15,1 (25,1)
 Grüne: 6,7 (5,4), 8 (4,7)
 FDP: 7 (4,2), 8,6 (6,6)
 AfD: 18,3 (20,2), 18,2 (20,7)
 Linke: 12,5 (22,5), 10,3 (20,7)
 Gewählt: Simona Koß (SPD)

Wahlkreis 060: Brandenburg an der Havel – Potsdam-Mittelmark I – Havelland III – Teltow-Fläming I

Wahlbeteiligung: 72,8 (70,5)

SPD: 32,1 (24,9), 33,3 (20,3)
 CDU: 20,1 (31,9), 15,3 (28,4)
 Grüne: 6,5 (3,7), 8,4 (4,5)
 FDP: 6,4 (4,8), 8,2 (6,7)
 AfD: 16,5 (16,6), 16,4 (17,7)
 Linke: 8,7 (14,9), 8,3 (16,5)
 Gewählt: Sonja Eichwede (SPD)

Wahlkreis 061: Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II

Wahlbeteiligung: 81,9 (79,4)
 SPD: 34,0 (26,4), 27,0 (18,5)
 CDU: 13,8 (24,1), 13,9 (24,3)
 Grüne: 18,8 (8,2), 19,0 (10,1)
 FDP: 8,9 (7,5), 10,7 (9,2)
 AfD: 9,2 (12,2), 9,9 (13,3)
 Linke: 7,8 (16,7), 10,1 (18,3)
 Gewählt: Olaf Scholz (SPD)

Wahlkreis 062: Dahme-Spreewald – Teltow-Fläming III – Oberspreewald-Lausitz I

Wahlbeteiligung: 76,9 (75,4)
 SPD: 26,5 (19,6), 28,5 (17,6)
 CDU: 19,9 (30,7), 16,3 (27)
 Grüne: 7,1 (4,4), 8,4 (4,7)
 FDP: 7,9 (4,8), 9,9 (7,4)
 AfD: 17,6 (20,3), 17,9 (21)
 Linke: 9,1 (16,4), 7,8 (15,8)
 Gewählt: Sylvia Lehmann (SPD)

Wahlkreis 063: Frankfurt (Oder) – Oder-Spree

Wahlbeteiligung: 74,4 (71,9)
 SPD: 28 (17,1), 29,5 (16,5)
 CDU: 16,3 (27,1), 14,1 (24,6)
 Grüne: 6,3 (3,3), 7,1 (4,3)
 FDP: 7,1 (5,1), 8,8 (6,7)
 AfD: 21,5 (21,9), 20,2 (22,1)
 Linke: 11,2 (19,1), 9,6 (19)
 Gewählt: Mathias Papendieck (SPD)

Wahlkreis 064: Cottbus – Spree-Neiße

Wahlbeteiligung: 74,9 (73,9)
 SPD: 27,6 (17), 28,5 (15,2)
 CDU: 16,7 (28,4), 13,8 (24,1)
 Grüne: 3,7 (3,3), 5,5 (3,1)
 FDP: 9 (5,7), 10,7 (7,6)
 AfD: 25,7 (25,3), 24,3 (26,8)
 Linke: 8,8 (15,7), 7,6 (16,5)
 Gewählt: Maja Wallstein (SPD)

Wahlkreis 065: Elbe-Elster – Oberspreewald-Lausitz II

Wahlbeteiligung: 74,2 (73,2)
 SPD: 25,4 (16,7), 28,2 (15,4)
 CDU: 16,2 (29,5), 15 (27,7)
 Grüne: 3,5 (2,9), 4,2 (2,6)
 FDP: 9 (5,4), 9,4 (6,7)
 AfD: 25 (24,7), 25,2 (25,2)
 Linke: 9 (16,2), 7,2 (15,5)
 Gewählt: Hannes Walter (SPD)

Gewählte Landeslistenkandidaten:

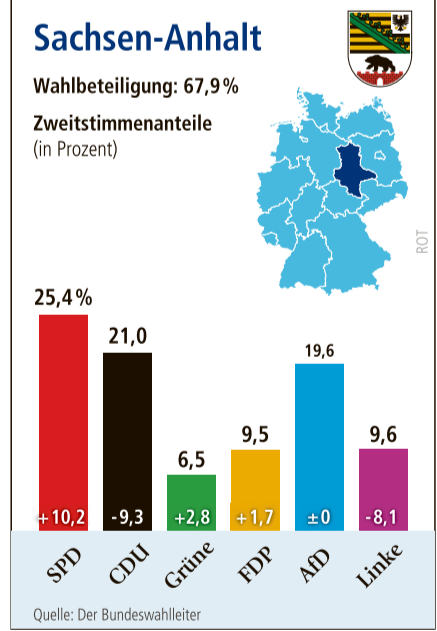
CDU: Knut Abraham, Uwe Feiler, Jens Koeppen, Jana Schimke

Grüne: Annalena Baerbock, Michael Keller

FDP: Friedhelm Boginski, Linda Teuteberg

AfD: Alexander Gauland, Hannes Gnauck, Norbert Kleinwächter, Steffen Kotré, René Springer

Linke: Anke Domscheit-Berg, Christian Görke



Reihenfolge der Ergebnisse in Prozent: Erststimmen 2021 (2017), Zweitstimmen 2021 (2017). Die Wahlergebnisse von 2017 sind auf die Wahlkreiseinteilung 2021 umgerechnet.

Wahlkreis 066: Altmark

Wahlbeteiligung: 68,1 (67,1)
 SPD: 27,5 (19,1), 27,4 (17)
 CDU: 21,8 (32,6), 20,9 (32,8)
 Grüne: 4,3 (3,4), 5,4 (3,3)
 FDP: 8,5 (6,7), 8,7 (7,1)
 AfD: 19,4 (16,5), 19,1 (16,8)
 Linke: 10,4 (19,2), 9,6 (18,5)
 Gewählt: Herbert Wollmann (SPD)

Wahlkreis 067: Börde – Jerichower Land

Wahlbeteiligung: 68,9 (68,2)
 SPD: 26,2 (20), 26,6 (16,2)
 CDU: 25,0 (37,8), 22,3 (32,1)
 Grüne: 4,2 (2,4), 4,9 (2,9)
 FDP: 8,1 (7,6), 9,2 (7,7)
 AfD: 20,3 (0), 20,1 (18,8)
 Linke: 8,7 (20,3), 8,5 (16,6)
 Gewählt: Franziska Kersten (SPD)

Wahlkreis 068: Harz

Wahlbeteiligung: 66,6 (66,6)
 SPD: 25,4 (17,5), 27,2 (16,2)
 CDU: 27,7 (36,4), 22,3 (33,6)
 Grüne: 4,6 (3,2), 5,5 (3,5)
 FDP: 7,4 (4,9), 9,1 (7,0)
 AfD: 18,2 (16,1), 18,1 (16,9)
 Linke: 10,5 (19,2), 9,3 (17,7)
 Gewählt: Heike Brehmer (CDU)

Wahlkreis 069: Magdeburg

Wahlbeteiligung: 68,4 (68,4)
 SPD: 25,3 (21,7), 26,4 (17,1)
 CDU: 22 (27,4), 18,5 (27,8)
 Grüne: 9,3 (4,0), 10,5 (5,3)
 FDP: 7,8 (6,7), 9,4 (7,9)
 AfD: 15,1 (15,3), 15,1 (16,2)
 Linke: 9,7 (18,9), 10,6 (18,7)
 Gewählt: Martin Kröber (SPD)

Wahlkreis 070: Dessau – Wittenberg

Wahlbeteiligung: 67,9 (69,8)
 SPD: 19,5 (12,2), 26,2 (14,3)
 CDU: 34,3 (35,2), 23,5 (31,8)
 Grüne: 6,7 (4,6), 5,7 (3,5)
 FDP: 6,7 (5,0), 9,1 (7,3)
 AfD: 19,3 (19,4), 19,0 (20,0)
 Linke: 7,9 (18,2), 8,5 (17,3)
 Gewählt: Sepp Müller (CDU)

Wahlkreis 071: Anhalt

Wahlbeteiligung: 64,9 (65,9)
 SPD: 20,7 (12,9), 24 (13,9)
 CDU: 23,5 (31,6), 21,7 (30,7)
 Grüne: 3,3 (2,0), 4,0 (2,4)
 FDP: 7,8 (6,3), 9,2 (7,5)
 AfD: 24,2 (22,2), 22,6 (22,2)
 Linke: 14,8 (21,2), 10,4 (17,8)
 Gewählt: Kay-Uwe Ziegler (AfD)

Wahlkreis 072: Halle

Wahlbeteiligung: 70,8 (71)
 SPD: 28,8 (21,3), 23,6 (14,1)
 CDU: 20,7 (27,1), 17,9 (26,5)
 Grüne: 8,5 (3,6), 13,5 (7)
 FDP: 8,1 (6,7), 10,3 (9)
 AfD: 15,3 (17,3), 14,9 (17,8)
 Linke: 13,1 (20,3), 11,7 (19,2)
 Gewählt: Karamba Diaby (SPD)

Wahlkreis 073: Burgenland – Saalekreis

Wahlbeteiligung: 68,3 (68,5)
 SPD: 21,9 (13,1), 22,8 (13,2)
 CDU: 26,3 (33,6), 21,3 (29,9)
 Grüne: 3,4 (2,5), 4 (2,6)
 FDP: 9,5 (6,6), 10,3 (7,8)
 AfD: 26 (23,4), 24,9 (24,6)
 Linke: 10 (16,9), 8,5 (16,3)
 Gewählt: Dieter Stier (CDU)

Wahlkreis 074: Mansfeld

Wahlbeteiligung: 67,0 (67,7)
 SPD: 23,6 (15,2), 24,4 (14,4)
 CDU: 24,9 (31), 21,6 (28,8)
 Grüne: 2,9 (2,6), 3,7 (2,4)
 FDP: 8,4 (8,1), 9,7 (8,1)
 AfD: 25,1 (23,9), 23,9 (23,9)
 Linke: 10,0 (18,1), 8,9 (17,3)
 Gewählt: Robert Farle (AfD)

Gewählte Landeslistenkandidaten:

SPD: Katrin Budde

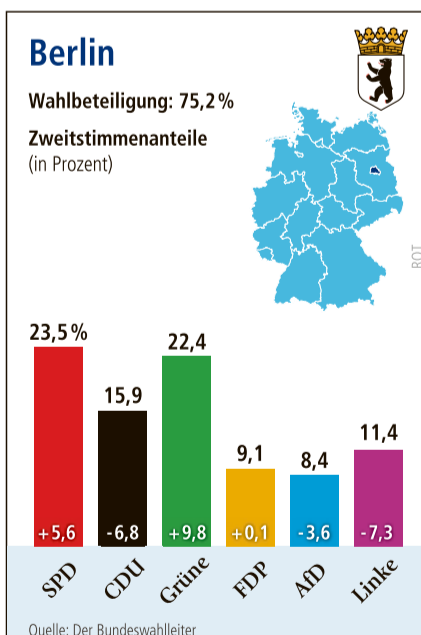
CDU: Tino Sorge

Grüne: Steffi Lemke

FDP: Ingo Bodtke, Marcus Faber

AfD: Martin Reichardt, Jan Wenzel Schmidt

Linke: Jan Korte, Petra Sitte



Reihenfolge der Ergebnisse in Prozent: Erststimmen 2021 (2017), Zweitstimmen 2021 (2017). Die Wahlergebnisse von 2017 sind auf die Wahlkreiseinteilung 2021 umgerechnet.

Wahlkreis 075: Berlin-Mitte

Wahlbeteiligung: 73,5 (73,2)
 SPD: 22,7 (23,5), 21,4 (17,9)
 CDU: 13,3 (18,6), 11,2 (18,6)
 Grüne: 30,5 (18,0), 30,7 (17,2)
 FDP: 6,7 (6,0), 8,8 (8,7)
 AfD: 5,1 (7,9), 5,1 (8,2)
 Linke: 14,2 (20,5), 13,8 (21,5)
 Gewählt: Hanna Steinmüller (Grüne)

Wahlkreis 076: Berlin-Pankow

Wahlbeteiligung: 78,3 (79,5)
 SPD: 21,5 (16,4), 22 (15,6)
 CDU: 12,7 (19,6), 11,7 (19,8)
 Grüne: 25,5 (14,2), 26,4 (14,3)

FDP: 6,9 (4,2), 8,0 (6,6)
 AfD: 8,9 (12,1), 8,8 (12,5)
 Linke: 16,2 (28,8), 13,8 (23,5)
 Gewählt: Stefan Gelbhaar (Grüne)

Wahlkreis 077: Berlin-Reinickendorf

Wahlbeteiligung: 72,8 (75,2)
 SPD: 25,8 (23,6), 25,0 (20,0)
 CDU: 27,2 (36,8), 24,1 (31,0)
 Grüne: 14 (7,9), 15,5 (9,1)
 FDP: 8,7 (7,2), 10,7 (11,4)
 AfD: 9,8 (13,2), 9,8 (13,7)
 Linke: 4,9 (7,7), 4,6 (8,5)
 Gewählt: Monika Grütters (CDU)

Wahlkreis 078: Berlin-Spandau – Charlottenburg Nord

Wahlbeteiligung: 70,0 (72,0)
 SPD: 32,8 (32,1), 27,8 (22,7)
 CDU: 23,5 (30,9), 21,3 (28,1)
 Grüne: 11,9 (6,2), 14,5 (8,5)
 FDP: 8,5 (6,4), 10,1 (9,9)
 AfD: 10,1 (13,4), 10,4 (14,1)
 Linke: 5,5 (7,6), 5,1 (9,8)
 Gewählt: Helmut Kleebank (SPD)

Wahlkreis 079: Berlin-Steglitz-Zehlendorf

Wahlbeteiligung: 81,4 (81,7)
 SPD: 24,9 (24,6), 24,5 (19,2)
 CDU: 28 (35,4), 22,9 (29,8)
 Grüne: 22,2 (12,7), 22,6 (14,2)
 FDP: 9,1 (9,1), 12,7 (14,2)
 AfD: 5,3 (8,2), 5,7 (8,8)
 Linke: 4,3 (7,5), 4,7 (9,1)
 Gewählt: Thomas Heilmann (CDU)

Wahlkreis 080: Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf

Wahlbeteiligung: 78,9 (79,5)
 SPD: 27,9 (27,6), 24,1 (19,4)
 CDU: 22,3 (30,2), 19 (25,6)
 Grüne: 24,4 (13,6), 26,3 (15,8)
 FDP: 9,7 (9,2), 13,1 (14,9)
 AfD: 4,3 (7,5), 4,8 (7,9)
 Linke: 5,7 (9,4), 6,5 (11,7)
 Gewählt: Michael Müller (SPD)

Wahlkreis 081: Berlin-Tempelhof-Schöneberg

Wahlbeteiligung: 76,9 (77)
 SPD: 27,1 (22), 24,8 (20,2)
 CDU: 21,9 (28,9), 18,2 (25)
 Grüne: 25,1 (18,9), 25,2 (15,6)
 FDP: 7,3 (6,4), 9,5 (10,4)
 AfD: 5,7 (9,1), 6,2 (9,6)
 Linke: 6,1 (10,8), 7,5 (13,2)
 Gewählt: Kevin Kühnert (SPD)

Wahlkreis 082: Berlin-Neukölln

Wahlbeteiligung: 70,9 (70,8)
 SPD: 26 (26,8), 24,1 (19,5)
 CDU: 18,7 (24,5), 16,6 (22,3)
 Grüne: 19,9 (11), 22,7 (13)
 FDP: 6,3 (5,1), 7,1 (7,7)
 AfD: 7,4 (10,7), 7,4 (11,2)
 Linke: 13,1 (16,4), 11,9 (18,2)
 Gewählt: Hakan Demir (SPD)

Wahlkreis 083: Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost

Wahlbeteiligung: 78,4 (77,6)
 SPD: 17,4 (16,9), 19,2 (15,9)
 CDU: 7,7 (12,2), 7,0 (13,9)
 Grüne: 37,8 (26,3), 36,7 (20,4)
 FDP: 5,4 (3,1), 6,4 (5,9)
 AfD: 3,9 (6,2), 4,1 (6,3)
 Linke: 17,7 (24,9), 18,1 (28,5)
 Gewählt: Canan Bayram (Grüne)

Wahlkreis 084: Berlin-Treptow-Köpenick

Wahlbeteiligung: 76,6 (76,6)
 SPD: 15,4 (13,8), 23,4 (15,5)
 CDU: 13,5 (18,9), 13,2 (20,2)
 Grüne: 10,3 (5), 16,1 (7,8)
 FDP: 5,9 (3,8), 8,1 (6,5)
 AfD: 11,4 (15), 12,3 (16,9)
 Linke: 35,4 (39,9), 16 (25,1)
 Gewählt: Gregor Gysi (Linke)

Wahlkreis 085: Berlin-Marzahn-Hellersdorf

Wahlbeteiligung: 68,9 (69,3)
 SPD: 14,8 (12,6), 23,4 (14,5)
 CDU: 29,4 (22,3), 16,4 (20,9)
 Grüne: 6,2 (3,2), 8,6 (4,1)
 FDP: 4,6 (3,5), 7,3 (5,3)
 AfD: 15,6 (20,6), 16,9 (21,6)
 Linke: 21,9 (34,2), 15,9 (26,1)
 Gewählt: Mario Czaja (CDU)

Wahlkreis 086: Berlin-Lichtenberg

Wahlbeteiligung: 72,5 (72,6)
 SPD: 19,6 (14,1), 23,2 (14,9)
 CDU: 12,4 (19,7), 11,8 (18,5)
 Grüne: 13,6 (5,9), 15,5 (6,7)
 FDP: 6,1 (3,4), 7 (5,3)
 AfD: 12,2 (15,7), 12,5 (16,7)
 Linke: 25,8 (34,8), 18,2 (29,3)
 Gew

Linke: – (6,8), 3,8 (7,4)
Gewählt: Günter Krings (CDU)

Wahlkreis 110: Krefeld I – Neuss II

Wahlbeteiligung: 77,9 (77,2)
SPD: 25,5 (25,5), 25,5 (22,1)
CDU: 33,4 (42,4), 29,5 (35,6)
Grüne: 15,8 (6,6), 15,5 (7,1)
FDP: 12,2 (11,5), 14,3 (17,4)
AfD: 5,9 (7,3), 6,0 (7,9)
Linke: 2,8 (5,1), 3,0 (6,4)
Gewählt: Ansgar Heveling (CDU)

Wahlkreis 111: Viersen

Wahlbeteiligung: 77,1 (76,2)
SPD: 27,6 (25,0), 26,7 (22,3)
CDU: 35,8 (47,9), 30,4 (38,1)
Grüne: 14,1 (6,7), 14,8 (6,7)
FDP: 8,7 (8,3), 12,8 (11,6)
AfD: 5,9 (7), 6,0 (7,5)
Linke: 3,2 (5,1), 3,0 (6,0)
Gewählt: Martin Plum (CDU)

Wahlkreis 112: Kleve

Wahlbeteiligung: 75,9 (74,8)
SPD: 28,4 (30,6), 28,2 (23,5)
CDU: 37,6 (45,0), 32,3 (41,6)
Grüne: 13,9 (4,9), 13,9 (6)
FDP: 8,7 (7,6), 11,5 (13,5)
AfD: 5,8 (6,6), 5,7 (6,9)
Linke: 2,5 (4,2), 2,8 (5,6)
Gewählt: Stefan Rouenhoff (CDU)

Wahlkreis 113: Wesel I

Wahlbeteiligung: 77,9 (77,4)
SPD: 34,2 (32,8), 33,4 (28,7)
CDU: 29,8 (39), 26,7 (33,7)
Grüne: 12,5 (5,5), 12,9 (6,1)
FDP: 9,1 (8,0), 10,8 (12,4)
AfD: 6,8 (8,6), 6,9 (9)
Linke: 2,9 (6,0), 3,2 (6,7)
Gewählt: Rainer Johannes Keller (SPD)

Wahlkreis 114: Krefeld II – Wesel II

Wahlbeteiligung: 74,9 (74,6)
SPD: 35,2 (32,0), 31,8 (27,7)
CDU: 28,4 (37), 24,7 (30,9)
Grüne: 13,4 (6,1), 15 (7,0)
FDP: 8,4 (8,2), 11,4 (13,6)
AfD: 7,0 (8,5), 7,0 (9,2)
Linke: 3,1 (5,6), 3,6 (7,6)
Gewählt: Jan Dieren (SPD)

Wahlkreis 115: Duisburg I

Wahlbeteiligung: 72,6 (72,4)
SPD: 40,3 (38,3), 35,1 (31,7)
CDU: 20,7 (28,7), 19,7 (25,7)
Grüne: 14,3 (5,6), 15,2 (6,6)
FDP: 7 (7), 9,0 (10,4)
AfD: 9,5 (11,5), 8,3 (11,3)
Linke: 4,7 (6,9), 4,7 (8,7)
Gewählt: Bärbel Bas (SPD)

Wahlkreis 116: Duisburg II

Wahlbeteiligung: 63,3 (64,7)
SPD: 39,4 (34,7), 36,9 (34,1)
CDU: 20 (26,4), 18,7 (22,4)
Grüne: 10,9 (4,6), 10,6 (4,4)
FDP: 7,1 (7), 8,1 (8,2)
AfD: 13,8 (16,6), 12,2 (15,5)
Linke: 5,1 (8,9), 4,6 (8,4)
Gewählt: Mahmut Özdemir (SPD)

Wahlkreis 117: Oberhausen – Wesel III

Wahlbeteiligung: 72,9 (73,4)
SPD: 38,8 (38,5), 36,8 (33)
CDU: 22,5 (29,1), 21,4 (26,3)
Grüne: 11,9 (5,6), 12,5 (5,5)
FDP: 7,0 (6,3), 9,4 (10)
AfD: 9,5 (12,3), 9,1 (12,5)
Linke: 3,4 (7,6), 3,9 (8,3)
Gewählt: Dirk Vöpel (SPD)

Wahlkreis 118: Mülheim – Essen I

Wahlbeteiligung: 76,4 (76,1)
SPD: 36,3 (34,9), 33,3 (29,5)
CDU: 24 (31,3), 23,6 (28,1)
Grüne: 14,1 (6,2), 14,6 (6,7)
FDP: 8,6 (9,0), 11,0 (12,9)
AfD: 8,5 (11,5), 8,0 (11,4)
Linke: 2,7 (6,5), 3,2 (7,4)
Gewählt: Sebastian Fiedler (SPD)

Wahlkreis 119: Essen II

Wahlbeteiligung: 67,5 (67,6)
SPD: 37,8 (37,3), 33,9 (31,8)
CDU: 22,8 (26,6), 20,2 (23,4)
Grüne: 12,1 (5,4), 13,4 (6,2)
FDP: 6,7 (6,6), 9,1 (9,7)
AfD: 11,5 (15,8), 11,0 (15,0)
Linke: 4,2 (7,9), 4,3 (8,9)
Gewählt: Dirk Heidenblut (SPD)

Wahlkreis 120: Essen III

Wahlbeteiligung: 80,3 (79,5)
SPD: 30,0 (30,8), 28 (24,7)
CDU: 30,7 (37,1), 24,4 (30,1)
Grüne: 18,9 (8,2), 20,2 (9,4)
FDP: 7,2 (8,3), 11,8 (15,1)
AfD: 5,4 (8,1), 5,5 (8,4)
Linke: 3,3 (6,5), 4 (8,3)
Gewählt: Matthias Hauer (CDU)

Wahlkreis 121: Recklinghausen I

Wahlbeteiligung: 73,7 (73,2)
SPD: 41,0 (38,7), 35,2 (31,6)
CDU: 25,6 (30,9), 23,2 (28,6)
Grüne: 10,6 (5), 12,6 (5,8)
FDP: 7 (7,2), 9,9 (10,3)
AfD: 9,2 (11,4), 9,1 (12)
Linke: 3,0 (6,6), 3,5 (7,3)
Gewählt: Frank Schwabe (SPD)

Wahlkreis 122: Recklinghausen II

Wahlbeteiligung: 74 (74,3)
SPD: 37,4 (41,1), 35,5 (31,7)
CDU: 28,1 (34,5), 24,6 (29,4)
Grüne: 10,9 (4,7), 11,4 (5,2)
FDP: 8,3 (10,2), 9,9 (10,6)
AfD: 9,6 (–), 9,2 (12,5)

Linke: 2,8 (8,4), 3,0 (6,6)
Gewählt: Brian Nickholz (SPD)

Wahlkreis 123: Gelsenkirchen

Wahlbeteiligung: 66,7 (68,2)
SPD: 40,5 (38,3), 37,1 (33,5)
CDU: 19,8 (25,4), 19,9 (22,4)
Grüne: 10,2 (4,6), 10,0 (4,6)
FDP: 8,1 (6,7), 8,7 (9,2)
AfD: 14,0 (16,9), 12,8 (17,0)
Linke: 3,2 (6,5), 3,5 (7,4)
Gewählt: Markus Töns (SPD)

Wahlkreis 124: Steinfurt I – Borken I

Wahlbeteiligung: 77,5 (76,5)
SPD: 28,3 (25,8), 28,7 (23,1)
CDU: 40,0 (51,3), 33,8 (43,9)
Grüne: 12,0 (5,3), 13,2 (6)
FDP: 9,3 (6,6), 11,4 (12,6)
AfD: 5,4 (6), 5,4 (6,3)
Linke: 2,4 (4,9), 2,9 (5,5)
Gewählt: Jens Spahn (CDU)

Wahlkreis 125: Bottrop – Recklinghausen III

Wahlbeteiligung: 74,6 (74,9)
SPD: 39 (36,8), 34,9 (31,2)
CDU: 27,1 (33,6), 25 (29,9)
Grüne: 10,3 (4,4), 11,1 (4,8)
FDP: 7,7 (6,5), 9,9 (10,5)
AfD: 9,6 (11,8), 9,4 (12,4)
Linke: 2,6 (6,3), 3 (6,8)
Gewählt: Michael Gerdes (SPD)

Wahlkreis 126: Borken II

Wahlbeteiligung: 80,6 (79,1)
SPD: 25,4 (25,3), 26,2 (21,5)
CDU: 43,7 (52,3), 36,6 (47)
Grüne: 12,4 (6,7), 13,5 (5,9)
FDP: 8,3 (9,1), 11,8 (13,1)
AfD: 4,9 (–), 4,8 (6)
Linke: 2,4 (4,5), 2,4 (4,2)
Gewählt: Anne König (CDU)

Wahlkreis 127: Coesfeld – Steinfurt II

Wahlbeteiligung: 82,8 (81,3)
SPD: 25,1 (23,5), 26,6 (21)
CDU: 40,9 (51,6), 34,5 (44)
Grüne: 16,9 (8,2), 15,9 (7,5)
FDP: 7,8 (10,5), 11,2 (13,6)
AfD: 4,5 (–), 4,6 (6,1)
Linke: 2,7 (6,2), 2,6 (5,4)
Gewählt: Marc Henrichmann (CDU)

Wahlkreis 128: Steinfurt III

Wahlbeteiligung: 79,6 (78)
SPD: 31,1 (30,3), 32,7 (27,6)
CDU: 34 (44,8), 27,5 (37,8)
Grüne: 15,5 (6,5), 15,5 (7,3)
FDP: 7,4 (5,6), 10,4 (11,4)
AfD: 5,7 (6,3), 6,0 (6,8)
Linke: 3,0 (5,6), 3,1 (6,4)
Gewählt: Anja Karliczek (CDU)

Wahlkreis 129: Münster

Wahlbeteiligung: 83,9 (82,3)
SPD: 24,1 (28,9), 23,5 (20,9)
CDU: 26,2 (37,2), 22,4 (32,8)
Grüne: 32,3 (12,8), 30,7 (14,6)
FDP: 6,7 (7), 10,6 (13,5)
AfD: 2,7 (4,5), 2,9 (4,9)
Linke: 3,6 (6,9), 5 (10,1)
Gewählt: Maria Klein-Schmeink (Grüne)

Wahlkreis 130: Warendorf

Wahlbeteiligung: 79,4 (78)
SPD: 30,8 (27,9), 29 (24)
CDU: 36,3 (46,4), 31,4 (40,3)
Grüne: 12,9 (5,5), 14,2 (6,7)
FDP: 7,8 (7), 11,1 (13,1)
AfD: 6,2 (6,9), 6,4 (7,4)
Linke: 2,5 (4,8), 2,7 (5,5)
Gewählt: Henning Rehbaum (CDU)

Wahlkreis 131: Gütersloh I

Wahlbeteiligung: 76,8 (75,4)
SPD: 25,8 (28), 26,6 (22,9)
CDU: 40,0 (46,6), 29,4 (38,4)
Grüne: 12,8 (5,7), 15,9 (7,9)
FDP: 7,6 (6,5), 11,9 (13,1)
AfD: 7,2 (8,0), 7,5 (8,6)
Linke: 2,4 (4,3), 2,9 (6,1)
Gewählt: Ralph Brinkhaus (CDU)

Wahlkreis 132: Bielefeld – Gütersloh II

Wahlbeteiligung: 76,3 (75,6)
SPD: 30,0 (33,2), 27,2 (25,4)
CDU: 22,3 (30,7), 20,3 (27,6)
Grüne: 21,8 (9,6), 21,8 (11,1)
FDP: 9,7 (7,3), 11,2 (11,6)
AfD: 6,7 (8,2), 6,8 (8,9)
Linke: 5,4 (9), 6,2 (11,1)
Gewählt: Wiebke Esdar (SPD)

Wahlkreis 133: Herford – Minden-Lübbecke II

Wahlbeteiligung: 75,1 (73,7)
SPD: 36,5 (36,7), 31,6 (28,7)
CDU: 26,7 (35,8), 23,5 (31,7)
Grüne: 10,7 (5,1), 13,4 (6,9)
FDP: 8,3 (5,6), 11,8 (11,5)
AfD: 9,4 (10,0), 9,6 (10,8)
Linke: 3,2 (5,6), 3,6 (6,9)
Gewählt: Stefan Schwartze (SPD)

Wahlkreis 134: Minden-Lübbecke I

Wahlbeteiligung: 75,8 (74,0)
SPD: 38,4 (37,4), 32,6 (29,4)
CDU: 26,2 (35,5), 23,6 (32,8)
Grüne: 10,5 (4,9), 13 (6,4)
FDP: 8,2 (7,1), 11,5 (11,3)
AfD: 8,9 (9,9), 9,2 (10,6)
Linke: 2,6 (5,3), 3,2 (6,3)
Gewählt: Achim Post (SPD)

Wahlkreis 135: Lippe I

Wahlbeteiligung: 76,8 (75,4)
SPD: 30,7 (31,9), 31,4 (27,6)
CDU: 26,2 (36,1), 22,8 (31,2)
Grüne: 15,8 (6,7), 13,6 (7,4)

FDP: 9,8 (8,1), 11,8 (12,4)
AfD: 9,5 (9,9), 9,8 (10,8)
Linke: 3,1 (5,8), 3,8 (7,0)
Gewählt: Jürgen Berghahn (SPD)

Wahlkreis 136: Höxter – Lippe II

Wahlbeteiligung: 77,9 (76,2)
SPD: 28,0 (24,8), 27,2 (23,5)
CDU: 40,1 (48,1), 32,5 (39,8)
Grüne: 9,5 (5,0), 11,1 (5,6)
FDP: 7,1 (6,7), 11,6 (12,6)
AfD: 8,5 (9,2), 8,7 (9,6)
Linke: 2,5 (4,8), 2,8 (5,7)
Gewählt: Christian Haase (CDU)

Wahlkreis 137: Paderborn – Gütersloh III

Wahlbeteiligung: 77,0 (75,0)
SPD: 19 (19,7), 22,1 (18,7)
CDU: 47,9 (53,6), 33,0 (40,8)
Grüne: 13,0 (6,1), 15,2 (7,4)
FDP: 5,6 (5,4), 12,4 (13,4)
AfD: 7,4 (9,0), 8,1 (9,9)
Linke: 3,1 (5,2), 3,3 (6,7)
Gewählt: Carsten Linnemann (CDU)

Wahlkreis 138: Hagen – Ennepe-Ruhr-Kreis I

Wahlbeteiligung: 71,8 (72,4)
SPD: 33,3 (39,2), 33,0 (29,3)
CDU: 26,4 (30,3), 23,8 (28,9)
Grüne: 12,5 (3,9), 12,0 (5,8)
FDP: 9,4 (7,9), 11,3 (12,6)
AfD: 10,1 (11,3), 9,6 (11,8)
Linke: 3,2 (5,4), 3,4 (7,2)
Gewählt: Timo Schisanowski (SPD)

Wahlkreis 139: Ennepe-Ruhr-Kreis II

Wahlbeteiligung: 78,0 (77,1)
SPD: 35,4 (36,7), 33,7 (29,9)
CDU: 24,6 (32,9), 22,0 (27,3)
Grüne: 16,0 (8,6), 16,6 (8,2)
FDP: 8,5 (10,5), 10,6 (12,7)
AfD: 7,2 (–), 7,1 (9,7)
Linke: 2,7 (8,0), 3,7 (8,1)
Gewählt: Axel Echeverria (SPD)

Wahlkreis 140: Bochum I

Wahlbeteiligung: 76,4 (76,0)
SPD: 38,3 (37,2), 32,7 (29,7)
CDU: 21,7 (28,2), 19,4 (25,4)
Grüne: 18,6 (7,7), 20 (8,9)
FDP: 9,0 (7,0), 9,5 (11,2)
AfD: – (9,5), 6,7 (9,8)
Linke: 6,2 (10,0), 5,4 (10,2)
Gewählt: Axel Schäfer (SPD)

Wahlkreis 141: Herne – Bochum II

Wahlbeteiligung: 70,8 (71,4)
SPD: 43,5 (41,9), 38,2 (34,2)
CDU: 19,8 (24,1), 19,0 (23,4)
Grüne: 11,7 (5,6), 12,6 (5,9)
FDP: 6,9 (6,7), 8,7 (9,1)
AfD: 9,8 (13,4), 9,8 (13,4)
Linke: 3,8 (8), 4,1 (8,6)
Gewählt: Michelle Müntefering (SPD)

Wahlkreis 142: Dortmund I

Wahlbeteiligung: 75,4 (73,9)
SPD: 33,0 (38,8), 32,4 (30)
CDU: 19,4 (28,6), 17,9 (24,5)
Grüne: 17,0 (7,3), 20,6 (9,5)
FDP: 6,7 (5,9), 9,4 (11,1)
AfD: 6,8 (9,5), 6,9 (9,8)
Linke: 3,8 (7,7), 4,9 (10,0)
Gewählt: Jens Peick (SPD)

Wahlkreis 143: Dortmund II

Wahlbeteiligung: 72,2 (70,7)
SPD: 39,1 (38,8), 35,8 (32,7)
CDU: 20,3 (28,1), 19,4 (24,5)
Grüne: 14,8 (6,4), 15,2 (7,2)
FDP: 7,2 (6,4), 9,5 (10,8)
AfD: 8,3 (10,6), 7,9 (9,9)
Linke: 4,1 (8,6), 4,5 (10,1)
Gewählt: Sabine Poschmann (SPD)

Wahlkreis 144: Unna I

Wahlbeteiligung: 76,1 (76,2)
SPD: 40,8 (38,8), 36,4 (33,6)
CDU: 25,1 (31,8), 21,8 (27,2)
Grüne: 13,9 (6,4), 13,6 (6,9)
FDP: 6,2 (6,4), 10,4 (11,5)
AfD: 8,0 (9,1), 7,8 (9,8)
Linke: 3,2 (5,4), 3,5 (6,9)
Gewählt: Oliver Kaczmarek (SPD)

Wahlkreis 145: Hamm – Unna II

Wahlbeteiligung: 73,0 (72,9)
SPD: 40,6 (36,4), 35,4 (31,5)
CDU: 26,5 (35,2), 24,2 (30,3)
Grüne: 10,2 (4,4), 11,4 (5,3)
FDP: 7,2 (5,9), 10,0 (10,4)
AfD: 9,3 (10,4), 9,3 (11,2)
Linke: 3,8 (5,9), 3,4 (7,0)
Gewählt: Michael Thews (SPD)

Wahlkreis 146: Soest

Wahlbeteiligung: 77,3 (75,1)
SPD: 30,8 (29,3), 28,7 (25,0)
CDU: 33,1 (42,7), 29,1 (36,3)
Grüne: 12,5 (5,5), 13,5 (6,2)
FDP: 10 (7,9), 11,8 (13,5)
AfD: 7,9 (8,9), 8,0 (9,3)
Linke: 3,1 (5,7), 3,1 (6,8)
Gewählt: Hans-Jürgen Thies (CDU)

Wahlkreis 147: Hochsauerlandkreis

Wahlbeteiligung: 78,1 (76)
SPD: 32,2 (26,9), 28,7 (22,8)
CDU: 40,4 (48), 33,5 (41,7)
Grüne: 8,0 (4,2), 10,0 (4,7)
FDP: 7,0 (8,4), 12,0 (14,3)
AfD: 6,5 (7,3), 7,4 (8)
Linke: 1,7 (4,2), 2,6 (5,4)
Gewählt: Friedrich Merz (CDU)

Wahlkreis 148: Siegen-Wittgenstein

Wahlbeteiligung: 78,1 (76,2)
SPD: 30,4 (30,2), 31,3 (26,4)

CDU: 33,6 (40,1), 26,2 (34)
Grüne: 10,3 (4,3), 11,1 (5,5)
FDP: 8,5 (7,3), 11,6 (11,9)
AfD: 9 (9,8), 9,1 (10,7)
Linke: 3,0 (5,9), 3,6 (7,8)
Gewählt: Volkmar Klein (CDU)

Wahlkreis 149: Olpe – Märkischer Kreis I

Wahlbeteiligung: 76,1 (73,8)
SPD: 29,6 (26,3), 27,6 (23,3)
CDU: 37,1 (47,9), 32,8 (40,6)
Grüne: 8,9 (3,4), 9,9 (4,5)
FDP: 10,4 (8,8), 12,5 (13,7)
AfD: 8,5 (8,8), 8,5 (9,2)
Linke: 2,6 (4,8), 2,7 (5,4)
Gewählt: Florian Müller (CDU)

Wahlkreis 150: Märkischer Kreis II

Wahlbeteiligung: 73,4 (73,5)
SPD: 30,4 (38,6), 29,6 (25,8)
CDU: 33,6 (37,8), 28,3 (34)
Grüne: 9 (3,8), 10,4 (4,9)
FDP: 8,9 (10,7), 12,0 (13,4)
AfD: 9,1 (–), 9,2 (11,6)
Linke: 3,3 (7,8), 3,4 (6,5)
Gewählt: Paul Ziemiak (CDU)

Gewählte Landeslistenkandidaten:

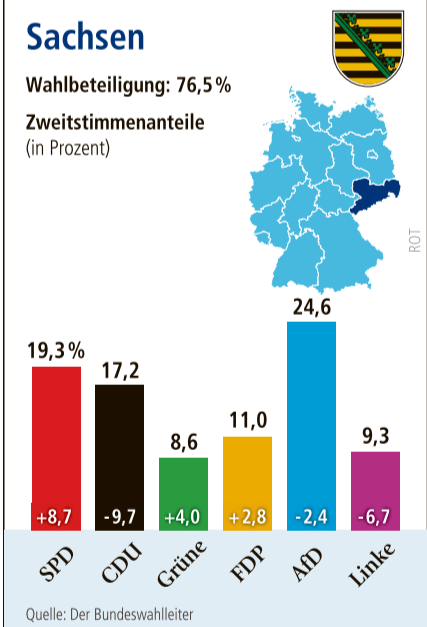
SPD: Dagmar Andres, Nezahat Baradari, Jürgen Coße, Bernhard Daldrup, Kerstin Griese, Sebastian Hartmann, Wolfgang Hellmich, Nadine Heselhaus, Sarah Lahrkamp, Luiza Licina-Bode, Bettina Lugk, Zanda Martens, Dietmar Nietan, Ye-One Rhie, Jessica Rosenthal, Udo Schiefner, Svenja Schulze, Dirk Wiese, Gülistan Yüksesel

CDU: Michael Breilmann, Serap Güler, Hubert Hüppe, Armin Laschet, Stefan Nacke, Kerstin Radomski, Catarina dos Santos Firnhaber, Astrid Timmermann-Fechter, Kerstin Vieregge, Oliver Vogt, Sabine Weiss
Grüne: Maik Außendorf, Felix Banaszak, Lukas Benner, Janosch Dahmen, Katharina Dröge, Schahina Gambir, Kai Gehring, Jan-Niclas Gesenhues, Sabine Grützmacher, Britta Haßelmann, Kathrin Henneberger, Lamya Kaddor, Laura Kraft, Markus Kurth, Anja Liebert, Max Lucke, Irene Michael, Sara Nanni, Ophelia Nick, Michael Sacher, Ulle Schauws, Nyke Slawik, Anne Monika Spallek, Robin Wagener

FDP: Marco Buschmann, Karlheinz Busen, Carl-Julius Cronenberg, Bijan Djiir-Sarai, Otto Fricke, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Alexander Graf Lambsdorff, Christian Lindner, Bernd Reuther, Christian Sauter, Frank Schäffler, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Jens Teutrine, Manfred Totenhäuser, Johannes Vogel, Nicole Westig

AfD: Roger Friedrich Nikolaus Beckamp, Michael Espendiller, Kay Gottschalk, Jochen Haug, Matthias Helferich, Fabian Jacobi, Stefan Keuter, Rüdiger Lucassen, Martin Erwin Renner, Eugen Schmidt, Jörg Schneider, Harald Weyel

Linke: Matthias W. Birkwald, Sevim Dağdelen, Andrej Hunko, Christian Leye, Kathrin Vogler, Sahra Wagenknecht



Reihenfolge der Ergebnisse in Prozent: Erststimmen 2021 (2017), Zweitstimmen 2021 (2017). Die Wahlergebnisse von 2017 sind auf die Wahlkreiseinteilung 2021 umgerechnet.

Wahlkreis

FDP: 8,6 (5,3), 12,7 (10,8)
AfD: 15,2 (17,6), 13,3 (15,8)
Linke: 2,9 (4,8), 2,8 (5,8)
Gewählt: Michael Brand (CDU)

Wahlkreis 175: Main-Kinzig – Wetterau II – Schotten

Wahlbeteiligung: 76,9 (77,1)
SPD: 30,5 (28,3), 27,4 (23,6)
CDU: 27,5 (36,4), 24,2 (31,7)
Grüne: 9,4 (5,4), 11,1 (7,1)
FDP: 11,2 (6,1), 12,6 (10,4)
AfD: 13 (14,8), 12,6 (15,4)
Linke: 3,0 (5,9), 3,2 (6,6)
Gewählt: Bettina Müller (SPD)

Wahlkreis 176: Hochtaunus

Wahlbeteiligung: 80,1 (80,6)
SPD: 27,0 (23,0), 24,6 (20,0)
CDU: 31,3 (39,9), 26,2 (33,5)
Grüne: 15,3 (8,9), 15,8 (9,7)
FDP: 11,3 (10,4), 15,4 (15,0)
AfD: 7,5 (10,4), 7,8 (11,2)
Linke: 2,6 (5,9), 3,1 (6,6)
Gewählt: Markus Koob (CDU)

Wahlkreis 177: Wetterau I

Wahlbeteiligung: 78,5 (78,7)
SPD: 29,7 (29), 26,2 (22,7)
CDU: 28,3 (36,4), 23,6 (32)
Grüne: 13,9 (8,3), 16,0 (9,5)
FDP: 11,0 (8,1), 13,9 (12,7)
AfD: 8,3 (10,9), 8,5 (11,6)
Linke: 2,9 (4,9), 3,6 (6,7)
Gewählt: Natalie Pawlik (SPD)

Wahlkreis 178: Rheingau-Taunus – Limburg

Wahlbeteiligung: 78,1 (78,8)
SPD: 28,5 (25,3), 25,6 (20,7)
CDU: 30,2 (41,8), 26,1 (34,6)
Grüne: 14,4 (7), 14,9 (8,9)
FDP: 10,7 (7,6), 13,9 (13,2)
AfD: 8,0 (10,2), 8,5 (11,9)
Linke: 2,7 (5,5), 3,2 (6,4)
Gewählt: Klaus-Peter Willisch (CDU)

Wahlkreis 179: Wiesbaden

Wahlbeteiligung: 73,0 (73,8)
SPD: 25,8 (28,6), 24,9 (21,2)
CDU: 26,3 (34,3), 21,1 (29)
Grüne: 19,2 (8,9), 19,9 (11,8)
FDP: 10,4 (7), 14,0 (13,3)
AfD: 6,8 (10,4), 7,1 (11,2)
Linke: 4,9 (7,7), 5,3 (9,5)
Gewählt: Ingmar Jung (CDU)

Wahlkreis 180: Hanau

Wahlbeteiligung: 74,6 (75,6)
SPD: 31,1 (30,4), 27,6 (23,5)
CDU: 27,8 (35,3), 22,5 (29,6)
Grüne: 12,4 (6,1), 14,1 (8,6)
FDP: 10,1 (6,4), 13,2 (11,5)
AfD: 10,3 (12,8), 10,2 (14,1)
Linke: 3,4 (5,8), 3,8 (7,6)
Gewählt: Jan Lennard Oehl (SPD)

Wahlkreis 181: Main-Taunus

Wahlbeteiligung: 80,6 (81,4)
SPD: 22,8 (21,8), 22,1 (18,1)
CDU: 33,3 (41,9), 27 (34,6)
Grüne: 16,9 (9,1), 17,1 (10,5)
FDP: 13,0 (10,9), 16,9 (16,7)
AfD: 6,8 (9,7), 6,7 (10,3)
Linke: 2,7 (5,0), 3,0 (6,0)
Gewählt: Norbert Maria Altenkamp (CDU)

Wahlkreis 182: Frankfurt am Main I

Wahlbeteiligung: 72,1 (72,5)
SPD: 29,0 (27,1), 22,6 (20,8)
CDU: 21,7 (30,5), 18,0 (26,0)
Grüne: 18,8 (10,9), 23,5 (13,6)
FDP: 11,4 (9,2), 14,9 (14,0)
AfD: 5,5 (9,0), 5,5 (9,3)
Linke: 8,8 (9,7), 7,2 (12)
Gewählt: Armand Zorn (SPD)

Wahlkreis 183: Frankfurt am Main II

Wahlbeteiligung: 77,0 (77,0)
SPD: 23,3 (25,9), 22,3 (19,6)
CDU: 22,5 (32,4), 18,2 (26,8)
Grüne: 29 (13,5), 25,6 (15,5)
FDP: 11,4 (8,1), 14,7 (14,3)
AfD: 4,6 (7,6), 4,7 (8)
Linke: 6,1 (9,1), 6,9 (11,7)
Gewählt: Omid Nouripour (Grüne)

Wahlkreis 184: Groß-Gerau

Wahlbeteiligung: 74,3 (76,3)
SPD: 33,5 (32,4), 29,8 (25,4)
CDU: 27,7 (35,1), 21,4 (30,5)
Grüne: 11,7 (6,8), 14,8 (9,0)
FDP: 8,4 (5,6), 11,8 (9,6)
AfD: 8,5 (11,3), 8,8 (12,2)
Linke: 4,0 (6,7), 4,2 (8,2)
Gewählt: Melanie Wegling (SPD)

Wahlkreis 185: Offenbach

Wahlbeteiligung: 72,0 (74,3)
SPD: 26,4 (24,9), 24,9 (21,4)
CDU: 27,8 (36,4), 22,9 (30,6)
Grüne: 16,8 (8,8), 17,4 (10,2)
FDP: 9,5 (7,7), 13,2 (12,6)
AfD: 7,6 (11,2), 7,7 (11,8)
Linke: 4,8 (7,7), 5,0 (8,8)
Gewählt: Björn Simon (CDU)

Wahlkreis 186: Darmstadt

Wahlbeteiligung: 78,5 (79,3)
SPD: 27,4 (29,7), 26,3 (22,4)
CDU: 22,7 (30,7), 18,4 (27,4)
Grüne: 23,8 (14,2), 22,4 (14,3)
FDP: 9,2 (6,2), 11,9 (11)
AfD: 6,0 (9,1), 6,5 (9,8)
Linke: 5,0 (8,5), 5,8 (10,2)
Gewählt: Andreas Larem (SPD)

Wahlkreis 187: Odenwald

Wahlbeteiligung: 76,9 (78,9)
SPD: 32,3 (29,0), 28,0 (23,3)

CDU: 27,9 (36,1), 24,2 (32,7)
Grüne: 12,2 (7,8), 13,9 (8,8)
FDP: 9,7 (7,2), 12,7 (10,9)
AfD: 8,5 (11,7), 9,0 (12,2)
Linke: 3,4 (6,1), 3,6 (7,4)
Gewählt: Jens Zimmermann (SPD)

Wahlkreis 188: Bergstraße

Wahlbeteiligung: 77,4 (78,7)
SPD: 27,2 (26,9), 27,2 (22,3)
CDU: 30,5 (38,9), 24,5 (33,2)
Grüne: 13,9 (7,6), 14,2 (8,8)
FDP: 10,7 (7,6), 13,5 (11,8)
AfD: 9,5 (12,5), 9,5 (12,9)
Linke: 2,7 (5,5), 3,1 (6,6)
Gewählt: Michael Meister (CDU)

Gewählte Landeslistenkandidaten:

SPD: Kaweh Mansoori

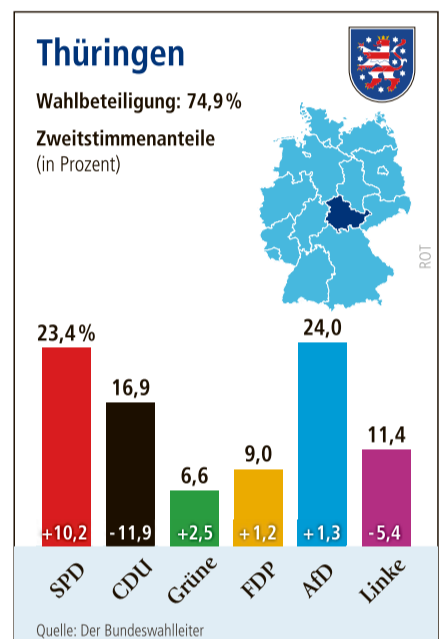
CDU: Helge Braun, Stefan Heck, Katja Leikert, Patricia Lips, Armin Schwarz

Grüne: Deborah Düring, Bettina Hoffmann, Philip Krämer, Anna Lührmann, Boris Mijatović, Kordula Schulz-Asche, Wolfgang Strengmann-Kuhn, Awet Tesfaius

FDP: Katja Adler, Peter Heidt, Jürgen Lenders, Thorsten Lieb, Till Mansmann, Alexander Müller, Bettina Stark-Watzinger

AfD: Joana Cotar, Albrecht Glaser, Mariana Harder-Kühnel, Jan Ralf Nolte, Uwe Schulz

Linke: Ali Al-Dailami, Janine Wißler



Reihenfolge der Ergebnisse in Prozent: Erststimmen 2021 (2017), Zweitstimmen 2021 (2017). Die Wahlkreisergebnisse von 2017 sind auf die Wahlkreiseinteilung 2021 umgerechnet.

Wahlkreis 189: Eichsfeld – Nordhausen

Wahlbeteiligung: 73,8 (73,1)
SPD: 22,3 (14,3), 24,4 (13,9)
CDU: 26,6 (38), 22 (33,8)
Grüne: 3,9 (2,6), 4,7 (3,1)
FDP: 6,8 (4,9), 9,0 (7,7)
AfD: 22,7 (21,4), 22,5 (21,1)
Linke: 10,9 (15,3), 9,9 (14,5)
Gewählt: Manfred Grund (CDU)

Wahlkreis 190: Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut-Hainich-Kreis

Wahlbeteiligung: 73,5 (73,3)
SPD: 23,9 (15,2), 24,9 (14,4)
CDU: 23 (34,4), 18,3 (30)
Grüne: 3,5 (3,1), 4,8 (3,5)
FDP: 5,8 (5,5), 8,6 (7,2)
AfD: 24,8 (21,2), 24,5 (22,3)
Linke: 11,2 (15,5), 10,3 (15,7)
Gewählt: Klaus Stöber (AfD)

Wahlkreis 191: Jena – Sömmerda – Weimarer Land I

Wahlbeteiligung: 77,6 (76,4)
SPD: 20,1 (14,2), 22,4 (12,5)
CDU: 18,5 (29,2), 15,6 (27,4)
Grüne: 9,6 (4,9), 11,0 (6,2)
FDP: 7 (5,8), 9,2 (8,7)
AfD: 19,4 (19,3), 19,8 (19,8)
Linke: 16,9 (21,4), 12,8 (18,5)
Gewählt: Holger Becker (SPD)

Wahlkreis 192: Gotha – Ilm-Kreis

Wahlbeteiligung: 74,8 (74,7)
SPD: 23,5 (18,6), 23,8 (14)
CDU: 18,4 (28,9), 15,5 (27,8)
Grüne: 4,6 (3,3), 5,8 (3,7)
FDP: 6,8 (6), 8,6 (7,7)
AfD: 26,5 (23,9), 26 (24,1)
Linke: 11,1 (15,6), 11 (15,7)
Gewählt: Marcus Bühl (AfD)

Wahlkreis 193: Erfurt – Weimar – Weimarer Land II

Wahlbeteiligung: 76,5 (75,8)
SPD: 24,4 (18,2), 23,9 (14,2)
CDU: 17,4 (27,3), 14,3 (25,4)
Grüne: 11,8 (7,1), 13,2 (7,6)
FDP: 7,5 (6,0), 9,4 (8,6)
AfD: 16,5 (17,5), 16,2 (18,2)
Linke: 16,4 (18,7), 14,0 (19,4)
Gewählt: Carsten Schneider (SPD)

Wahlkreis 194: Gera – Greiz – Altenburger Land

Wahlbeteiligung: 73,2 (73,5)
SPD: 22,2 (11,8), 21,9 (11,4)
CDU: 20 (30,4), 16,4 (27,3)
Grüne: 3,8 (2,1), 4,4 (2,7)
FDP: 8,6 (5,6), 9,8 (8,2)
AfD: 29 (27,3), 28,1 (27,1)
Linke: 11,7 (18,7), 11,2 (17,4)
Gewählt: Stephan Brandner (AfD)

Wahlkreis 195: Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis

Wahlbeteiligung: 75,9 (75)
SPD: 18,7 (11,7), 21,3 (12,0)
CDU: 21,0 (30,9), 16,4 (28,2)
Grüne: 3,8 (3,4), 4,5 (3,0)
FDP: 7,5 (6,1), 9,4 (7,8)
AfD: 29,3 (26,4), 28,2 (25,7)
Linke: 12,1 (17,1), 11,2 (16,6)
Gewählt: Michael Kaufmann (AfD)

Wahlkreis 196: Suhl – Schmalkalden-Meinungen – Hildburghausen – Sonneberg

Wahlbeteiligung: 74,4 (72,6)
SPD: 33,6 (13,5), 25,1 (13,6)
CDU: 22,3 (33,5), 16,5 (30,3)
Grüne: 2,1 (2,6), 4,3 (3,3)
FDP: 6,3 (4,8), 8,3 (6,7)
AfD: 21,2 (22,9), 26,4 (23)
Linke: 8,4 (18,2), 10,9 (16,9)
Gewählt: Frank Ullrich (SPD)

Gewählte Landeslistenkandidaten:

SPD: Elisabeth Kaiser, Tina Rudolph

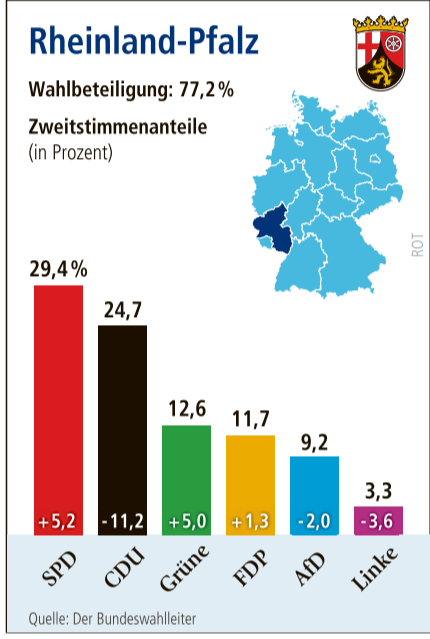
CDU: Christian Hirte, Antje Tillmann

Grüne: Katrin Göring-Eckardt

FDP: Reginald Hanke, Gerald Ullrich

AfD: Jürgen Pohl

Linke: Susanne Hennig-Wellsow, Ralph Lenkert, Martina Renner



Reihenfolge der Ergebnisse in Prozent: Erststimmen 2021 (2017), Zweitstimmen 2021 (2017). Die Wahlkreisergebnisse von 2017 sind auf die Wahlkreiseinteilung 2021 umgerechnet.

Wahlkreis 197: Neuwied

Wahlbeteiligung: 76,4 (75,9)
SPD: 30,2 (28,6), 30,0 (25,4)
CDU: 31,9 (43,2), 26,8 (38,2)
Grüne: 9,2 (5,3), 10,5 (6,0)
FDP: 8,9 (6,1), 11,5 (10,1)
AfD: 9,4 (9,5), 9,7 (10,8)
Linke: 2,8 (5,3), 3 (6,3)
Gewählt: Erwin Rüdell (CDU)

Wahlkreis 198: Ahrweiler

Wahlbeteiligung: 76,1 (77,5)
SPD: 30,2 (27,4), 28,8 (22,7)
CDU: 34,3 (42,8), 28,5 (40,6)
Grüne: 10,6 (5,8), 12,0 (6,7)
FDP: 8,3 (8,7), 11,9 (11,6)
AfD: 7,4 (8,8), 7,7 (9,6)
Linke: 2,4 (4,5), 2,6 (5,7)
Gewählt: Mechthild Heil (CDU)

Wahlkreis 199: Koblenz

Wahlbeteiligung: 76,2 (76,7)
SPD: 29,9 (28,7), 29,3 (23,8)
CDU: 31,7 (41,3), 26 (37,8)
Grüne: 12,4 (6,2), 14,4 (7,9)
FDP: 7,7 (6,5), 11,2 (10,8)
AfD: 6,7 (8,2), 7,1 (9,2)
Linke: 2,8 (5,2), 3,3 (6,9)
Gewählt: Josef Oster (CDU)

Wahlkreis 200: Mosel/Rhein-Hunsrück

Wahlbeteiligung: 78,8 (78,4)
SPD: 26,9 (25,2), 28,5 (23,0)
CDU: 34,3 (44,1), 29,0 (41,6)
Grüne: 9,7 (4,9), 9,2 (5,6)
FDP: 11,8 (8,7), 12,5 (11,2)
AfD: 8 (8,2), 8,3 (9,0)
Linke: - (5,3), 2,8 (6,1)
Gewählt: Marlon Bröhr (CDU)

Wahlkreis 201: Kreuznach

Wahlbeteiligung: 75,7 (75,6)
SPD: 33,0 (31,5), 32,4 (27,4)
CDU: 29,1 (37), 24,4 (34,1)
Grüne: 7,3 (4,9), 9,4 (6,2)
FDP: 7,2 (6,8), 11,5 (9,9)
AfD: 9,5 (10,8), 9,9 (11,7)
Linke: 3,2 (5,5), 3,3 (6,9)
Gewählt: Joe Weingarten (SPD)

Wahlkreis 202: Bitburg

Wahlbeteiligung: 76,3 (77,1)
SPD: 27,5 (25,7), 27,9 (21,8)
CDU: 37,7 (51,2), 30,1 (44,5)
Grüne: 6,9 (-), 9,3 (6,2)
FDP: 7,4 (7,0), 11,4 (10,3)
AfD: 6,5 (7,1), 7,1 (8)
Linke: 2,3 (5,5), 2,7 (5,9)
Gewählt: Patrick Schnieder (CDU)

Wahlkreis 203: Trier

Wahlbeteiligung: 77,3 (78,6)
SPD: 33 (33,7), 30,3 (24,7)
CDU: 27,7 (37,9), 23,7 (37,3)

Grüne: 13,0 (6,5), 15,6 (9)
FDP: 7,0 (5,3), 11,1 (9,2)
AfD: 5,7 (7,0), 6,2 (8)
Linke: 3,5 (6,6), 3,9 (8,6)
Gewählt: Verena Hubertz (SPD)

Wahlkreis 204: Montabaur

Wahlbeteiligung: 77,9 (77,8)
SPD: 31,5 (29,8), 30,3 (24,7)
CDU: 30 (43,3), 26,5 (37,5)
Grüne: 8,8 (5,2), 10,4 (6,2)
FDP: 9,3 (9,2), 11,7 (10,9)
AfD: 8,7 (-), 8,9 (11,0)
Linke: 2,7 (7,0), 2,9 (5,9)
Gewählt: Tanja Machalet (SPD)

Wahlkreis 205: Mainz

Wahlbeteiligung: 81,0 (81,3)
SPD: 24,9 (28,0), 26,7 (22)
CDU: 23,6 (35,7), 21,2 (32,7)
Grüne: 18,7 (10,8), 23 (13,1)
FDP: 7,2 (6,9), 11,5 (11,3)
AfD: 5,2 (7,3), 5,4 (8,2)
Linke: 12,4 (6,4), 4,7 (8,5)
Gewählt: Daniel Baldy (SPD)

Wahlkreis 206: Worms

Wahlbeteiligung: 78,3 (79,5)
SPD: 30,3 (26,7), 30,1 (25,3)
CDU: 32,2 (41,1), 22,8 (32,6)
Grüne: 9,7 (6,7), 12,6 (8)
FDP: 7,9 (6,0), 12,2 (10,5)
AfD: 9,8 (11,3), 10,3 (13,1)
Linke: 3,1 (5,1), 3,1 (6,4)
Gewählt: Jan Metzler (CDU)

Wahlkreis 207: Ludwigshafen/Frankenthal

Wahlbeteiligung: 73,5 (75,1)
SPD: 32,8 (31,9), 29,9 (25)
CDU: 25,0 (32,1), 22,0 (30,9)
Grüne: 11,2 (5,5), 11,8 (7,3)
FDP: 9,0 (7,5), 12,0 (10,2)
AfD: 11,6 (14,5), 11,8 (15,5)
Linke: 3,0 (5,6), 3,0 (6,7)
Gewählt: Christian Schreider (SPD)

Wahlkreis 208: Neustadt – Speyer

Wahlbeteiligung: 79,2 (80)
SPD: 28,1 (25,3), 27,3 (21,7)
CDU: 30,2 (40,0), 24 (35,2)
Grüne: 12,2 (7,6), 13,9 (8,8)
FDP: 8,5 (6,8), 12,7 (11,0)
AfD: 10,0 (11,9), 10,2 (12,7)
Linke: 2,6 (4,7), 2,8 (6)
Gewählt: Johannes Steiniger (CDU)

Wahlkreis 209: Kaiserslautern

Wahlbeteiligung: 75,3 (75,2)
SPD: 33,9 (33,9), 32,5 (28,3)
CDU: 21,5 (31,3), 19,8 (29,1)
Grüne: 8,7 (5,1), 10,5 (6,7)
FDP: 7,1 (5,5), 10,3 (9,1)
AfD: 12,0 (12,6), 12,4 (13,7)
Linke: 4,1 (7,2), 3,8 (8)
Gewählt: Matthias David Mieves (SPD)

Wahlkreis 210: Pirmasens

Wahlbeteiligung: 75,9 (76,0)
SPD: 30,4 (28,8), 29,3 (24,7)
CDU: 30,1 (36,8), 25,6 (35,8)
Grüne: 6,0 (4,2), 7,6 (4,6)
FDP: 7,6 (6,7), 11,0 (8,9)
AfD: 12,6 (12,8), 13,1 (14,1)
Linke: 2,8 (6,1), 3,2 (7,2)
Gewählt: Angelika Glöckner (SPD)

Wahlkreis 211: Südpfalz

Wahlbeteiligung: 79,0 (79,2)
SPD: 28,2 (26), 27,7 (21,9)
CDU: 28,2 (40,3), 23,2 (34,8)
Grüne: 11,2 (7,9), 13,5 (8,7)
FDP: 10,0 (6,0), 12,4 (10,3)
AfD: 9,8 (12,3), 10,4 (13,6)
Linke: 3,1 (4,7), 3,3 (6,4)
Gewählt: Thomas Hitschler (SPD)

Gewählte Landeslistenkandidaten:

SPD: Martin Diedenhofen, Isabel Mackensen-Geis, Thorsten Rudolph, Lena Werner

CDU: Thomas Gebhart, Julia Klöckner

Grüne: Armin Grau, Misbah Khan, Tobias Lindner, Tabea Röfner, Corinna Rüffer

FDP: Mario Brandenburg, Manuel Höferlin, Carina Konrad, Sandra Weeser, Volker Wissing

AfD: Andreas Bleck, Nicole Höchst, Sebastian Münzenmaier, Bernd Schattner

Linke: Alexander Ulrich



CSU: 38,5 (46,2), 35,4 (43,1)
 Grüne: 5,0 (3,6), 7,0 (5,0)
 FDP: 4,8 (4,1), 7,3 (6,6)
 AfD: 10,3 (-), 11,3 (13,5)
 Linke: 1,8 (4,4), 2,2 (4,8)
 Gewählt: Albert Rupprecht (CSU)

Wahlkreis 236: Bamberg
 Wahlbeteiligung: 81,0 (79,6)
 SPD: 19,0 (20,4), 17,4 (15,6)
 CSU: 37,0 (42,1), 33,4 (38,9)
 Grüne: 15,4 (9,2), 14,8 (9,9)
 FDP: 6,6 (6,5), 9,7 (9,5)
 AfD: 9,0 (11,5), 9,6 (12,7)
 Linke: 2,5 (5,2), 3,2 (6,5)
 Gewählt: Thomas Silberhorn (CSU)

Wahlkreis 237: Bayreuth
 Wahlbeteiligung: 79,5 (77,6)
 SPD: 19,4 (21,2), 20,7 (18,3)
 CSU: 42,4 (46,5), 34,1 (41,9)
 Grüne: 11,0 (7,1), 12,2 (7,9)
 FDP: 7,2 (6,6), 9,4 (9,0)
 AfD: 8,4 (9,4), 9,1 (10,7)
 Linke: 2,0 (4,3), 2,6 (5,5)
 Gewählt: Silke Launert (CSU)

Wahlkreis 238: Coburg
 Wahlbeteiligung: 79,2 (77,2)
 SPD: 26,1 (26,4), 25,2 (22,6)
 CSU: 36,5 (45,3), 31,9 (39,6)
 Grüne: 8,6 (5,9), 9,3 (6,7)
 FDP: 5,2 (4,8), 8,7 (8,2)
 AfD: 9,7 (10,5), 10,4 (11,6)
 Linke: 1,9 (5,2), 2,5 (5,6)
 Gewählt: Jonas Geissler (CSU)

Wahlkreis 239: Hof
 Wahlbeteiligung: 77,0 (75,7)
 SPD: 23,9 (23,6), 24,4 (22,1)
 CSU: 41,2 (47,0), 33,2 (38,8)
 Grüne: 6,4 (4,7), 7,7 (5,6)
 FDP: 5,2 (3,7), 8,5 (7,9)
 AfD: 11,8 (11,8), 11,7 (13,2)
 Linke: 2,1 (4,4), 2,4 (5,7)
 Gewählt: Hans-Peter Friedrich (CSU)

Wahlkreis 240: Kulmbach
 Wahlbeteiligung: 81,2 (79)
 SPD: 16,2 (16,1), 19,8 (17,7)
 CSU: 47,8 (55,4), 36,2 (43,4)
 Grüne: 7,5 (4,4), 8,8 (5,9)
 FDP: 4,8 (4,0), 8,4 (7,7)
 AfD: 10,6 (11,6), 11,6 (13,4)
 Linke: 1,8 (3,8), 2,2 (4,8)
 Gewählt: Emmi Zeulner (CSU)

Wahlkreis 241: Ansbach
 Wahlbeteiligung: 79,2 (76,3)
 SPD: 17,7 (18,4), 19,7 (17,1)
 CSU: 38,4 (44,3), 33,1 (40,4)
 Grüne: 11,2 (7,6), 11,7 (8,8)
 FDP: 6,8 (4,2), 8,5 (7,5)
 AfD: 9,6 (10,5), 10,0 (11,8)
 Linke: 2,0 (6,1), 2,6 (6,6)
 Gewählt: Artur Auernhammer (CSU)

Wahlkreis 242: Erlangen
 Wahlbeteiligung: 83,0 (81,8)
 SPD: 20,7 (20,9), 19,5 (17,3)
 CSU: 35,2 (42,7), 28,9 (35,7)
 Grüne: 19,4 (10,9), 20,2 (13,3)
 FDP: 6,7 (5,9), 10,4 (10,1)
 AfD: 6,9 (8,1), 7,0 (9,6)
 Linke: - (5,9), 3,7 (7,5)
 Gewählt: Stefan Müller (CSU)

Wahlkreis 243: Fürth
 Wahlbeteiligung: 78,9 (77,7)
 SPD: 24,0 (23,0), 21,5 (18,9)
 CSU: 33,5 (39,8), 29,9 (35,1)
 Grüne: 13,8 (9,7), 15,1 (10,5)
 FDP: 6,6 (5,4), 9,5 (8,9)
 AfD: 8,6 (10,6), 9 (11,7)
 Linke: 3,2 (6,8), 3,5 (7,9)
 Gewählt: Tobias Winkler (CSU)

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord
 Wahlbeteiligung: 77,2 (76,1)
 SPD: 21,9 (25,6), 20,9 (18,2)
 CSU: 28,4 (31,3), 23,8 (27,6)
 Grüne: 22,6 (12,7), 23,6 (15,1)
 FDP: 7,5 (7,2), 10,2 (10,6)
 AfD: 5,9 (9,2), 6,2 (10,0)
 Linke: 5,4 (10,0), 6,0 (11,7)
 Gewählt: Sebastian Brehm (CSU)

Wahlkreis 245: Nürnberg-Süd
 Wahlbeteiligung: 73,1 (72,7)
 SPD: 24,2 (26,5), 22,7 (21,0)
 CSU: 34,4 (35,6), 30 (31,2)
 Grüne: 12,1 (7,8), 13,7 (9,3)
 FDP: 6,8 (5,8), 8,9 (8,6)
 AfD: 10,2 (13,2), 10,0 (14,3)
 Linke: 4,0 (8,2), 3,8 (8,9)
 Gewählt: Michael Frieser (CSU)

Wahlkreis 246: Roth
 Wahlbeteiligung: 82,7 (81,7)
 SPD: 16,9 (20,6), 20,6 (18,4)
 CSU: 38,0 (44,5), 32,3 (37,8)
 Grüne: 13,4 (7,9), 13,9 (9,8)
 FDP: 6,7 (4,7), 9,0 (8,7)
 AfD: 7,9 (10,3), 8,5 (11,6)
 Linke: 2,7 (4,8), 2,6 (6,3)
 Gewählt: Ralph Edelhäuser (CSU)

Wahlkreis 247: Aschaffenburg
 Wahlbeteiligung: 80,4 (79,0)
 SPD: 17,1 (16,6), 20,7 (17,6)
 CSU: 40,7 (48,1), 31,4 (38,4)
 Grüne: 13,5 (9,2), 14,2 (9,4)
 FDP: 8,0 (8,0), 11,1 (10,9)
 AfD: 9,6 (10,5), 9,4 (11,6)
 Linke: 2,4 (4,8), 2,8 (6,1)
 Gewählt: Andrea Lindholz (CSU)

Wahlkreis 248: Bad Kissingen
 Wahlbeteiligung: 81,4 (79,2)
 SPD: 19 (19,1), 17,6 (15,8)

CSU: 39,1 (51,1), 37,6 (44,6)
 Grüne: 9,5 (7,1), 9,2 (6,7)
 FDP: 7,1 (5,6), 8,8 (8,9)
 AfD: 9,9 (10,5), 10,6 (11,6)
 Linke: 2,6 (5,4), 2,8 (5,9)
 Gewählt: Dorothee Bär (CSU)

Wahlkreis 249: Main-Spessart
 Wahlbeteiligung: 81,3 (80,1)
 SPD: 21,5 (22,6), 20,9 (18,5)
 CSU: 38,6 (46,6), 34,4 (41,8)
 Grüne: 10,1 (7,1), 11,3 (7,7)
 FDP: 6,1 (5,0), 9,0 (8,8)
 AfD: 8,0 (9,1), 8,9 (10,8)
 Linke: 2,6 (4,8), 2,3 (5,5)
 Gewählt: Alexander Hoffmann (CSU)

Wahlkreis 250: Schweinfurt
 Wahlbeteiligung: 80,0 (78,5)
 SPD: 18,6 (17,1), 19,5 (16,9)
 CSU: 40,9 (47,9), 34,8 (41,1)
 Grüne: 9,5 (7,4), 10,9 (7,6)
 FDP: 8,0 (6,2), 9,6 (8,9)
 AfD: 9,9 (11,1), 10,0 (12,2)
 Linke: 4,2 (7,8), 3,2 (6,7)
 Gewählt: Anja Weisgerber (CSU)

Wahlkreis 251: Würzburg
 Wahlbeteiligung: 82,6 (81)
 SPD: 18,1 (18,7), 20,1 (17,7)
 CSU: 36,9 (42,2), 30,3 (37,2)
 Grüne: 19,8 (14), 19,3 (13)
 FDP: 10,6 (8), 10,4 (10,3)
 AfD: - (7,7), 6,6 (8,7)
 Linke: 4,1 (5,6), 3,8 (7,1)
 Gewählt: Paul Lehrieder (CSU)

Wahlkreis 252: Augsburg-Stadt
 Wahlbeteiligung: 73,9 (72,8)
 SPD: 18,0 (19,3), 19,2 (15,9)
 CSU: 28,1 (34,8), 25,4 (31,8)
 Grüne: 20,6 (13,9), 19,0 (12,4)
 FDP: 8,5 (6,1), 11,1 (10,0)
 AfD: 8,8 (13,3), 9,1 (13,8)
 Linke: 4,7 (8,5), 4,6 (9,0)
 Gewählt: Volker Ullrich (CSU)

Wahlkreis 253: Augsburg-Land
 Wahlbeteiligung: 82,1 (80,0)
 SPD: 14,5 (14,1), 16,4 (12,8)
 CSU: 40,6 (47,7), 33,3 (41,3)
 Grüne: 12,2 (7,5), 12,9 (8,8)
 FDP: 7,9 (6,1), 10,9 (10,4)
 AfD: 9,7 (12,4), 9,6 (13,7)
 Linke: 1,8 (3,7), 2,1 (4,9)
 Gewählt: Hansjörg Durz (CSU)

Wahlkreis 254: Donau-Ries
 Wahlbeteiligung: 80,2 (77,5)
 SPD: 19,2 (18,0), 16,5 (13,8)
 CSU: 41,1 (47,0), 35,2 (43,4)
 Grüne: 11,2 (7,6), 11,7 (8,8)
 FDP: 6,4 (5,0), 10,0 (9,1)
 AfD: 10,1 (12,8), 11,0 (14,7)
 Linke: 2,0 (4,2), 1,8 (4,6)
 Gewählt: Ulrich Lange (CSU)

Wahlkreis 255: Neu-Ulm
 Wahlbeteiligung: 78,1 (76,0)
 SPD: 16 (14,6), 17 (13,7)
 CSU: 37,2 (44,6), 31,5 (39,9)
 Grüne: 11,0 (9,2), 11,1 (8,2)
 FDP: 7,7 (6,0), 11,7 (10,3)
 AfD: 12 (13,6), 11,9 (15,1)
 Linke: 1,9 (4,4), 2,3 (5,1)
 Gewählt: Alexander Engelhard (CSU)

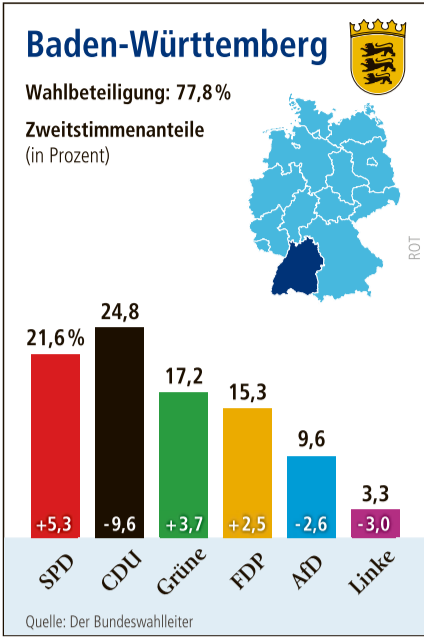
Wahlkreis 256: Oberallgäu
 Wahlbeteiligung: 79,4 (77,9)
 SPD: 15,8 (12,2), 16,5 (12,4)
 CSU: 29,7 (50,4), 30,4 (41,5)
 Grüne: 15,4 (9,2), 15,2 (11,3)
 FDP: 13,1 (7), 11,6 (10,8)
 AfD: 8,0 (9,6), 7,9 (10,6)
 Linke: 3,2 (4,7), 2,8 (5,8)
 Gewählt: Mechthilde Wittmann (CSU)

Wahlkreis 257: Ostallgäu
 Wahlbeteiligung: 79,2 (77,4)
 SPD: 12,3 (11,4), 15,6 (12,1)
 CSU: 28,4 (31,3), 23,8 (27,6)
 Grüne: 12,2 (8,7), 12 (8,5)
 FDP: 7,2 (5,6), 10,9 (10,6)
 AfD: 10,2 (12,6), 10 (13,3)
 Linke: 3,4 (5,3), 2,5 (5,5)
 Gewählt: Stephan Stracke (CSU)

Gewählte Landeslistenkandidaten:
 SPD: Ulrike Bahr, Sabine Dittmar, Uli Grötsch, Rita Hagl-Kehl, Gabriela Heinrich, Markus Hümpfer, Bärbel Kofler, Anette Kramme, Andreas Mehlretter, Jörg Nümberger, Jan Plobner, Sebastian Roloff, Bernd Rützel, Johannes Schätzl, Marianne Schieder, Christoph Schmid, Michael Schrodli, Andreas Schwarz, Martina Stamm-Fibich, Claudia Tausend, Carsten Träger, Carolin Wagner, Carmen Wegge

Grüne: Lisa Badum, Karl Bär, Ekin Deligöz, Leon Eckert, Tessa Ganserer, Erhard Grundl, Anton Hoffreiter, Dieter Janecsek, Sascha Müller, Claudia Roth, Manuela Rottmann, Stefan Schmidt, Marlene Schönberger, Niklas Wagener, Johannes Wagner, Saskia Weishaupt, Tina Winklmann
 FDP: Muhamad Al-Halak, Nicole Bauer, Sandra Bubendorfer-Licht, Daniel Föst, Maximilian Funke-Kaiser, Lukas Hacker, Katja Hessel, Karsten Klein, Thomas Köhler, Ulrich Lechte, Kristine Lütke, Thomas Sattelberger, Stephan Thomae, Andrew Ullmann

AfD: Peter Boehringer, Petr Bystron, Peter Felser, Johannes Huber, Gerrit Huy, Rainer Kraft, Corinna Miazga, Gerold Otten, Tobias Matthias Peterka, Stephan Protschka, Martin Sichert, Wolfgang Wiehle
 Linke: Klaus Ernst, Susanne Ferschl, Nicole Gohlke, Ates Gürpinar



Reihenfolge der Ergebnisse in Prozent: Erststimmen 2021 (2017), Zweitstimmen 2021 (2017). Die Wahlergebnisse von 2017 sind auf die Wahlkreiseinteilung 2021 umgerechnet.

Wahlkreis 258: Stuttgart I
 Wahlbeteiligung: 82,1 (82,7)
 SPD: 12,8 (12,8), 19,8 (14,6)
 CDU: 23,4 (32), 20,1 (28,9)
 Grüne: 40,0 (29,7), 28,4 (19,6)
 FDP: 10,5 (8,4), 16,6 (16,4)
 AfD: 4,0 (6,7), 4,2 (7,2)
 Linke: 4,1 (6,5), 5,2 (9,3)
 Gewählt: Cem Özdemir (Grüne)

Wahlkreis 259: Stuttgart II
 Wahlbeteiligung: 74,7 (76,3)
 SPD: 18,0 (19,3), 19,2 (15,9)
 CSU: 28,1 (34,8), 25,4 (31,8)
 Grüne: 20,6 (13,9), 19,0 (12,4)
 FDP: 8,5 (6,1), 11,1 (10,0)
 AfD: 8,8 (13,3), 9,1 (13,8)
 Linke: 4,7 (8,5), 4,6 (9,0)
 Gewählt: Maximilian Mörseburg (CDU)

Wahlkreis 260: Böblingen
 Wahlbeteiligung: 79,6 (80,0)
 SPD: 21,1 (19,6), 20,6 (15,5)
 CDU: 29,7 (38,8), 26,1 (35,4)
 Grüne: 15,6 (11,9), 16,8 (12,7)
 FDP: 16,6 (12,8), 18,1 (15,1)
 AfD: 8,3 (11,2), 8,7 (11,7)
 Linke: 2,3 (5,0), 2,6 (5,4)
 Gewählt: Marc Biadacz (CDU)

Wahlkreis 261: Esslingen
 Wahlbeteiligung: 79,2 (80,3)
 SPD: 21,8 (19,2), 22,8 (16,8)
 CDU: 32 (40,0), 25,3 (33,3)
 Grüne: 18,4 (15,3), 18,2 (14,6)
 FDP: 12,2 (8,7), 15,9 (13,8)
 AfD: 7,0 (10,7), 7,4 (10,9)
 Linke: 2,7 (5,9), 3,1 (6,2)
 Gewählt: Markus Grübel (CDU)

Wahlkreis 262: Nürtingen
 Wahlbeteiligung: 80,5 (81,2)
 SPD: 21,0 (19,0), 20,7 (15,1)
 CDU: 30,1 (39,4), 26 (33,7)
 Grüne: 18 (14,8), 16,8 (14,2)
 FDP: 13,8 (9,9), 17,5 (15)
 AfD: 8,3 (11,9), 8,7 (12,3)
 Linke: 2,4 (4,8), 2,6 (5,5)
 Gewählt: Michael Hennrich (CDU)

Wahlkreis 263: Göppingen
 Wahlbeteiligung: 76,6 (77,1)
 SPD: 23,7 (21,9), 23,4 (17,6)
 CDU: 31,0 (37,6), 26,1 (33,3)
 Grüne: 11,9 (12,1), 12,6 (12,3)
 FDP: 12,3 (9,2), 16,2 (12,6)
 AfD: 11,8 (14,5), 11,5 (14,7)
 Linke: 2,2 (4,4), 2,5 (5,1)
 Gewählt: Hermann Färber (CDU)

Wahlkreis 264: Waiblingen
 Wahlbeteiligung: 79,3 (80)
 SPD: 22,7 (19,2), 21,6 (15,9)
 CDU: 29,0 (36,8), 25,7 (33)
 Grüne: 15,0 (12,2), 15,5 (12,2)
 FDP: 15,6 (13,4), 17,7 (16,2)
 AfD: 8,7 (12,4), 8,9 (12,9)
 Linke: 2,6 (4,9), 2,9 (5,6)
 Gewählt: Christina Stumpp (CDU)

Wahlkreis 265: Ludwigsburg
 Wahlbeteiligung: 79,8 (80,4)
 SPD: 18,4 (17,8), 21,8 (16,4)
 CDU: 29,5 (38,3), 24,8 (33,3)
 Grüne: 20,3 (14,2), 18,4 (13,8)
 FDP: 14 (10,2), 16,2 (14,7)
 AfD: 8,4 (11,6), 8,4 (11,4)
 Linke: 2,9 (5,5), 3,1 (6,0)
 Gewählt: Steffen Bilger (CDU)

Wahlkreis 266: Neckar-Zaber
 Wahlbeteiligung: 80,9 (81,3)
 SPD: 22,5 (19,7), 22,3 (16,5)
 CDU: 30,4 (40,0), 25 (32,9)
 Grüne: 15,7 (12,5), 15,7 (13,1)
 FDP: 12,3 (8,8), 16,6 (14,7)
 AfD: 10,0 (12,6), 10,1 (13,1)
 Linke: 2,3 (4,6), 2,6 (5,3)
 Gewählt: Fabian Gramling (CDU)

Wahlkreis 267: Heilbronn
 Wahlbeteiligung: 75,9 (76,6)
 SPD: 24,3 (23,2), 22,6 (17,7)
 CDU: 27,8 (35,3), 23,9 (32,1)
 Grüne: 12,7 (8,1), 13,0 (10,4)
 FDP: 13,7 (9,6), 16,2 (13)
 AfD: 12,8 (15,6), 13,2 (16,4)
 Linke: 2,3 (4,6), 2,8 (5,7)
 Gewählt: Alexander Throm (CDU)

Wahlkreis 268: Schwäbisch Hall – Hohenlohe
 Wahlbeteiligung: 76,5 (76,1)

SPD: 19,6 (18,5), 21,8 (16,2)
 CDU: 32,1 (40,5), 24,5 (34,3)
 Grüne: 15,1 (12,6), 13,3 (12,1)
 FDP: 11,7 (8,4), 16,3 (12,7)
 AfD: 12,0 (13,5), 12,7 (14,6)
 Linke: 2,4 (4,3), 2,9 (5,7)
 Gewählt: Christian Frhr. von Stetten (CDU)

Wahlkreis 269: Backnang – Schwäbisch Gmünd
 Wahlbeteiligung: 77,0 (77,3)
 SPD: 24,4 (20,0), 21,7 (16,5)
 CDU: 30,5 (41,2), 25,9 (35,2)
 Grüne: 11,5 (11,3), 13,7 (11,4)
 FDP: 12,0 (8,1), 15,8 (12,4)
 AfD: 11,7 (13,2), 11,8 (14,4)
 Linke: 3 (5,6), 2,9 (5,9)
 Gewählt: Ingeborg Gräßle (CDU)

Wahlkreis 270: Aalen – Heidenheim
 Wahlbeteiligung: 76,3 (76,7)
 SPD: 21,9 (21), 23,6 (18,6)
 CDU: 37,0 (46,4), 27,4 (38,2)
 Grüne: 12,2 (9,6), 12,7 (11,0)
 FDP: 9,4 (6,1), 14,7 (10,5)
 AfD: 10,2 (11,0), 10,7 (12,3)
 Linke: 2,3 (5,2), 2,7 (5,5)
 Gewählt: Roderich Kiesewetter (CDU)

Wahlkreis 271: Karlsruhe-Stadt
 Wahlbeteiligung: 77,6 (77,6)
 SPD: 21,3 (23,6), 21,3 (16,8)
 CDU: 19,5 (28,5), 17,7 (27,8)
 Grüne: 30,0 (17,6), 27,8 (18,3)
 FDP: 10,0 (8,6), 13,0 (12)
 AfD: 6,8 (10,0), 6,8 (10,4)
 Linke: 5,0 (7,6), 5,6 (9,6)
 Gewählt: Zoe Mayer (Grüne)

Wahlkreis 272: Karlsruhe-Land
 Wahlbeteiligung: 80,3 (80,5)
 SPD: 22,8 (19,7), 23,1 (17,1)
 CDU: 30,4 (40,4), 25,7 (35,4)
 Grüne: 16,7 (11,4), 16,2 (12,3)
 FDP: 11,5 (9,1), 14,8 (12,8)
 AfD: 9,0 (11,7), 9,5 (12,5)
 Linke: 2,4 (4,6), 2,7 (5,5)
 Gewählt: Nicolas Zippelius (CDU)

Wahlkreis 273: Rastatt
 Wahlbeteiligung: 75,8 (76,1)
 SPD: 22,7 (19,0), 23,7 (17)
 CDU: 33,2 (44,1), 27 (37,9)
 Grüne: 13,0 (10,9), 14,3 (11,4)
 FDP: 11,6 (7,2), 13,8 (11,5)
 AfD: 10,7 (12,2), 10,6 (12,7)
 Linke: 2,7 (4,6), 2,8 (5,4)
 Gewählt: Kai Whittaker (CDU)

Wahlkreis 274: Heidelberg
 Wahlbeteiligung: 81,4 (82,2)
 SPD: 20,2 (26), 22,8 (18,4)
 CDU: 24,1 (32,7), 20,8 (29,9)
 Grüne: 30,2 (16,7), 25,6 (17,1)
 FDP: 9 (6,6), 13,1 (12,7)
 AfD: 6,1 (8,9), 6,1 (9,5)
 Linke: 4 (6,1), 4,9 (8,3)
 Gewählt: Franziska Brantner (Grüne)

Wahlkreis 275: Mannheim
 Wahlbeteiligung: 72,2 (73,0)
 SPD: 26,4 (27,9), 25,3 (21,2)
 CDU: 19,9 (29,3), 18,2 (27,1)
 Grüne: 22,5 (13,1), 21,1 (13,2)
 FDP: 10,6 (6,9), 13,1 (11,2)
 AfD: 9,8 (12,5), 9,1 (12,8)
 Linke: 4,8 (7,4), 5 (9,1)
 Gewählt: Isabel Cademartori Dujisin (SPD)

Wahlkreis 276: Odenwald – Tauber
 Wahlbeteiligung: 77,4 (77,5)
 SPD: 20,6 (19,1), 22,2 (16,9)
 CDU: 35,8 (46,8), 30,4 (39,8)
 Grüne: 11,0 (6,9), 11,1 (8,5)
 FDP: 9,7 (7,1), 13,0 (10,9)
 AfD: 12,1 (13,6), 12,0 (13,8)
 Linke: 2,3 (5,2), 2,5 (5,5)
 Gewählt: Nina Warken (CDU)

Wahlkreis 277: Rhein-Neckar
 Wahlbeteiligung: 80,8 (78,9)
 SPD: 27 (23,9), 23,5 (18,4)
 CDU: 28,5 (37,4), 25,5 (33,5)
 Grüne: 14,9 (9,6), 15,8 (11,4)
 FDP: 11,6 (8,1), 14,4 (12,2)
 AfD: 10 (13,1), 10,3 (13,5)
 Linke: 2,6 (5,2), 2,8 (6,3)
 Gewählt: Moritz Oppelt (CDU)

Wahlkreis 278: Bruchsal – Schwetzingen
 Wahlbeteiligung: 78,8 (78,7)
 SPD: 21,9 (19,5), 22,8 (17,4)
 CDU: 29,6 (41,5), 25,8 (34,8)
 Grüne: 14,7 (8,3), 13,8 (10,2)
 FDP: 11,7 (6,7), 14,6 (11,9)
 AfD: 11,6 (14,4), 11,6 (14,9)
 Linke: 2,6 (4,6), 2,7 (5,7)
 Gewählt: Olav Gutting (CDU)

Wahlkreis 279: Pforzheim
 Wahlbeteiligung: 75,5 (76,5)
 SPD: 20,9 (19,0), 21,1 (16,3)
 CDU: 28,5 (36,4), 24,2 (32,7)
 Grüne: 12,7 (9,6), 13 (10,8)
 FDP: 12,7 (11,9), 16,3 (13,6)
 AfD: 14,1 (15,8), 13,5 (16,3)
 Linke: 2,3 (4,7), 2,7 (5,4)
 Gewählt: Gunther Krichbaum (CDU)

Wahlkreis 280: Calw
 Wahlbeteiligung: 77,0 (77,5)
 SPD: 17,2 (16,9), 18,8 (14,4)
 CDU: 33,8 (43,3), 28,3 (37,2)
 Grüne: 11,7 (8,8), 11,4 (9,9)
 FDP: 15,0 (9,3), 17,7 (14,3)
 AfD: 12,3 (14,1), 12,8 (15)
 Linke: 2,0 (4,5), 2,4 (5,1)
 Gewählt: Klaus

AUFGEKEHRT

Das Orakel von Pinneberg

Die Griechen hatten Delphi, die Fußball-WM Krake Paul und die Bundestagswahl hat Pinneberg! Einmal alle vier Jahre blickt die Republik gespannt in den Wahlkreis 007 im hohen Norden Deutschlands. Wem erteilt der Wahlkreis mit der Doppel-Null wohl dieses Mal die Lizenz zum Kanzler? Denn bei der K-Frage macht den Pinnebergern so schnell niemand etwas vor. Seit 68 Jahren stellt die Partei, die hier das Direktmandat holt, auch den Kanzler. Eine Treffergenauigkeit, bei der selbst James Bond vor Neid erblasst. Begonnen hat die Legende vom Orakel von Pinneberg 1953. Die CDU gewinnt das Direktmandat, Adenauer bleibt Kanzler. Gut, bei einem Stimmenanteil von 45 Prozent für die Union richtig zu liegen, zeugt noch nicht von denselben Qualitäten, mit denen die Priesterin Pythia die Geschehnisse im antiken Griechenland voraussagte. Ganz anders bei den Wahlen 1969 und 1976. Die SPD wird zur zweitstärksten Kraft, stellt aber mit Brandt und Schmidt am Ende den Kanzler. Und Pinneberg? Hatte sich schon am Wahltag jeweils für die SPD entschieden. Ähnlich spannend könnte es 2021 werden, liegen SPD und CDU im Bund so nahe beieinander wie selten. Jamaika, Ampel oder am Ende doch die altherwähnte GroKo? Während der Rest der Republik mit Spannung die Entwicklung der bald beginnenden Koalitionsverhandlungen erwartet, interessiert die Orakel-Fans vor allem eines: Wird das Orakel von Pinneberg ein weiteres Mal Recht behalten? Dann sollte Olaf Scholz schleunigst die Koffer fürs Kanzleramt packen, konnte doch nach 16 Jahren mit Ralf Stegner erstmals wieder ein Sozialdemokrat die Pinneberger von sich überzeugen. *Denise Schwarz* ||

VOR 65 JAHREN...

Strauß erhält Wunsch-Ressort

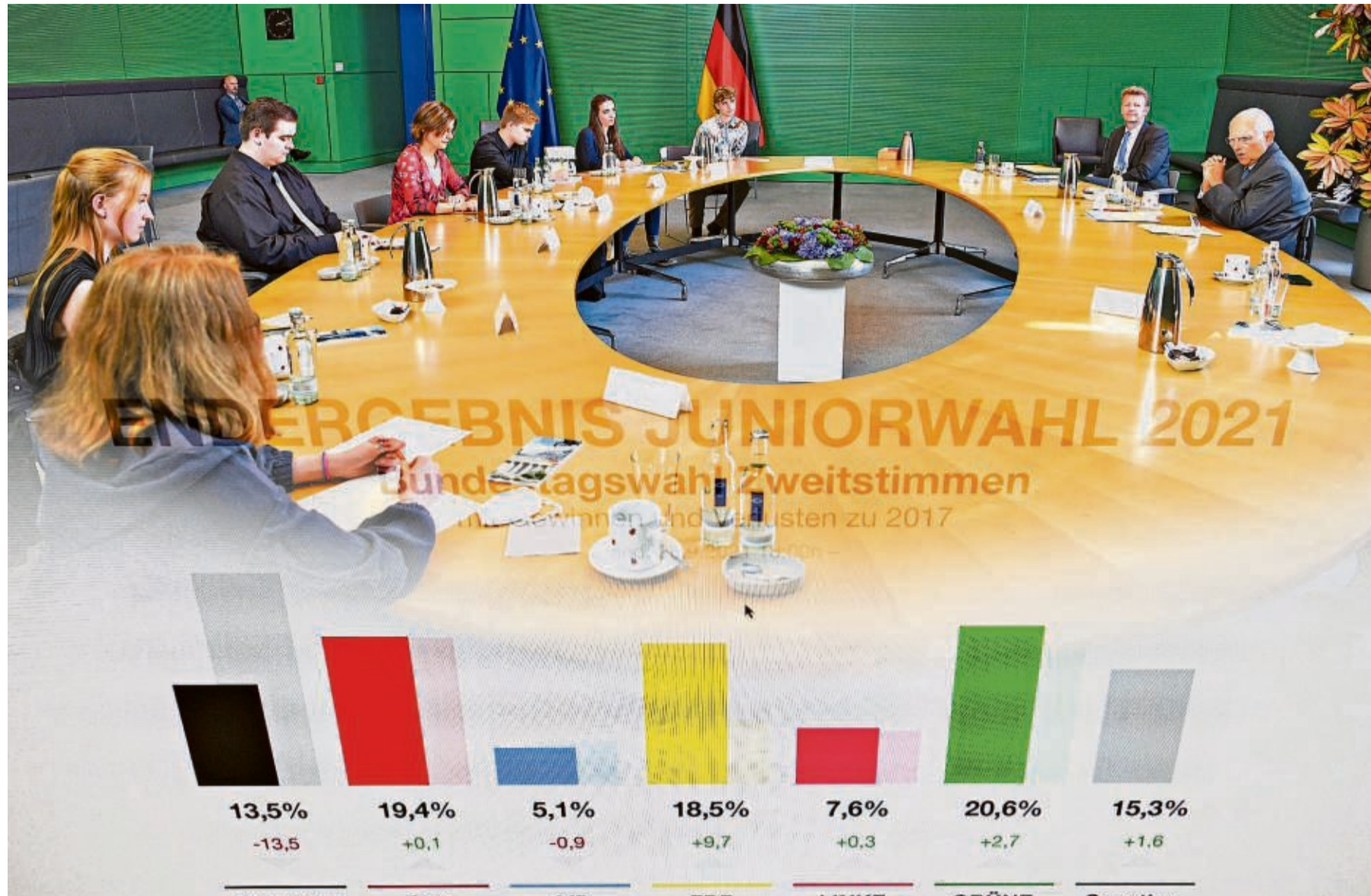
16.10.1956: Adenauers große Kabinettsreform. Es war ein noch nie dagewesener Akt in der jungen Geschichte der Bundesrepublik: Am 16. Oktober 1956 stellte Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) sein Kabinett in großem Stil um. Prominentestes Opfer der Rochade war Verteidigungsminister Theodor Blank (CDU), der von Franz Josef Strauß (CSU) abgelöst wurde.



Bundespräsident Heuss (l.) ernennt Strauß (r.) zum Verteidigungsminister.

Adenauer regierte mit einer Koalition aus Union, FDP, DP und Bund der Heimatvertriebenen (BHE). Schon 1955 schied der BHE aus dem Bündnis aus, 1956 folgte die FDP – eine Abspaltung der Liberalen blieb unter dem Namen FVP in der Regierung. Daher kam es zu einem Ungleichgewicht im Kabinett: Die 15-köpfige FVP-Fraktion stellte vier Minister, während die CSU mit 52 Mandaten nur drei Minister hatte. So tauschte Adenauer vier Kabinettsmitglieder aus. Dass Blank für Strauß Platz machen musste, lag auch daran, dass sich die Pläne des CDU-Manns für den Aufbau der Bundeswehr nicht realisieren ließen. Sein ehrgeiziges Ziel: eine 500.000 Mann starke Armee binnen drei Jahren. So bekam Strauß, bislang Minister für Atomfragen, sein Wunsch-Ressort – obwohl ihm Adenauer einmal angekündigt hatte, nie Verteidigungsminister zu werden, solange er Kanzler sei. In der ersten Sitzung des neuen Kabinetts forderte Adenauer vom neuen Justizminister Hans-Joachim von Merkatz (DP), dass „Gesetzesentwürfe künftig in einer flüssigeren Sprache abgefasst werden sollten“. Mit Blick auf Strauß betonte er, „dass keine umwälzende Änderung der Verteidigungspolitik der Bundesregierung beabsichtigt sei“. *Benjamin Stahl* ||

ORTSTERMIN: JUNIORWAHL 2021



Bereits Anfang September lud Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (rechts im Bild) Diane (zweite von links) und fünf weitere Berliner Schüler zum politischen Gespräch in das Reichstagsgebäude ein.

Die Wähler von morgen

Bündnis 90/Die Grünen sind Wahlsieger. Mit 20,6 Prozent liegen sie damit knapp vor der SPD (19,4 Prozent) und der FDP (18,5 Prozent). Nein, dies sind keine alternativen Wahlergebnisse oder „Fake News“, sondern das Resultat der diesjährigen Juniorwahl. Parallel zur 18 Uhr-Prognose haben die Organisatoren der Juniorwahl am Wahlsonntag ihre Ergebnisse präsentiert und gezeigt, wie der Bund womöglich zukünftig regiert werden würde, läge die Entscheidung in den Händen von Schülern. „Besonders in den oberen Jahrgängen ist der Frust natürlich da, dass wir ganz knapp nicht wählen dürfen“, erklärt die 17-jährige Diane vom Humboldt-Gymnasium in Berlin Tegel. Durch die Juniorwahl hätten sie wenigstens schon etwas politischen Wind schnuppern können. Für alle Schulformen geeignet, konnten Schüler ab der Jahrgangsstufe 7 in den zwei Wochen vor der Wahl ihre Stimme abgeben. Insgesamt rund 4.500 Schulen, darunter auch 60 Auslandsschulen, haben sich beteiligt. Der Ab-

lauf ist ganz ähnlich wie bei der echten Wahl. „Man kommt in den Raum, weist sich mit seinem Schülerausweis aus, es wird geprüft, ob man auf der entsprechenden Wählerliste steht. Dann bekommt man den Wahlzettel und kann seine Kreuze machen“, sagt Diane. Bevor die Schüler den Gang an die Wahlurne antreten, machen sie sich im Unterricht mit den demokratischen Prozessen sowie den Parteien und ihren Programmen vertraut. „Wählen soll so zu etwas ganz Selbstverständlichem werden“, erklärt Gerald Wolff vom überparteilichen Verein Kumulus e.V. Seit mehr als 20 Jahren organisiert dieser die Juniorwahlen, die parallel zu allen Bundestags-, Landtags-, und Europawahlen stattfinden. Für Wolff ist die Juniorwahl nicht nur ein „Instrument für einen lebendigen Politikunterricht“, sondern auch eine gute Möglichkeit, den Wahlprozess bereits in der Schulzeit kennenzulernen. Vor allem bei nicht-gymnasialen Schulformen erhöhe sich durch die Teilnahme an der Junior-

wahl die Wahlbereitschaft und das Vertrauen ins Wahlsystem, argumentiert Wolff. Mit welchen politischen Fragen Schüler sich aktuell beschäftigen, davon konnte sich Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) bereits Anfang September ein Bild machen. Am letzten Sitzungstag der vergangenen Legislaturperiode lud er als Schirmherr der Juniorwahl Diane und fünf weitere Schüler zum politischen Gespräch ein. Er selbst habe schon zu Schulzeiten kräftig über Politik gestritten, berichtete der erfahrene Politiker den Schülern gleich zu Beginn des Gesprächs. Beinahe eine Stunde lang wurde diskutiert, auch über die Rolle der Jugend im politischen Diskurs. Der Bundestagspräsident spricht sich dabei gegen ein Herabsetzen des Wahlalters aus. Allerdings findet er, dass junge Menschen auch anders „jede Menge Druck“ machen könnten. „So blöd ist keine Partei, dass sie nicht darauf hören, wenn junge Menschen ihre Meinung sagen“, so Schäuble. *Denise Schwarz* ||

LESERPOST

Zur Ausgabe 38-39 vom 20. September 2021, „70 Jahre Das Parlament“ auf Seite 14: Zu diesem besonderen Jubiläum gratuliere ich allen Redakteuren und Mitarbeitern dieser Zeitung sehr herzlich. Für mich ist diese Zeitung, fast anzeigefrei, für meine politische Weiterbildung seit vielen Jahren nicht mehr wegzudenken. Sie hat mir oft in Diskussionen zur ‚Standfestigkeit‘ und Argumentation meiner Meinung verholfen. Ich wünsche der Zeitung weiterhin viel Erfolg und eine Steigerung der Auflage in den nächsten Jahren auf 20.000 verkaufte Exemplare. Sie haben es sich verdient! Ich werde im privaten Kreis dafür werben.

Hans-Jürgen Jakobs, *Ottobrun*

Zur Ausgabe 35-36 vom 30. August 2021, „Ruf nach Antworten“ auf Seite 13: Viele werden verstehen, dass man leider auch mit den Taliban reden muss. Aber man sollte sich doch vergegenwärtigen, mit wem man da redet. Einst gesuchte Terroristen kehren als Sieger in ihr Land zurück und jubeln. Vielen Afghaninnen und Afghanen ist nicht zum Jubeln zumute, eher zum Weinen. Und die Tatsache, dass die Vereinten Nationen von etwa 18 Millionen Notleidenden sprechen, zeigt unter anderem auch, dass keine rosigen Zeiten zu erwarten sind. Da möglicherweise die Taliban ihr Augenmerk darauf richten, ihre Macht zu konsolidieren, anstatt über Infrastrukturprojekte, Bildungsprojekte und dergleichen nachzudenken. Das beschämende ist doch,

dass die einst gesuchten Top-Terroristen jetzt Gesprächspartner für den Westen sind und die westlichen Regierungen als Bittsteller vorsprechen. Falls die Taliban zu Zugeständnissen wegen der Ausreise der Ortskräfte bereit sein sollten, werden sie sich das auf jeden Fall versilbern lassen. Das ist das traurige Ergebnis eines 20-jährigen Antiterrorkrieges, von dem viele sagen: Ziel verfehlt. Mit dem „war on terror“ beseitigt man keinen Terrorismus, sondern schafft nur immer neue Terroristen und neue Flüchtlingsströme. Auch im Hinblick auf die Ortskräfte ist unsere Regierung in einem Dilemma. Mit jedem Cent, den sie für die Ausreise der Ortskräfte ausgibt, unterstützt sie auch ein verbrecherisches Regime. *Dieter Loest, Rot am See*

AfD-Politiker Axel Gehrke gestorben

GEDENKEN Am 22. September ist Axel Gehrke, Abgeordneter der Fraktion Alternative für Deutschland, nach längerer schwerer Krankheit im Alter von 79 Jahren verstorben. Der Mediziner saß seit 2017 als Abgeordneter im Bundestag. Nach seinem Studium der Humanmedizin war Gehrke von 1977 bis 1990 in führenden Stellungen in verschiedenen MÜNCHENER Kliniken tätig. 1990 folgte er dann einem Ruf an die Medizinische Hochschule Hannover. Von 1997 bis 1999 war er außerdem Präsident der Deutschen Gesellschaft für Physikalische Medizin und Rehabilitation. Sein Eintritt in die AfD erfolgte im Jahr 2013. „Mit Axel Gehrke verliert die AfD einen menschlich wie fachlich hochgeschätzten Kollegen und engagierten Mitstreiter erster Stunde“, erklärten die beiden AfD-Partei-spitzen Alice Weidel und Alexander Gauland. Bis zu seiner Erkrankung im Herbst 2019 war Gehrke gesundheitlicher Sprecher der Fraktion. *bmh/des* ||



© DBT/Stella von Saldern

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 18. Oktober.

SEITENBLICKE



PERSONALIA

>Edzard Schmidt-Jortzig
Bundestagsabgeordneter 1994-2002, FDP

Am 8. Oktober vollendet Edzard Schmidt-Jortzig sein 80. Lebensjahr. Der Kieler Universitätsprofessor für Öffentliches Recht ist seit 1982 FDP-Mitglied. Der Jubilar hat sich vor allem als Verfassungsexperte einen Namen gemacht und nach 1990 verschiedene osteuropäische Staaten beraten. Von 1996 bis 1998 war Schmidt-Jortzig amtierender Bundesjustizminister. Mit seinem Namen ist die Reform des Kindschaftsrechts und des Handelsrechts sowie das Euro-Einführungsgesetz verbunden. Schmidt-Jortzig wirkte danach im Innenausschuss mit und war von 1998 bis 2002 Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums. Von 2008 bis 2012 war er Vorsitzender des Deutschen Ethikrats.

>Willi Brase
Bundestagsabgeordneter 1998-2017, SPD

Willi Brase begeht am 10. Oktober seinen 70. Geburtstag. Der Sozialpädagoge und DGB-Bildungsreferent aus Kreuzthal/Kreis Siegen-Wittgenstein schloss sich 1981 der SPD an. Von 2000 bis 2018 war er Vorsitzender des dortigen Unterbezirks und gehörte auch dem Vorstand des Bezirks Westliches Westfalen an. Von 1994 bis 2009 amtierte der Jubilar als DGB-Regionsvorsitzender für Siegen-Wittgenstein-Olpe und von 2009 bis 2012 in gleicher Funktion für Südwestfalen. Im Bundestag beteiligte sich Brase im Bildungs- sowie im Landwirtschaftsausschuss.

>Gerhard Jüttemann
Bundestagsabgeordneter 1994-2002, PDS

Gerhard Jüttemann begeht am 10. Oktober seinen 70. Geburtstag. Der Zerspanungsfacharbeiter und Betriebsrat aus Bischoffrode/Kreis Eichsfeld trat 1994 der PDS bei. Im Bundestag beteiligte er sich im Ausschuss für Post und Telekommunikation sowie im Ausschuss für die Angelegenheiten der Neuen Länder.

>Klaus-Jürgen Hoffie
Bundestagsabgeordneter 1972-1981, 1983-1987, FDP

Am 14. Oktober vollendet Klaus-Jürgen Hoffie sein 85. Lebensjahr. Der Journalist trat 1968 der FDP bei, war von 1977 bis 2004 Bezirksvorsitzender von Südhessen-Starkenburg, gehörte von 1972 bis 2005 dem hessischen Landesvorstand an und amtierte von 1980 bis 1983 als stellvertretender FDP-Landesvorsitzender. Von 1972 bis 2016 war Hoffie Mitglied des Kreistags Darmstadt-Dieburg. 1981/82 bekleidete er das Amt des hessischen Landesvorsitzenden. Der Verkehrs- und forschungspolitische Sprecher seiner Fraktion arbeitete vorwiegend im Verkehrsausschuss mit.

>Herbert Meißner
Bundestagsabgeordneter 1990-1998, SPD

Am 15. Oktober vollendet Herbert Meißner sein 85. Lebensjahr. Der Dipl.-Ingenieur aus Königs Wusterhausen trat Ende 1989 der SPD bei. Von 2003 bis 2014 gehörte er dem Kreistag Dahme-Spreewald an. Meißner engagierte sich im Bundestag im Wirtschaftsausschuss.

>Heinz Schmitt
Bundestagsabgeordneter 1994-2009, SPD

Heinz Schmitt wird am 15. Oktober 70 Jahre alt. Der Dipl.-Wirtschaftsingenieur aus Landau schloss sich 1969 der SPD an. Zwischen 1994 und 2010 stand der Jubilar an der Spitze des Unterbezirks Südpfalz. Von 2014 bis 2018 war er Mitglied des Stadtrats in Landau. Im Bundestag engagierte sich Schmitt im Bildungs- sowie im Umweltausschuss.

>Hans Friderichs
Bundestagsabgeordneter 1965-1969, 1976-1977, FDP

Am 16. Oktober vollendet Hans Friderichs sein 90. Lebensjahr. Der promovierte Jurist und Vorstandssprecher der „Dresdner Bank“ von 1978 bis 1985 trat 1956 der FDP bei. Von 1964 bis 1969 war Friderichs als deren Bundesgeschäftsführer tätig und von 1974 bis 1977 stellvertretender Bundesvorsitzender. Der Jubilar amtierte von 1969 bis 1972 als Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Landwirtschaftsministerium und von 1972 bis 1977 als Bundeswirtschaftsminister. In seine Amtszeit fiel die zweite Kartellrechtsnovelle und das Mitbestimmungsgesetz. Im Bundestag war Friderichs Mitglied des Arbeits- sowie des Wirtschaftsausschusses.

>Sibylle Pfeiffer
Bundestagsabgeordnete 2002-2017, CDU

Sibylle Pfeiffer wird am 16. Oktober 70 Jahre alt. Die selbstständige Geschäftsführerin aus Wetzlar wurde 1992 CDU-Mitglied, war Vorsitzende des Kreisverbands Lahn-Dill der Frauen-Union und gehörte dem Vorstand des dortigen Kreisverbands an. Pfeiffer beteiligte sich im Bundestag im Petitionsausschuss sowie im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit, dessen stellvertretenden Vorsitz sie von 2005 bis 2009 innehatte. Seit 2011 war sie entwicklungspolitische Sprecherin ihrer Fraktion. *bmh* ||



leicht
erklärt!

Der Bundestag

Aufgaben und Zusammensetzung



Einleitung



Am 26. September war die Wahl zum neuen Bundestag.

Im folgenden Text geht es deswegen um den Bundestag.

Folgende Fragen werden zum Beispiel beantwortet:

- Was ist der Bundestag?
- Was macht der Bundestag?
- Wo arbeitet der Bundestag?



Die so gewählten Politiker bilden zusammen den Bundestag.

Der Bundestag ist also die Vertretung der Menschen in Deutschland.

Er ist eine der wichtigsten Gruppen von Politikern, die es in unserem Land gibt.

Eine Gruppe von Politikern wie den Bundestag bezeichnet man auch mit dem Fach-Wort: Parlament.

Was ist der Bundestag?



Deutschland ist eine Demokratie.

Demokratie bedeutet:
Die Menschen bestimmen zusammen, was im Land passieren soll.

Sie bestimmen das aber nicht direkt. Stattdessen wählen sie Politiker.

Diese Politiker vertreten die Menschen dann.

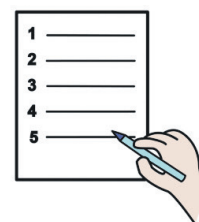
Sie machen zum Beispiel Gesetze. Oder sie treffen andere Entscheidungen.

Was macht der Bundestag?

Die Politiker vom Bundestag haben ganz unterschiedliche Aufgaben.

Die wichtigsten davon sind:

- Sie machen Gesetze.
- Sie bestimmen, für was Deutschland Geld ausgibt.
- Sie wählen den Bundes-Kanzler.
- Sie kontrollieren die Regierung.
- Sie wählen den Bundes-Präsidenten mit.



Diese Aufgaben werden nun noch genauer beschrieben.



Gesetze machen

Der Bundestag macht Gesetze für Deutschland.

Man sagt auch: Der Bundestag ist der Gesetz-Geber.

Das geht so:

Verschiedene Gruppen in Deutschland können Vorschläge für neue Gesetze machen.

Und zwar der Bundestag, die Bundes-Regierung und der Bundesrat.

Die Vorschläge gehen dann an den Bundestag.

Dort wird darüber gesprochen.

Es werden verschiedene Meinungen zu dem Vorschlag ausgetauscht.

Die Vorschläge werden vielleicht verändert.

Zum Schluss gibt es eine Abstimmung.

Wenn genug Politiker vom Bundestag einem Vorschlag zustimmen, wird daraus ein Gesetz.

Bei manchen Gesetzen müssen auch noch andere Gruppen zustimmen. Aber: In Deutschland kann kein Bundes-Gesetz ohne die Zustimmung des Bundestags gemacht werden.



Bundes-Kanzler wählen

Die Politiker vom Bundestag wählen den Bundes-Kanzler.

Der Bundes-Kanzler ist der Chef der Bundes-Regierung.

Und die Bundes-Regierung sind die Politiker, die Deutschland leiten.

Ein Kandidat braucht normalerweise mehr als die Hälfte aller Stimmen des Bundestags, dann wird er zum Bundes-Kanzler.



Regierung kontrollieren

Der Bundestag wählt also den Bundes-Kanzler als Chef der Regierung.

Er gibt der Regierung sozusagen den Auftrag, Deutschland zu leiten.

Darum hat er dann auch die Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren.

Er muss also aufpassen, dass die Regierung ihre Arbeit richtig macht.

Dafür haben die Politiker vom Bundestag verschiedene Möglichkeiten.

Sie können zum Beispiel Fragen an die Bundes-Regierung stellen. Die muss die Regierung dann beantworten.

So können die Politiker vom Bundestag mehr über die Arbeit der Regierung erfahren.

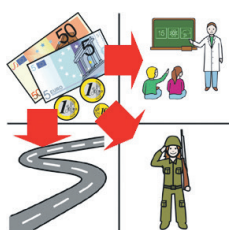
Der Bundestag kann auch eine besondere Arbeits-Gruppe einrichten.

Diese Arbeits-Gruppe hat den Namen: Untersuchungs-Ausschuss.

Der Untersuchungs-Ausschuss überprüft die Arbeit der Regierung ganz genau.

Und zwar meistens, wenn der Regierung ein großer Fehler vorgeworfen wird.

Dann darf er Personen befragen und Akten lesen.



Geld ausgeben

Der Bundestag bestimmt, wofür Deutschland Geld ausgibt.

Jedes Jahr wird dazu ein Plan gemacht.

Darin steht genau, wie viel Geld Deutschland vermutlich einnehmen wird.

Zum Beispiel durch Steuern.

Im Plan steht außerdem, wofür Geld ausgegeben werden soll.

Zum Beispiel für Dinge wie Rente, Verkehr oder die Bundes-Wehr.

Der Bundestag spricht dann über diesen Plan.

Vielleicht werden noch Änderungen daran vorgenommen.

Am Ende stimmt der Bundestag darüber ab, ob der Plan angenommen werden soll.



Bundes-Präsident wählen

Der Bundestag wählt zusammen mit anderen Personen aus ganz Deutschland den Bundes-Präsidenten.

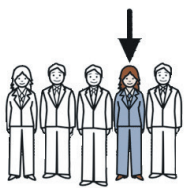
Und zwar alle 5 Jahre.

Der Bundes-Präsident ist das Staatsoberhaupt von Deutschland.

Das bedeutet:

Er hat das höchste Amt im Land.
Er vertritt Deutschland in anderen Ländern.

Wahl zum Bundestag



Der Bundestag wird alle 4 Jahre gewählt.

Alle Wähler in Deutschland dürfen mitentscheiden, wer in den Bundestag kommen soll.

Und alle Wähler können sich auch selbst für den Bundestag bewerben.

Jeder Politiker im Bundestag gehört normalerweise zu einer Partei.

Zum Beispiel zu den Parteien: SPD, CDU, CSU, die Grünen, FDP, AfD, die Linke oder SSW.

Je mehr Mitglieder eine Partei in den Bundestag schicken darf, desto eher kann sie ihre Ziele erreichen.

Denn: Der Bundestag trifft Entscheidungen ja durch Abstimmungen.

Wenn man also etwas erreichen will, muss man genug Politiker dafür haben.

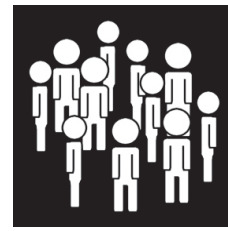
Nur dann kann man Abstimmungen gewinnen.

Die Mitglieder vom Bundestag



Der Bundestag hat immer mindestens 598 Mitglieder.

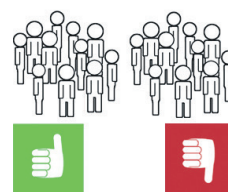
Durch bestimmte Regeln bei der Wahl können es aber auch mehr werden.



Im letzten Bundestag saßen zum Beispiel 709 Personen.

Im nächsten Bundestag sind es wahrscheinlich 735.

Die Mitglieder vom Bundestag nennt man: Abgeordnete.



Parteien im Bundestag

Im Bundestag sitzen verschiedene Parteien.

Ein Teil der Parteien unterstützt die Regierung.

Die Politiker der Regierung gehören auch zu diesen Parteien.

Man nennt diese Parteien auch: Regierungs-Parteien.

Wenn die Regierung ein Gesetz vorschlägt, stimmen diese Parteien meist zu.

Die anderen Parteien nennt man: Opposition.

Das Wort „Opposition“ kommt aus der lateinischen Sprache. Es heißt so viel wie „entgegengesetzt“.

Damit ist also gemeint, dass die Parteien der Opposition den Regierungs-Parteien entgegenstehen.

Sie vertreten oft andere Meinungen als die Regierungs-Parteien.

Sie sind deswegen besonders wichtig, um die Regierung streng zu kontrollieren.

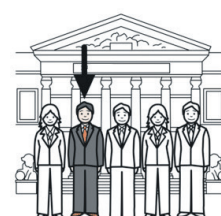
Der Leiter vom Bundestag

Den Leiter vom Bundestag nennt man: Präsident des Deutschen Bundestages.

Kurz sagt man auch: Bundestags-Präsident.

Der Präsident wird vom Bundestag gewählt.

Ein Bewerber muss selbst auch Mitglied im Bundestag sein.





Der Präsident hat dann verschiedene Aufgaben.

Er leitet beispielsweise die Treffen vom Bundestag.

Er kann zum Beispiel die Politiker ermahnen, wenn sie sich nicht ordentlich benehmen.

Wenn ein Mitglied des Bundestags zu oft ermahnt wird, kann der Präsident ihm auch das Reden verbieten. Oder die Person sogar aus dem Raum schicken.

Der Präsident ist auch der Chef der Mitarbeiter des Bundestags.

Insgesamt sorgt er also dafür, dass der Bundestag seine Arbeit erledigen kann.

Das Gebäude vom Bundestag



Das Gebäude, in dem sich der Bundestag trifft, trägt den Namen: Reichstag.

Er steht in Berlin.

Der bekannteste Raum im Reichstag trägt den Namen: Plenar-Saal.

Den sieht man oft im Fernsehen.

Gut zu erkennen ist er an den blauen Sitzen.

Und an einem großen Bundes-Adler, der an der Wand hängt.

Im Plenar-Saal trifft sich der Bundestag zu seinen Sitzungen.

Hier werden auch die Abstimmungen gemacht.

Im Reichstag gibt es aber auch noch andere Räume, die für die Treffen vom Bundestag wichtig sind.

Zum Beispiel Arbeits-Räume.

Außerdem sind hier auch die Büros des Bundestags-Präsidenten.

Neben dem Reichstag gehören zum Bundestag aber auch noch einige andere Gebäude.

Dort findet man unter anderem die Büros der Mitglieder des Bundestages.



Kurz zusammengefasst

Der Bundestag ist eine Gruppe von Politikern.

Sie werden von den Bürgern in Deutschland gewählt.

Ihre Aufgabe ist es, die Menschen von Deutschland zu vertreten.

Sie machen zum Beispiel Gesetze.

Sie entscheiden, wofür Deutschland Geld ausgeben soll.

Und sie kontrollieren die Bundes-Regierung.

Ihre Treffen machen sie im Reichstag.

Das ist ein Gebäude in Berlin.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / SZ Photo / Jens Schicke. Reichstag: © alliance / Daniel Kalker / Daniel Kalker. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 40-41/2021
Die nächste Ausgabe erscheint am 18. Oktober 2021.